

(A)

(C)

615. Sitzung

Bonn, den 22. Juni 1990

Beginn: 9.37 Uhr

Präsident Momper: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 615. Sitzung des Bundesrates.

(B) Bevor wir in die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung eintreten, habe ich gemäß § 23 der Geschäftsordnung die sich aus der Ihnen vorliegenden Bekanntmachung ergebenden **Veränderungen in der Mitgliedschaft des Bundesrates** bekanntzugeben. Wegen der großen Zahl der aus der Neu- und Umbildung dreier Landesregierungen folgenden Veränderungen kann ich die neuen Mitglieder nicht einzeln begrüßen. Ich will nur Herrn Ministerpräsidenten Schröder im Kreise der Regierungschefs der Länder willkommen heißen. Den anderen neuen Kolleginnen und Kollegen wünsche ich mit uns allen hier im Hause eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit. Allen gilt ein herzliches Willkommen.

Den ausgeschiedenen Mitgliedern des Bundesrates danke ich für die in den Ausschüssen und im Plenum geleistete Arbeit. Unter ihnen sind vier Kollegen, die dem Bundesrat in besonderer Weise verbunden gewesen sind.

Da ist zuerst einmal der Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht als der zuletzt dienstälteste Regierungschef eines Landes der Bundesrepublik Deutschland aus dem Amt geschieden.

Ernst Albrecht stand diesem Hause 1985/86 als dessen Präsident vor. Er hat den **Bundesrat** einmal dreifach charakterisiert, und zwar als das Gesetzgebungsorgan des Bundes, das **Bindeglied zwischen dem Bund und den Ländern** sein soll und dessen Mitgliedschaft aus Politikern besteht, die politischen Parteien angehören.

Unter Ernst Albrechts Vorsitz hat dieses Haus die Einheitliche Europäische Akte beraten. Mit der in der Folge einsetzenden forcierten Befassung mit EG-Sachen ist als vierter Eckpunkt des Bundesrates die **Mitwirkung an der europäischen Integration** hinzugetreten. Ich denke, daß diese vier Elemente auch die Arbeit eines zukünftigen Bundesrates in einem vereinten Deutschland bestimmen werden.

Wir danken Ernst Albrecht für seine langjährige, stets engagierte Mitarbeit und wünsche ihm für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch drei Bevollmächtigte ansprechen, nämlich Frau Ministerin Tidick und die Herren Minister Einert und Jürgens, die sich zumindest in dieser Eigenschaft vom Bundesrat verabschieden, aber dem Hause sicherlich noch in anderer Weise dienen und hier sprechen werden.

Herrn Kollegen Jürgens sind meine Vorgänger und ich für die Entlastung bei der Sitzungsleistung wirklich dankbar. Er hat es immer auf sich genommen, dann, wenn die Ministerpräsidenten bzw. die Präsidenten nicht mehr konnten, die Tagesordnung abzuwickeln. Er hat uns die Bürde des Amtes sehr erleichtert. Unsere Anerkennung gilt darüber hinaus seiner Mitarbeit im Ständigen Beirat des Bundesrates. Dafür danke ich auch Frau Kollegin Tidick, die dem Hause aber in anderer Funktion verbunden bleiben wird. Dies trifft ebenso für den Kollegen Minister Einert zu, dem ich für die gewissenhafte Arbeit als langjähriger Vorsitzender des Ständigen Beirats Dank sagen möchte. Auch er wird dem Hause in seiner neuen Aufgabe als Wirtschaftsminister verbunden bleiben. (D)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch eine Mitteilung machen, die mich als Berliner natürlich in besonderer Weise freut: Mit Schreiben vom 8. Juni 1990 an den Herrn Bundeskanzler, das Ihnen auch als Drucksache 430/90 vorliegt, teilen die drei Westalliierten mit, daß sie ihren Vorbehalt in bezug auf das Stimmrecht der Vertreter des Landes Berlin aufheben. Das Präsidium des Bundesrates hat daraufhin in seinem Beschluß vom 21. Juni 1990 einmütig festgestellt, daß das **Land Berlin** ab sofort **im Bundesrat voll stimmberechtigt** ist.

(Beifall)

— Ich danke Ihnen.

Ich möchte den Drei Mächten für diesen Schritt herzlich danken. Er markiert ein Stück Normalisierung in Deutschland. Die am meisten von den revolutionären Veränderungen der letzten Monate betroffene Stadt unseres Landes wird dadurch in die Lage versetzt, mit dem Gewicht unserer Stimmen — so darf ich in diesem Zusammenhang wohl sagen — die Entscheidungen des Einigungsprozesses zu beeinflussen. Man hat hier auch schon vorher auf Berlin gehört,

Präsident Momper

- (A) wofür ich mich bedanken will; nun zählen seine Stimmen aber auch im Bundesrat, und das ist gut so, wie ein früherer Regierender Bürgermeister gesagt hätte.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, darf ich willkommene Gäste im Hause begrüßen. Es sind dies **Vertreter der Georgischen SSR**, die beim Saarland zu Gast sind. Ich darf auf der Zuschauertribüne Herrn Stellvertretenden Ministerpräsidenten Lordkipanidze und Herrn Justizminister Scharaschenidse begrüßen. Ich heiße Sie in unserem Hause herzlich willkommen. Ich freue mich, daß Sie bei uns zu Gast sind. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt und gute politische Eindrücke von unserer Arbeit gerade in dieser historischen Zeit. Ich heiße Sie herzlich willkommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit den Beratungen, und zwar mit der Feststellung der **Tagesordnung**. Sie liegt Ihnen in vorläufiger Form mit 75 Punkten vor. Wir sind übereingekommen, sie um den Punkt 76 – Milch-Garantiemengen-Verordnung – und um den Punkt 77 – Personalien im Sekretariat des Bundesrates – zu ergänzen.

Gibt es Wortmeldungen oder sonstige Wünsche zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist sie so **festgestellt**.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

- (B) Gesetz zu dem **Vertrag** vom 18. Mai 1990 über die **Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** zwischen der **Bundesrepublik Deutschland** und der **Deutschen Demokratischen Republik** (Drucksache 380/90).

Ich rufe den Kollegen Späth zunächst als Berichterstatter auf. Bitte schön, Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen zunächst aus der **Sitzung des Innerdeutschen Ausschusses** ordnungsgemäß Bericht zu erstatten und darf das in gekürzter Form tun, weil die Länge der Sitzung nicht der Dramatik entsprach.

Frau Dr. Wilms hat für die Bundesregierung über die Änderungen zum Artikelgesetz zum Staatsvertrag berichtet. Sie wies darauf hin, daß es keine Änderungen am Text des Staatsvertrages gegeben habe. Schwerpunkte der Änderungen, die in der Zwischenzeit erfolgt sind, waren die Einführung des Artikels 1 a zur Durchführung der **Wirtschaftsunion** in das Artikelgesetz, sodann die vom Bundesrat empfohlenen Änderungen zum **Fonds „Deutsche Einheit“**, dann die Regelungen über die **Fahndungsunion**; das ist jetzt der Artikel 33 a.

Herr Staatssekretär Dr. Kinkel aus dem Bundesjustizministerium berichtete über die gemeinsame Erklärung der beiden Regierungen zu den offenen **Ver mögensfragen**.

Es fand eine Aussprache statt, in deren Anschluß der Innerdeutsche Ausschuß beschloß, dem Bundesrat heute zu empfehlen, erstens, dem Gesetz zum Staatsvertrag zuzustimmen, zweitens, eine Entschlie ßung

zu dem Gesetz zu fassen, die von den Ländern Berlin, (C) Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein beantragt wurde – sie liegt Ihnen hier vor –, und, drittens, eine Entschlie ßung zur deutsch-polnischen Grenze zu fassen, die nahezu identisch mit der Entschlie ßung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR ist.

Wir haben dann noch die Frage der weiteren Beteiligung der Länder an dem deutschen Einigungsprozeß erörtert und übereinstimmend eine verbesserte Einbeziehung der Länder für wünschenswert erachtet. Der Ausschuß bat die Bundesregierung und insbesondere Ministerin Wilms, dem Wunsch des Ausschusses nach **frühzeitiger und umfassender Beteiligung der Länder** bei der weiteren Gestaltung des Einigungsprozesses zu entsprechen. Wir werden, soweit noch Informationsbedarf besteht, auch während der Sommerpause eine weitere Sitzung abhalten.

Dies, meine Damen und Herren, war der Bericht aus dem Innerdeutschen Ausschuß.

Nun erlauben Sie mir, zu den Fragen im Zusammenhang mit dem deutsch-deutschen Staatsvertrag, über die wir heute noch einmal diskutieren, für **Baden-Württemberg** eine Reihe von Anmerkungen zu machen.

Ich halte es im Grunde für die wichtigste Entscheidung – sie wurde gestern sichtbar –, daß der Staatsvertrag heute mit einer großen Mehrheit beschlossen wird. Dies bedeutet, daß wir uns heute vielleicht weniger mit den Themen von gestern als mit den Themen von morgen befassen sollten. Oder lassen Sie es mich (D) mit einem Bild sagen: Es ist nicht sehr sinnvoll, zuviel nachzukarten. Den Begriff „nachkarten“ kennen Sie vom Skatspiel, wie Sie, Herr Kollege Rau, als „Sachverständiger“ wissen. Beim Skatspiel kartet immer derjenige nach, der eine Runde unglücklich verloren hat. Er sagt meistens, wenn er die Karten anders gezogen oder mit anderen anders gespielt hätte, wäre beim Spiel ein ganz anderes Ergebnis herausgekommen.

Ich möchte eigentlich davor warnen, daß wir uns jetzt ununterbrochen mit den Varianten eines Spiels befassen, das anders nicht zu spielen ist; denn der Hauptvorwurf, der in den letzten Wochen immer wieder erhoben wurde, nämlich dieser Staatsvertrag sei gewissermaßen als Privatangelegenheit der Bundesregierung oder des Bundeskanzlers entstanden, läßt sich bei einer gründlichen Analyse nicht aufrechterhalten.

Ich habe noch einmal den **Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers** nachgelesen, und zwar deshalb, weil er sehr deutlich zeigt, daß hier ein Prozeß in Gang gekommen ist, der nur noch unter Wahrnehmung der Entwicklung seines Tempos gesteuert werden konnte. Zu dem Zehn-Punkte-Programm hat der Kanzler selber noch ein Konzept entwickelt, indem er gesagt hat: „Wir fangen mit einer **Vertragsgemeinschaft** an, dann machen wir daraus eine **Konföderation**, und aus dieser Konföderation entsteht das **einheitliche Deutschland**.“ Dies ist ganz anders gelaufen. Sie wissen wie wir, daß die Menschen drüben und nicht irgendeine Stabsstelle in irgendeiner Regierungszentrale das Tempo gemacht haben.

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

(A) Wenn wir jetzt über eine ungenügende Beteiligung der Länder reden, gehört auch das, wie ich meine, zum Nachkartens. Wir haben das gestern im Ausschuß ausgiebig getan; ich habe dies gerade erwähnt. Natürlich gibt es den einen oder anderen Punkt, in dem wir sagen: Hier möchten wir gerne früher unterrichtet, früher in den Diskussionsprozeß eingebunden sein. Das ist alles in Ordnung. Aber wenn wir nun Bilanz ziehen, müssen wir uns fragen: Was hätten wir denn anders gemacht?

Ich habe mir noch einmal gründlich die Vorschläge der Kollegen von der SPD angesehen. Wenn wir uns jetzt darüber streiten, was davon berücksichtigt oder nicht berücksichtigt worden ist, was eh so gekommen wäre und was nicht, möchte ich eigentlich dringend davor warnen, daß wir hier etwas anderes tun, als nüchtern zu erkennen: Furchtbar viel Alternatives ist auch Ihnen nicht eingefallen. Ich könnte jetzt die Punkte Ihres Antrags nennen und sagen: Das ist alles wichtig. Aber ein großer Teil wäre eh so gekommen, und ein anderer Teil kommt ganz anders, als Sie und auch wir es erwarten. Deshalb meine ich: Es kann doch nicht das entscheidende Thema sein, jetzt darüber zu reden, was alles anders gelaufen wäre, wenn man uns beteiligt hätte.

(B) Ich glaube, was wir uns eingestehen müssen, ist: Hier spielt sich ein geschichtliches Naturereignis ab, das nicht einfach zu steuern ist und bei dem wir alle ein Stück Ungewißheit in die jeweils nächste Stufe mitnehmen. Ich meine, man sollte einmal die Ausgangslage vom Dezember betrachten – ich will jetzt davon absehen, wieder von der Stimmung im Bundesrat im Dezember zu sprechen –: Wer die Dinge im Dezember und im Januar verfolgt hat, der hat gemerkt, daß wir alle eine andere Ausgangslage gesucht haben. Ich sprach vom Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers. Das war die Zeit, als die Europäer gesagt haben: Jetzt müssen wir einmal ein paar große Konferenzen veranstalten. Wir werden uns z. B. auf einem **Sondergipfel in Dublin** darüber informieren lassen, wie der deutsche Einigungsprozeß vorangeht. Was ist in Dublin geschehen? In Dublin haben die Europäer gesagt: Nun macht mal, und macht schnell! Denn inzwischen hatten die Europäer begriffen, daß die Gefahr für die europäische Entwicklung viel größer ist, wenn die deutsche Frage nicht so schnell gelöst wird, weil die Deutschen sonst möglicherweise den Prozeß der Einführung des **Europäischen Binnenmarkts** zum 1. Januar 1993 verzögern, daß es also nicht die Alternative Deutschland oder Europa gibt, sondern überhaupt nur einen Weg, nämlich die deutsche Frage in Europa einzubinden und rasch zu lösen.

Ein Symbol für diese ganze Entwicklung war der **Übersiedlerstrom**. Wann setzte denn das hektische Tempo ein? Es setzte ein, als die Übersiedler in großen Scharen kamen. Damals gab es zwei Alternativen, die es jetzt nicht gibt, erstens die Alternative, die die Sozialdemokraten vertreten haben: Die Notaufnahme muß gestoppt werden. Zweitens gab es die Alternative, die wir vorgeschlagen haben, nämlich: Wir müssen irgend etwas tun, damit die Menschen drüben bleiben. Die Sache entscheidet sich drüben und nicht hier.

(C) Ich will jetzt nicht darauf pochen; aber wir hatten recht. Denn die Sorge, wenn wir die Notaufnahme erst im Juni stoppen würden, könnten noch einmal Massen von Übersiedlern kommen, wie es hier am Rednerpult lebendig, anschaulich und dramatisch beschrieben wurde, hat sich nicht bestätigt. Weil die Leute gesagt haben: Wenn die D-Mark kommt, können wir hierbleiben. Jetzt kann man zwar die große „Moralkiste“ aufmachen. Aber der entscheidende Grund dafür, daß die Leute gewartet haben, war die Zusage des Bundeskanzlers: Am 1. Juli kommt die D-Mark. Das hat viel mehr bewirkt als die Überwachung der Übersiedler im Saarland vor den Turnhallen durch die örtliche Polizei.

Damals hatten wir eine Alternative; jetzt haben wir keine. Die **Gefahr der Instabilität** war inzwischen schon so groß, daß wir alle befürchtet haben, aus dem positiven Prozeß der deutschen Einigung könnte ein dramatischer Instabilisierungsprozeß werden, in dem nämlich drüben Krankenschwestern, Ärzte und andere wichtige Funktionsträger, die die Infrastruktur aufrechterhalten, weglaufen, bei uns die Zahl der Übersiedler so groß wird, daß unsere Bevölkerung ihre Aufnahmebereitschaft nicht mehr aufrechterhält und wir durch Umsiedler, Aussiedler und Asylbewerber in eine Instabilität ohnegleichen geraten. Es ist übrigens interessant, daß zwar die Übersiedlerströme, nicht aber die Umsiedlerströme gestoppt sind. Wer von uns will es denn den Deutschstämmigen in Rumänien und in der Sowjetunion übelnehmen, daß sie angesichts ihrer dortigen Situation versuchen, zu uns zu kommen?

(D) In Wirklichkeit hatten wir inzwischen alle entdeckt, daß wir uns in einer **Notsituation** befinden. Die Notsituation, in der wir die aktuellen deutsch-deutschen Fragen lösen müssen, unterscheidet sich ganz gewaltig von einer normalen Situation. Ich sage das deshalb, weil man in Notsituationen die Stäbe nach Hause schickt und Leute, die „fronterfahren“ sind, holt, um die Probleme zu lösen.

Ich glaube, das ist es, vor dem wir jetzt stehen. Bei einer Rettungsaktion muß man improvisieren und dauernd neue Risiken abdecken. Gefragt sind bei einer solchen Aktion vor allem Leute, die bereit sind, **Risiken** abzudecken, statt sie nur zu beschreiben. Die Risiken werden dann in den Stabsstellen theoretisch vorbereitet. Später wird geklärt, was passiert wäre, wenn alles anders gelaufen wäre. Das ist die andere Variante des Nachkartens.

Im Grunde haben alle die Lage erkannt. Ich habe vorhin auf Dublin hingewiesen. Niemand hat geglaubt, daß unsere europäischen Nachbarn so schnell sagen würden: Schließt diesen Prozeß ab, und bringt ihn gleich in die europäische Konzeption ein! Es war doch hilfreich, wie Präsident Delors und die Kommission mitgearbeitet haben, um zu vermeiden, daß es überhaupt Probleme gibt. Sie haben nicht die große Frage erörtert, wie und auf welchem Weg dann die DDR Mitglied der EG werden kann, sondern sie haben schlicht gesagt: Einbeziehen ist der einzige Weg, den wir gehen können. Alle Zwölf haben begriffen, daß sie jetzt keine großen Konferenzen mehr abhalten können, sondern daß wir die Probleme gemeinsam lösen müssen.

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

- (A) Was die Alliierten betrifft: Wer von uns hat denn geglaubt, daß es gelingen könnte, in so kurzer Zeit die **Zwei-plus-Vier-Gespräche** zustande zu bringen, und das sogar mit einem klaren Zeitplan, nämlich mit der Sitzung heute im anderen Teil von **Berlin**, mit der Sitzung im nächsten Monat in **Paris** unter Einladung der polnischen Regierung und mit der Sitzung im September in **Moskau**? Es gibt immer weniger Zweifler, die davon ausgehen, daß die Zwei-plus-Vier-Gespräche scheitern könnten. Woran sollten sie denn bitte scheitern? Es besteht auch die Bereitschaft, darüber zu diskutieren, ob die **KSZE-Konferenz**, die das Ganze in den europäischen Prozeß einbinden soll, nicht sogar noch früher stattfinden könnte. Das heißt doch: Alle Beteiligten haben begriffen, daß hier in atemberaubendem Tempo ein Prozeß abläuft, der im Interesse aller Beteiligten in Europa aufgefangen werden und die Chance zur Stabilisierung nutzen muß und nicht das Risiko der Destabilisierung in Kauf nehmen darf.

Ich glaube, auch die SPD hat dies begriffen. Auch die Sozialdemokraten haben gemerkt, daß zuerst **Vertrauen** in eine stabile Währung, in eine stabile Wirtschaft und damit letztlich auch in die Vorbereitung der deutschen Einigung durch die Währungs- und Wirtschaftsunion gewonnen werden muß. Jetzt könnten wir natürlich alle Risiken beschreiben. Aber das ist Aufgabe der Stabsstellen. Das können wir jetzt abschließen.

- (B) Ich könnte Ihnen noch viel mehr Risiken aufzählen, die noch gar nicht geklärt sind. Es gibt bestimmte **Verhaltensweisen**, die uns natürlich überhaupt nicht passen: DDR-Bürger kaufen ihre eigenen Produkte nicht mehr. Wir sollten sie belehren, daß sie das wieder tun sollen. Haben wir nicht gesagt: Ihr bekommt die Freiheit, auch die Freiheit, einmal das zu kaufen, was ihr wollt; ihr kriegt zwar wenig D-Mark; aber damit könnt ihr wirklich machen, was ihr wollt? Jetzt streitet man darüber, warum die Leute drüben ihre eigenen Produkte nicht mehr kaufen. Ist es unsere Aufgabe, ihnen Ratschläge zu geben, wie sie sich als freie Menschen zu verhalten haben? Sie verhalten sich so wie andere freie Menschen auch. Zum großen Teil verhalten sie sich so, wie wir uns verhalten würden, wenn wir an deren Stelle wären. Das geht bis hin zur Reise nach Mallorca, worüber sich Bundesbürger aufregen, die Mallorca im Katalog überschlagen, indem sie gleich zu den Kanarischen Inseln fliegen, weil sie sagen: Mallorca ist nicht mehr „in“. Statt dessen regen sie sich darüber auf, daß ein paar DDR-Bürger begeistert nach Mallorca fliegen. Das kann doch kein Maßstab sein!

Da die Menschen ihre eigenen Produkte nicht mehr kaufen, bricht die Produktion zusammen. Doch nicht wegen des Tempos des Einigungsprozesses! Wenn sie weiterhin „Trabis“ statt gebrauchter Westautos kaufen, wäre die „Trabi“-Produktion stabil. Sie müßten nur den Preis zahlen, der dabei herauskommt.

Das alles funktioniert nicht. Das haben übrigens alle gesagt. Wir haben nur immer erklärt: Die Wirtschaft funktioniert nicht, und zwar unabhängig von der Partei. Jetzt zeigt sich, daß sie wirklich nicht funktioniert. Jetzt tun wir erstaunt und fragen uns, was wir tun könnten, damit sie so funktioniert, wie sie früher nicht funktioniert hat und jetzt unter unserer Aufsicht funk-

tionieren soll. Nichts funktioniert! Die Beschäftigung bricht nicht wegen bössartiger kapitalistischer Einflüsse zusammen, sondern schlicht deshalb, weil die Leute dann, wenn sie frei entscheiden können, nicht das Zeug kaufen, das sie selber produzieren.

Dabei wollen sie etwas anderes produzieren. Aber die Umstellung auf eine andere Produktion kostet Zeit und bringt vorübergehend eine hohe Beschäftigungslosigkeit. Die **Betriebe** sind **nicht wettbewerbsfähig**. Wem sage ich damit etwas Neues? Die **Infrastruktur** ist **nicht ausreichend**. Wem sage ich damit etwas Neues? Wir könnten jetzt in einen Wettbewerb darüber eintreten, wie unzureichend sie ist. Wir könnten hochrechnen, wieviel die Reparatur der Autobahnen in der DDR kosten würde. Wir könnten hochrechnen, wieviel der Umweltschutz, die **Altlastensanierung** kosten würden. Wir könnten hochrechnen, was Kläranlagen kosten würden. Ich kann nur sagen: Wenn unsere Vorfahren 1945 auf den Trümmern gesessen und hochgerechnet hätten, wieviel die deutschen Autobahnen, die Kläranlagen oder der Katalysator für die damals noch nicht vorhandenen Autos gekostet hätten, hätten sie eher Selbstmord begehen können, statt Ziegelsteine zu putzen und mit dem Wiederaufbau anzufangen.

Genau das ist jetzt gefragt. Natürlich wird es große **Arbeitslosigkeit** geben. Was die **Eigentumsproblematik** betrifft: Darüber haben wir gestern geredet. Je mehr Leute Ansprüche in bezug auf ihr altes Eigentum erheben, desto schwieriger wird es. Oder anders gesagt: Je mehr die Rechte des Grundgesetzes, zu denen wir uns gemeinsam bekennen, dort Platz greifen, desto schwieriger wird der Prozeß. Das beste wäre, man würde alles kassieren und neu verteilen. Nur paßt das natürlich nicht in unsere Philosophie von Gerechtigkeit und Eigentum. Das wird sogar Investitionen verzögern.

Die **Behördenstruktur** ist in einem katastrophalen Zustand oder gar nicht vorhanden. Wer jetzt mehr **Umweltschutz** fordert — ich schließe mich dieser Forderung an —, der muß zweierlei sehen: Erstens kostet dann alles noch mehr, d. h., wir müssen mehr Geld bereitstellen, wenn wir etwas umweltgerecht machen wollen — je besser, desto teurer; das wissen wir alle —, und zweitens müssen wir sehr schnell unsere Umweltbehörden zur Verfügung stellen, weil man drüben gar nicht in der Lage ist, die Umweltschutzaufgaben zu formulieren und zu erfüllen. Also müssen wir Beamte und Fachleute bereitstellen, um diese Aufgaben zu formulieren, und dann das nötige Geld, um sie erfüllen.

Dann können wir fragen: Wer soll das alles finanzieren? Damit beginnt im Grunde das Dilemma. Der Kapitalmarkt ist in einer schwierigen Lage. Die Zinsen waren schon vor der Einigung hoch; sie werden durch die Schuldenaufnahme für die deutsche Einigung nicht niedriger. Das will ich gern einräumen. Ich habe einmal nachgeschlagen und festgestellt: Die Amerikaner haben beim **Marshallplan** doch tatsächlich vergessen, die Frage der **Auswirkungen auf den Kapitalmarkt** zu prüfen. Sie haben wirklich nicht geprüft, wie sich die Verwirklichung des Marshallplans auf den internationalen Kapitalmarkt auswirkt. So leichtsinnig waren sie. Dies zeigt, wie umsichtig wir sind. Wir

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

- (A) prüfen bis auf ein Zehntelprozent genau, wie sich so etwas auswirken könnte.

Dann wird gesagt: Wir müssen alles langsamer machen. Ich frage mich immer, wie das langsamer gehen soll. Ich komme gerade von einem Besuch aus der Sowjetunion zurück und habe dort gesehen, wie langsam es geht.

(Heiterkeit)

Ich habe die große Sorge, daß es so langsam geht, daß eines Tages gar nichts mehr geht. Es gibt keine lächerlichere Argumentation, als daß man Volkswirtschaften mit offenen Grenzen ganz langsam zusammenführen müsse. Man müsse also erst ein Auto halb Trabi, halb VW bauen und daraus dann Stück für Stück das integrierte deutsche Auto entwickeln, oder man müsse es z. B. noch eine Weile dabei lassen, was ich am beschämendsten finde, nämlich daß in der DDR Einheimische aus Gaststätten hinausgeworfen werden, wenn Kapitalisten mit D-Mark kommen. Ich finde, es ist äußerst beschämend, wenn Sie DDR-Leute in Hotels deshalb einladen müssen, weil diese Sie in ihrer eigenen Heimat nicht einladen können, und daß man Läden als „Freundschaftsläden“ bezeichnet, in denen solche, die „schwarzes“ Geld haben, einkaufen können, was eigentlich verboten ist. Dann sorgt man noch dafür, daß das „schwarze Geld“ auch wirklich in die Staatskasse kommt, weil man es braucht.

- (B) Wollen Sie das alles beibehalten? Sie wünschen eine langsamere Entwicklung. Es gibt welche, die sagen: Wir können die **Währungs- und Wirtschaftsunion** nicht so schnell herbeiführen. Unser saarländischer Kollege z. B. hat große Bedenken gegen die sofortige Übernahme unserer Währung durch die DDR bei gleichzeitiger Herbeiführung der Wirtschafts- und Währungsunion.

(Widerspruch)

— So lese ich das.

(Zuruf Dr. h. c. Rau [Nordrhein-Westfalen])

— Ich wollte ja nicht nachkarten;

(Heiterkeit)

aber der Kollege Rau macht immer Zwischenrufe, mit denen er mich wieder in die Vergangenheit zurückführt.

Ich will abschließend noch sagen: Wer diesen Zustand haben will, wer will, daß der Handwerker, der Westkontakte hat, D-Mark und ein gebrauchtes Auto hat, während die Krankenschwester im öffentlichen Dienst nur Ost-Mark hat, wer eine **neue Zweiklassengesellschaft** einführen will, der könnte diese Alternative erwägen. Diese Alternative wollen wir nicht. Deshalb gibt es eben doch keine Alternative.

Ich will auch gleich sagen, was passiert, wenn es noch schwieriger wird. Es gibt eine Waffe, die die DDR hat und die wir ihr zu Recht überlassen haben, nämlich Artikel 23 des Grundgesetzes. Ich sage Ihnen: Je unübersichtlicher und schwieriger die Probleme werden, desto größer wird die Zahl der Menschen drüben, die schlicht sagen: So, jetzt ist Schluß; wir erklären unseren **Beitritt nach Artikel 23**. Wer diese Beitrittserklärung nach Artikel 23 als „Sturzge-

burt“ vermeiden will, wer möglichst viel tun will, damit es zu stabilen Verhältnissen kommt, der muß soviel wie irgend möglich rasch gestalten, damit die Auffangpositionen in Ordnung sind.

Jetzt lassen Sie mich etwas zu der **Föderalismus-Diskussion** sagen. Ich bin ein leidenschaftlicher Föderalist. Das hat mir noch niemand bestritten. Aber was ist denn beim Föderalismus wichtig? Plötzlich höre ich, dabei sei wichtig, daß wir alte Zuständigkeiten der Länder zurückerobern. Das finde ich phantastisch.

Ich erinnere mich an die vielen Diskussionen über die Entflechtung des **sozialen Wohnungsbaus**. Ich schlage den Kollegen aller „Farben“ vor, einmal zwei Minuten still darüber nachzudenken, wer die Anträge Baden-Württembergs zur Entflechtung des sozialen Wohnungsbaus mit der Bemerkung versehen hat, deren Verwirklichung könne er sich nicht leisten; das solle eine Gemeinschaftsaufgabe bleiben.

Das zum sozialen Wohnungsbau.

Ein weiteres Stichwort ist die **Entflechtung beim Städtebau**. Da ich Vorsitzender der Entflechtungskommission war, kann ich Ihnen viel darüber erzählen, unter welchen finanziellen Opfern die Länder bereit waren, Gemeinschaftsaufgaben wieder selber zu übernehmen.

Jetzt plötzlich entdecken wir, daß wir dies alles angesichts der komplizierten Lage der DDR zu einem Föderalismusthema erklären müssen. Neue Kraft für die Länder! Auch die **Länderneugliederung** ist ein hochinteressantes Thema. Ich kann für Baden-Württemberg dazu nur sagen: Nur zu! Ich kann alle beglückwünschen. Jeder beschließt: Mein Land bleibt zwar unverändert; aber es muß eine umfassende Neugliederung vorgenommen werden. Dieselben Leute, die 1976 die Verpflichtung zur Länderneugliederung gemeinsam aus dem Grundgesetz entfernt haben, entdecken, daß die komplizierte Lage der DDR und der deutschen Vereinigung eine neue Chance bietet, ein Thema, das wir in friedlichen Zeiten nicht bewältigen konnten, in schwierigen Zeiten besser bewältigen zu können. Das ist schon vorbei. Haken wir es ab!

Lassen wir der DDR die Chance, die keine eigene Identität mehr hat, wenigstens eigene Länder zu gründen! Bringen wir das alles einmal in ein stabiles Verhältnis, und dann diskutieren wir, was wir noch tun können! Baden-Württemberg unterstützt jeden Antrag, weil wir nicht mehr beteiligt sind. Wir haben das hinter uns. Deshalb können wir allen guten Mut und eine fröhliche Veranstaltung wünschen.

(Heiterkeit)

Aber das ist kein Thema. Ein Thema ist der **Föderalismus**, aber in ganz anderer Weise. Wir können dem deutschen Föderalismus einen großen Dienst erweisen, wenn wir jetzt den Aufbau der Länder drüben auch organisatorisch unterstützen und alles tun, um den Menschen zu helfen, ihre Länder aufzubauen. Deshalb sage ich noch einmal: Die Stabsstellen mit den Varianten zur Länderneugliederung oder zum Bund/Länder-Verhältnis — neue Kraft den Ländern — sollten hinter verschlossenen Türen weiterarbeiten

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

- (A) und ihre Gutachten vorlegen, wenn die Fronten in Ordnung sind.

Was wir jetzt brauchen, sind Fachleute, die hinübergehen und **Umweltbehörden** aufbauen, sind Fachleute, die **Finanzämter** organisieren. Was wir brauchen, sind Fachleute, die Behörden, **Notariate** und **Gerichte aufbauen**, damit drüben überhaupt etwas funktioniert.

Ich finde, es ist gut, wenn wir hier sagen: Es ist gut im deutschen Staat, daß für Feuerwehr und Katastrophenschutz die Länder zuständig sind. Was man drüben braucht, sind Feuerwehr und Katastrophenschutz, aber keine Stabsstellen, die über die Zukunft im Jahre 2000 nachdenken. Die Menschen in der DDR wollen über die nächsten Jahre kommen, und wir müssen ihnen dabei helfen.

Deshalb meine ich, daß wir weiterkommen, wenn wir nicht nachkarten. Die Sozialdemokraten haben sich hier verrannt, was ich verstehe. Ich verstehe auch ihre Strategie. Nur: Diese hält nicht. Ich würde genauso denken und sagen: Es hat keinen Sinn, der zweite in einem Prozeß zu sein, bei dem ein anderer erster ist. Man braucht in der politischen Auseinandersetzung vielmehr — das ist ein Lehrsatz — Alternativen. Das „Bescheuerte“ dabei ist, daß es keine gibt. Verstehen Sie? Das ist das eigentliche Problem, unter dem Sie leiden, und das ist logisch. Nur: Die Alternative, die jetzt noch in Frage kommt, paßt nicht zur Sozialdemokratie. Es gäbe eine Alternative.

- (B) Worum ich die Sozialdemokraten immer ein bißchen beneidet habe — das will ich hier einmal sagen —, sind **Opferbereitschaft** und **Solidarität**, wenn Not am Mann war. Ich habe immer gedacht, daß wir uns in der großen Volkspartei CDU gewaltig streiten müssen, während die Sozialdemokraten wie ein Mann opferbereit dastehen. Es wäre eine Alternative, daß wir bremsen und sagen, das Ganze werde zu teuer, während Sie sagen, jetzt gehe es um Deutschland. Nun können Sie diese Rolle nicht übernehmen; dies verstehe ich. Aber dann übernehmen Sie doch bitte — das ist meine wirkliche Bitte — nicht die Rolle, die wir bisher immer an andere, an extreme Gruppen, abgegeben haben. Sie haben uns davor immer gewarnt und gesagt: Wir warnen die bürgerlichen Parteien, die „Hoheit über die Stammtische“ zu beanspruchen. Darf ich diese Warnung heute einmal zurückgeben?

Ich freue mich darüber, daß die Republikaner verschwunden sind. Sie dürfen aber nicht verschwinden, weil bestimmte Aufgaben an deutschen Stammtischen von den großen Parteien übernommen werden. Wir dürfen nichts auf **Neid** und **Mißgunst** aufbauen. Ich weiß, daß auch Sie das nicht wollen. Ihre tiefe innere Zerrissenheit ist auf das zurückzuführen, was ich vorher gesagt habe und was ich an den Sozialdemokraten immer bewundert habe: Im Grunde können Sie die Rolle gar nicht spielen, die Sie jetzt aus strategischen oder taktischen Gründen übernehmen wollen. Strategie ist es fast schon nicht mehr; es ist nur noch Taktik. Aber das läuft nicht gut.

Sie können doch nicht darauf spekulieren, daß die Situation drüben so schlecht wird und die Leute hier so „sauer“ sein werden, daß man damit Wahlen ge-

winnen kann. Was wollen Sie denn nach den Wahlen machen? — Das möchte ich nicht Ihre Sorge sein lassen, sondern das ist unsere gemeinsame Sorge. (C)

Ich kann nur sagen: Sie sehen doch selbst, was die Menschen, die zu Ihrer Partei gehören, im anderen Teil Deutschlands dazu sagen. Was sie brauchen, sind **Vertrauen** und **Hilfe**. Ich habe Verständnis dafür, daß Sie gesagt haben: Der Kanzler verspricht den Menschen drüben etwas, was er nicht halten kann. Zu Recht hätten Sie ihm Vertrauensbruch vorgeworfen, wenn er nicht so rasch das erfüllt hätte, was er versprochen hatte, nämlich die D-Mark am 1. Juli drüben einzuführen. Aber deshalb können Sie dieses Ziel jetzt nicht weiterverfolgen.

Wir dürfen nicht auf eine Baisse spekulieren. Wir können die Arbeitsteilung nicht so vornehmen, daß wir alle zusammen ein Netz knüpfen, wobei die einen zuschauen und sagen: Dort ist noch ein Loch, dort liegt noch ein Risiko, und dort ist das Seil nicht genügend gespannt, sondern es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dieses Netz zu knüpfen. Auch bei der Bergrettung kann man nicht in der Weise einteilen, daß der eine kontrolliert und der andere Netze knüpft, sondern diese müssen alle miteinander knüpfen. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Deshalb meine ich, wenn wir heute das Nachkarten beenden, muß ein Wettbewerb einsetzen, wer der DDR am schnellsten praktische Hilfe leistet. Wir müssen einen Wettbewerb einleiten, wer noch schneller als der andere ist, wenn es darum geht, alle Sorgen drüben zu mildern und alle Probleme zu lösen.

Es wird Vorwürfe geben, daß Leute wegen der **Arbeitslosenregelung** zu lange in großen Betrieben gehalten würden und deswegen kleinen Betrieben nicht zur Verfügung stünden. Es wird Streit darüber geben, ob **Beschäftigungsgesellschaften** von Kommunen oder Betrieben gegründet werden müssen. Es wird eine Diskussion darüber geben, wer das **Berufsschulwesen** drüben übernehmen soll, wenn die Betriebe dafür nicht mehr zuständig sind. Jeden Tag werden Notmeldungen kommen. In dieser Phase können wir nicht darüber spekulieren, wer aus diesen Notmeldungen Nutzen zieht, sondern wir müssen darüber reden, was wir in einer großen **Gemeinschaftsaktion** tun können, um diese Jahre zu überstehen. Wir wissen, daß es drei oder vier harte Jahre geben wird. Wenn dann noch mehr Opfer von uns verlangt werden, werden wir uns auch diesen nicht verweigern können. (D)

Ich meine, das Bild von der Notrettung ist auch deshalb richtig, weil Vertrauen nur schafft, wer zugreift, und nicht, wer am Rande steht und sagt: Wir haben es euch gleich gesagt, dort reißt das Netz, aha, das Loch wird noch größer; jetzt stürzen die ersten ab. — Die Beschreibung nützt niemandem. Vertrauen schaffen wir bei den Menschen nur, wenn wir miteinander zulangen.

Es sind mehr auf dem Seil als nur unsere Mitbürger in der DDR. Wir haben in den letzten Tagen einen Eindruck davon bekommen, wer alles auf dem Seil ist: die **Ungarn**, die **Polen**, die **Tschechoslowaken**, die **Rumänen**, die **Bulgaren**. Im Moment bekommen wir einen Eindruck davon, wie das Seil der **UdSSR** aus-

Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)

- (A) sieht. Wir werden in diesen Tagen über weitere Kredite für die UdSSR reden. Wer wird diese denn verweigern wollen, wenn diejenigen, die das alles eingeleitet haben, jetzt selber in Gefahr sind? Wie wollen wir denn ein stabiles Europa schaffen, wenn wir nicht gewaltige Mittel einsetzen? Wollen wir dann unterscheiden und sagen: Das ist zuviel und das ist zuwenig?

Wir haben uns doch alle miteinander lange gewünscht, eines Tages Freiheit und Frieden für Geld kaufen zu können. Wir haben viel Geld für **Häftlingsfreikäufe** gezahlt. Wir hätten viel Geld ausgegeben, wenn wir damit den **Schießbefehl an der Mauer** weg bekommen hätten. Jetzt ist all das eingetreten, was wir eigentlich nicht zu träumen gewagt haben. Plötzlich gibt es in der UdSSR einen Staatschef namens Gorbatschow, der bereit ist, der deutschen Wiedervereinigung zuzustimmen und konstruktiv nach Lösungen zu suchen, wie man Einzelprobleme bei den **Zwei-plus-Vier-Gesprächen** im Prozeß der Einigung lösen kann.

- (B) Daß der amerikanische Präsident das unterstützt, haben wir eigentlich immer geglaubt. Daß der Präsident der Französischen Republik seine Bedenken zurückstellt und in dieser Phase zusammen mit dem deutschen Bundeskanzler die Initiative „politische Integration Europas“ ergreift, ist doch ein großartiges Ereignis, genauso wie die Tatsache, daß die Engländer dem Ganzen zustimmen, daß die Zwei-plus-Vier-Gespräche mit festem Termin laufen, daß in Wien Hoffnungen auf einen Erfolg bestehen, daß der **KSZE-Prozeß** mit neuen Zielen versehen werden kann. Gestern hat der Bundeskanzler zu der Fragestellung NATO und Warschauer Pakt die Idee geäußert, daß man mit einem **Nichtangriffspakt** beginnen könnte. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, was es historisch bedeutet, wenn Vertreter der beiden Blöcke, die jeweils Schutzfunktionen hatten, plötzlich miteinander reden, mit einem Nichtangriffspakt beginnen und Strukturen für ein großes **europäisches Sicherheitssystem** entwickeln.

Darüber hinaus ist die Wirtschaftslage so günstig wie nie zuvor. Die künftigen Tarifabschlüsse sollten sich an dem der IG-Metall und an den Steuererleichterungen zum 1. Januar orientieren. Anschließend sollten wir einmal zusammenzählen, damit wir einen Eindruck davon bekommen, was wir tun würden, wenn wir die Wiedervereinigung in einer tiefen wirtschaftlichen Krise bewältigen müßten. Was hätten wir denn getan, wenn wir jetzt in der Lage wären, wie sie Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre bestanden hat? Wir stehen vor diesem Problem in einer Situation, in der wir tatsächlich sagen können: Wir brauchen jetzt keine Steuern zu erhöhen, weil wir Steuermehreinnahmen haben. Die Zahlen liegen alle auf dem Tisch. Sie müssen einmal die Relation sehen. Es ist ein glücklicher Zufall, daß wir die großen Aufgaben bei dieser Konjunkturlage lösen können.

Mir fällt dazu nur ein Vergleich ein. Es gibt das Bild der Friedensbewegung: **Schwerter zu Pflugscharen**. Das ist ein interessantes Bild. Es mahnt uns eigentlich, jetzt lieber die Pflugscharen zu bezahlen, damit wir die Schwerter nicht mehr brauchen. Wer nicht bereit ist, die Pflugscharen zu finanzieren, d. h. die Wirt-

schaftshilfe zu sichern, damit der ganze osteuropäische Prozeß so stabil wird, daß sich der **Sicherheitsprozeß** mit einem **ökonomischen Stabilitätsprozeß** verbindet, der läuft eines Tages Gefahr, wegen der Destabilisierung wieder Geld für andere Dinge ausgeben zu müssen.

Da wir doch darin übereinstimmen, daß dies die ganz große Chance ist, nicht nur den deutschen Prozeß, sondern auch den **europäischen Friedensprozeß** zu fördern, weiß ich nicht, ob wir uns weiterhin in Alternativdiskussionen verstricken dürfen, wie wir sie geführt haben. Deshalb will ich mit einem Wort von Herbert Wehner schließen, der am 30. Juni 1960, also vor fast genau 30 Jahren, gesagt hat:

Das geteilte Deutschland, meine Damen und Herren — ich möchte damit nicht belehren —, kann nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen.

Ich möchte ebenfalls nicht belehren; aber das vereinte Deutschland kann das auch nicht ertragen.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Kollege Späth!

Das Wort hat nunmehr der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Bitte schön, Herr Kollege Rau!

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Presseschau habe ich heute morgen eine Meinung vertreten gehört, jetzt, bei den veränderten Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat, werde die SPD diesen Bundesrat sicherlich zu einem „Kampfinstrument“ machen. (D)

Ich habe immer ein anderes Verständnis vom Bundesrat gehabt. Inzwischen habe ich jedoch ein ganz neues. Man kann den Bundesrat auch zur Ablagestelle für alte Wahlreden machen, Herr Kollege Späth.

(Heiterkeit)

Das haben Sie uns soeben vorgeführt.

Soweit Sie sich mit der SPD und ihrer deutschlandpolitischen Position auseinandergesetzt haben, darf ich Ihnen versichern — ohne Prophet wie derjenige zu sein, den Sie soeben mit den Schwertern und den Pflugscharen zitiert haben —: Die Schlichtheit Ihrer Argumente wird kein weiterer Redner hier erreichen. Mit der Darstellung sozialdemokratischer Politik hatte das, was Sie hier zu einem Popanz aufgebaut haben, den Sie dann verprügelt haben, nichts zu tun. Es mag Zeitungen geben — in Baden-Württemberg —, die die sozialdemokratische Position so darstellen. Dann aber empfehle ich die Lektüre überörtlicher Tageszeitungen.

Wer so verfährt, daß er z. B. erzählt, die SPD habe die Übersiedler aussperren, und die CDU habe der DDR helfen wollen, der stellt die Argumente auf den Kopf. Wir haben Forderungen gestellt und sind dafür gescholten worden, der DDR endlich zu helfen, und wir haben hier darüber diskutiert, ob diese Hilfe schon vor Wahlen stattfinden solle oder ob man mit ihr warten müsse, bis in der DDR eine **freigewählte Volkammer** existiere. — Das war die Diskussion.

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) Nun kommt der nicht nur beim Skatspiel mit mir befreundete Lothar Späth und erzählt, man dürfe nicht nachkarten. Und was tut er dann 35 Minuten lang? Nicht nur nachkarten! Er zeigt hier lauter Asse und sagt: Das wird ein Nullouvert.

(Heiterkeit)

Nein, Herr Kollege, so schlicht sind die Dinge nicht.

Wir alle kennen die Gründe, warum der saarländische Ministerpräsident heute nicht hier sein kann. Ich habe auch nicht die Funktion, die Position des Saarlandes hier darzustellen – das wird sicherlich noch geschehen –, zumal ich eine andere Position veretre.

Nur, so zu tun, als stünden diejenigen, die diesen Staatsvertrag ablehnen, damit im Tor, um die Heiligsprechung der Bundesregierung zu verhindern, das ist ein völlig falsches Bild, ein völlig falsches Verständnis. Es ist ein Genuß, Sie die Bundesregierung loben zu hören; das freut uns immer wieder: wegen der Originalität, wegen der Nähe zur Bundesregierung, die Sie immer wieder bezeugen – wenn nicht gerade Wahlkampf ist. Aber die Fragen, mit denen wir es hier zu tun haben, darf man nicht polemisch, darf man nicht „in kleiner Münze“ vertun.

- (B) Ich glaube, daß das heute ein ganz wichtiger Tag ist, so wie gestern ein sehr wichtiger Tag war. Und wenn wir schon das Nachkarten, wenn wir schon den Urheberstreit vermeiden wollen, dann sollten wir uns in der Tat der Dimension dessen bewußt sein, was gegenwärtig zu gestalten ist, wie Kollege Späth gesagt hat.

Heute ist ein Tag, der für viele Erinnerungen weckt. Heute vor 49 Jahren ist die **deutsche Armee in die Sowjetunion einmarschiert**, und das, was wir hier heute besprechen, ist einer der Versuche, die Folgen dessen zu mildern, was auch mit diesem Tag vor 49 Jahren zusammenhängt, die Folgen dessen zu mildern, was viele Menschen innerlich zerreißt. Es gibt Menschen, die innerlich zerreißt, was wir im Blick auf die polnische Grenze hoffentlich einstimmig heute beschließen werden. Es ist keine leichte Sache, gemeinsam, wie wir das hoffentlich tun werden, zu dieser Grenze ja zu sagen, von der wir jedenfalls wissen, daß sie nicht durch Willkür zustande gekommen ist, sondern sie ist die schreckliche Folge eines von Deutschen begonnenen Krieges.

Ich denke, wir müssen uns der Bedeutung dieses Tages bewußt sein. Wir haben das Ziel verfehlt, wenn wir so tun, als sei der Staatsvertrag die einzige Lösung, wenn wir so tun, als sei jeder, der gegen diesen Staatsvertrag stimmt, damit ein Gegner der deutschen Einheit. Davon ist überhaupt keine Rede. Wir streiten um den richtigen Weg.

Dazu meine ich freilich, Herr Kollege Späth – das habe ich gestern auch im Innerdeutschen Ausschuß gesagt –, wir brauchten jetzt nicht im einzelnen darzustellen, welche Zusagen hinsichtlich unserer Beteiligung wir bekommen haben und wie viele dieser Zusagen nicht eingehalten worden sind. Das wäre in der Tat ein Nachkarten.

Wir sollten jedoch – jedenfalls sage ich das für Nordrhein-Westfalen – sagen: **Gemeinsamkeit** muß

man am Beginn des Weges versuchen und nicht am Ende des Weges reklamieren. Nur wer am Beginn versucht, zur Gemeinsamkeit zu kommen, kann sie erreichen, jedenfalls in einer Gesellschaft, die wir als plurale, als pluralistische Gesellschaft wollen und in der es unterschiedliche, gegenläufige politische Kräfte innerhalb des demokratischen Spektrums gibt.

Wir alle wollen die **Teilung Deutschlands** überwinden; wir alle wollen die **Teilung Europas überwinden**. Wir alle setzen auf die Einigung Deutschlands innerhalb eines europäischen Einigungsprozesses. Aber ich denke, daß wir dieses Ziel um so besser erreichen werden, je mehr uns bewußt ist, wer uns diese Chance eröffnet. Diese Chance eröffnet uns keine Bundesregierung und keine Landesregierung, kein Bundestag und kein Bundesrat, sondern diese Chance haben uns **demokratische Revolutionen** in der Mitte und im Osten Europas eröffnet.

Was mich bedrückt, ist, daß diejenigen Menschen, die diese Revolutionen durch aufrechten Gang zustande gebracht haben, in der öffentlichen Diskussion überhaupt nicht mehr vorkommen. Wer spricht denn noch von jenen, für die es Lebensgefahr bedeuten konnte, im Deutschlandfunk morgens aus irgendeiner mecklenburgischen, brandenburgischen oder sächsischen Pfarrerrwohnung, oder wo es sonst gewesen sein mag, ein Interview zu geben? Wer spricht denn noch von Konrad Weiß, von Bärbel Bohley und von denen, die diesen Prozeß in Gang gesetzt haben, als wir, wohl engagiert, wohl auch ein Stückchen helfend, dabei mitzuwirken versucht haben, daß dieser Prozeß vorankam! Es war doch deren Werk, und es war auch nicht ein Jahr der Deutschen, das hinter uns liegt, sondern es war ein Jahr **europäischer Freiheitsbewegungen**. Ohne Budapest, ohne Prag, ohne Warschau, vor allen Dingen ohne Moskau und ohne Gorbatschow hätte dieser Prozeß so nicht gelingen können.

Ich stelle mir vor, wir hätten uns bei der Art, wie dieser Staatsvertrag zustande gekommen ist, anmerken lassen, daß wir das wissen. Ich stelle mir vor, wir hätten diese Chance als eine **gemeinsame Chance aller Verfassungsorgane** von Bund und Ländern, von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat erkannt. Dann wären wir nicht in die merkwürdige Situation gekommen, uns Exemplare des Staatsvertragsentwurfs von der Regierung der DDR ausleihen zu müssen, damit wir sie ein paar Tage bevor die Bundesregierung sie uns mit Stundenfristen zustellte lesen konnten.

Darum geht es, und es geht um die Frage, ob und wie wir diese Chance wahrnehmen, wie wir das, was es seit 1949 jetzt zum erstenmal gibt – **Hoffnung auf Vereinigung in Frieden** und mit Zustimmung unserer europäischen Nachbarn –, zustande bringen. Daher ist dieser Tag, so glaube ich, ein wichtiger Tag. Ich bestreite überhaupt nicht, daß dies ein Tag der Freude und der Hoffnung ist. Nur, wer auf das hinweist, was mit diesem Tag auch an Befürchtungen, an Ängsten verbunden ist, der ist doch damit nicht „Bundesbedenkenträger“. Es will sich doch kein Hochgefühl einstellen.

Ich weiß nicht, ob Sie heute morgen in den Nachrichten den Bericht über das Interview mit dem Mann

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) gehört haben, der die Arbeitsloseninitiativen in der DDR zusammenzuführen versucht, der darüber berichtet, daß es inzwischen 130 000 Arbeitslose gibt und daß es einige Fälle von Selbstmord unter Arbeitslosen gegeben habe.

Wir haben Zeiten erlebt, in denen wir in Nordrhein-Westfalen 800 000 Arbeitslose hatten. Seit nunmehr acht Jahren liegt die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik jeweils bei über zwei Millionen; seit zwei, drei Monaten liegt sie endlich einmal knapp darunter. Wir wissen, welche Belastung das ist. Aber welche Sorgen sich damit in der DDR verbinden, in einem Land ohne marktwirtschaftliche Ordnung, ohne entsprechende soziale Systeme, ohne Absicherungen, ohne das soziale Netz, muß man doch sagen dürfen. Das muß doch ausgesprochen werden.

Daher muß man doch bei der Diskussion über den Staatsvertrag und über das Begleitgesetz darauf hinzuwirken suchen, daß Verbesserungen stattfinden, daß Sicherungen erfolgen. Deswegen, denke ich, darf man nicht mit dem Kauf von Trabis oder Volkswagen kommen. Alles richtige Einsichten, aber keine zureichenden zur Lösung der Probleme, vor denen die Menschen in der DDR und wir gemeinsam, in wenigen Monaten hoffentlich einig, in einem Staat organisiert, stehen werden.

(B) Deshalb ist es ein Zerrbild zu glauben, wie appellierten an Neidgefühle. Wer **soziale Gerechtigkeit** einfordert, appelliert damit nicht an Neidgefühle. Soziale Gerechtigkeit als politisches Prinzip ist keine sozialdemokratische Erfindung; das finden Sie in der **katholischen Soziallehre** und in der **evangelischen Sozialethik** ganz genauso. Nur, sobald es jemand einfordert, der eine andere parteipolitische Orientierung hat, wird daraus der Vorwurf der Neidgefühle.

Wir wollen teilen, wollen die Teilung überwinden, auch durch Teilen. Aber dann muß man doch die Frage stellen: Wer trägt denn die Lasten? Werden denn den starken Schultern auch mehr Lasten auferlegt als den schwachen, oder müssen die schwachen Schultern wieder alles tragen? Da Sie aus dem alten Testament die Schwerter, die zu Pflugscharen geworden sind, zitiert haben — immerhin ein Satz, den die Sowjetunion auf ein Denkmal gesetzt hat; das einzige Mal, daß die Sowjetunion einen Bibelspruch benutzt hat —, will ich Ihnen mit einem Wort aus dem Neuen Testament einen Gruß sagen: „Wem viel gegeben ist, bei dem wird man viel suchen, und wem viel anvertraut ist, von dem wird man um so mehr fordern.“ Stellen Sie sich vor, wir würden das einmal steuerpolitisch umsetzen!

(Heiterkeit — Dr. h. c. Späth [Baden-Württemberg]: Wir zwei hätten damit keine Probleme!)

— Nein, weil wir aus dem Mittelstand hervorgegangen sind!

(Erneute Heiterkeit)

In der DDR haben Menschen 40 Jahre lang in einem totalitären System unter einer Kommandowirtschaft gelebt. Wir haben jetzt die Pflicht, dabei mitzuwirken, daß **Währungsunion, Sozialunion, Wirtschaftsunion, Umweltunion** — inzwischen haben Sie eine **Fahn-**

ungsunion hinzugefügt — erfolgreich werden. Wir haben auch dafür zu sorgen, daß es nicht zu wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Katastrophen kommt. Weil es darum geht, war der Streit um den Staatsvertrag richtig.

Ich gestehe, es ist wieder das übliche Muster. Wenn in der eigenen Partei „Zoff“ herrscht, sagt man: Das ist Vielfalt. Wenn in der anderen Partei Streit ist, sagt man: Das ist Zerrissenheit der SPD. Das sind die bekannten schlichten Muster.

Ich gestehe, wir haben uns den Streit nicht erspart. Wir sind sehr oft bis an die Grenze der Diskussionsfähigkeit bei der Frage gegangen: Was können wir mittragen, wie weit können wir das mittragen, wer kann das mittragen? Aber ich denke, daß der Bürger einen Anspruch darauf hat zu erfahren, ob man es sich leichtmacht oder ob man in einem schwierigen Diskussionsprozeß zu einem Ergebnis kommt.

Wir haben ein Ergebnis, und es wird in der Abstimmung deutlich werden. Deshalb will ich jetzt nicht darüber reden und rechten, welche **Verbesserungen** denn nun stattgefunden haben, ob sie im Vertrag oder im Gesetz sind. Ich denke, wir sind ein Stück beim **Schutz von DDR-Produkten** vorangekommen, bei der **aktiven Arbeitsmarktpolitik**, bei den **Vorkehrungen** für eventuelle **krishafte Zuspitzungen**, beim **Artikel 1 b**, den unser Kollege Jochimsen maßgeblich formuliert hat.

Aber ich würde doch gern noch einmal in Erinnerung rufen, was den meisten bekannt, aber vielen nicht bewußt ist: Die **Bundesrepublik Deutschland** ist eine **Gründung der Länder**, und nicht umgekehrt. Der neue Staat, der jetzt entstehen soll, der soll, wie immer er heißt, ein Bund deutscher Länder sein. (D)

Darum haben wir zu fragen: Wie kommen wir zu einer Politik, die nicht etwas einverleibt, sondern die Achtung vor dem bekundet, was unsere Landsleute unter unerträglichen Umständen geschaffen haben? Wie kommen wir dazu, daß künftig alle politischen Kräfte und Institutionen in der DDR und bei uns an diesem Einigungsprozeß beteiligt werden?

Dabei denke ich, daß auch die Bundesregierung noch lernen könnte und daß mit der **Mißachtung föderaler Prinzipien** Schluß sein muß, daß die **Länder** wenigstens in Zukunft **rechtzeitig** und **umfassend** an der weiteren Gestaltung des deutschen Einigungsprozesses **beteiligt** werden. Es geht auch darum, daß wir über die Bestimmung des Zeitpunktes und über die Ausgestaltung der ersten gesamtdeutschen Wahlen miteinander reden. Auch hier erfahren wir aus den Zeitungen, was vorgesehen ist.

Ich glaube, daß das **Grundgesetz** eine **gute Grundlage**, ein großartiges Angebot und eine noch nicht erfüllte Aufgabe ist. Es ist deshalb eine gute Basis auch für den neu entstehenden gemeinsamen Staat.

Aber machen Sie doch nicht jeden zum Sektierer, der gerne darüber reden möchte, wie denn dieses Grundgesetz im Blick auf die **Stärkung des föderalen Prinzips** verbessert werden kann, im Blick darauf, daß die **Friedensstaatlichkeit** im Grundgesetz festgeschrieben werden könnte; der **Verzicht auf atomare**,

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

- (A) auf **biologische** und **chemische Waffen**, daß das Grundgesetz durch die **Konkretisierung des Sozialstaatsgebotes** verbessert werden könnte, daß der **Umweltschutz** als **Staatsziel** in das Grundgesetz aufgenommen werden könnte, daß das Recht der Frauen auf **Gleichstellung** wirksamer abgesichert werden könnte, als es ist! Weil wir das glauben, darum sind wir dafür, daß über eine künftige Verfassung eine **Volksabstimmung** stattfindet, daß das Fundament für die künftige staatliche Ordnung eines Tages von allen Bürgerinnen und Bürgern gelegt wird.

Noch einmal: Wir erneuern das Angebot an die Bundesregierung zur Zusammenarbeit. Aber das muß dann Kooperation, Information und anschließend gemeinsames Nachdenken sein.

Wir wissen, die deutsche Einigung ist ohne Zustimmung der europäischen Nachbarn nicht möglich. Darum werden wir heute zur Frage der **polnischen Westgrenze** Stellung nehmen. Diese Grenzfrage hat Deutsche und Polen schrecklich belastet. Wir haben eine Politik zu betreiben, die Grenzen annimmt und dadurch mitzuwirken versucht, daß sie nicht mehr trennen, sondern uns als Nachbarn verbinden.

Ich bin davon überzeugt, die demokratischen Revolutionen in der Mitte und im Osten Europas geben uns eine historische Chance, auch die **europäische Teilung** zu **überwinden**. Das heißt aber, daß wir nicht vergessen dürfen, daß wir uns in zwei Prozessen befinden: in dem deutsch-deutschen Prozeß und im europäischen Einigungsprozeß im Westen, den wir beschleunigen müssen, daß wir vor der Umgestaltung in vielen Bereichen stehen und daß wir deshalb Mittel freisetzen müssen, auch durch drastische Abrüstung, damit wir Mittel für die Zukunft der Menschen verwenden können und wir die Möglichkeit erweitern, im Osten und im Süden zu helfen.

Wir dürfen über die Schwierigkeiten in unserer Industrieland die Nöte der Dritten und der Vierten Welt nicht verdrängen. Wir werden schon in aller Kürze vor der Aufgabe stehen, ein **umfassendes Hilfsprogramm** des Westens **für den Osten** zu formulieren, damit der demokratische Aufbau und der ökonomische Umbau möglich werden. Das gilt vor allen Dingen im Blick auf die Sowjetunion, von der Sie, Herr Kollege Späth, nach Ihrer Reise berichtet haben.

Nordrhein-Westfalen stimmt dem Vertragswerk zwischen beiden deutschen Staaten zu, und zwar trotz der schwerwiegenden Mängel, mit denen wir uns in den letzten Wochen oft intern und öffentlich beschäftigt haben. Wir knüpfen an diese Zustimmung nicht nur die Bereitschaft zur Mitwirkung, sondern auch die Forderung nach zukünftiger Zusammenarbeit statt des Gegeneinander-Aufbringens, damit wir den deutschen und den europäischen Einigungsprozeß wirksam voranbringen können.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Kollege Rau!

Das Wort hat nun der Ministerpräsident von Hessen, Herr Dr. Wallmann. Bitte schön, Sie haben das Wort!

Dr. Wallmann (Hessen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rau, ich

möchte mich eigentlich nicht daran beteiligen, die Redebeiträge von Kollegen zu benoten. Ich finde, der Gegenstand unserer heutigen Beratung ist dafür zu wichtig. Ich bekenne ganz persönlich, daß ich dankbar bin, in einer Zeit zu den handelnden Politikern zu gehören, in der wir über die Entscheidung, die heute ansteht, miteinander beraten und sie dann zu verabschieden haben. Das ist ein historischer Augenblick im Leben unseres Volkes.

Ich finde, wir sollten auch unserer Freude darüber Ausdruck geben, daß wir auf dem Wege zur deutschen Einheit in einem europäischen Einigungsprozeß sind und daß — der Herr Präsident hat schon darauf hingewiesen — die **Mitglieder des Bundesrates aus Berlin** heute zum erstenmal **voll stimmberechtigt** sind. Das alles ist Anlaß zu Freude und Dankbarkeit.

Herr Kollege Rau, Sie haben uns einen Entschliebungsantrag vorgelegt. Dabei mag man über manches miteinander streiten; manches kann man vielleicht auch akzeptieren. Insgesamt ist dieser Entschliebungsantrag für das Bundesland Hessen nicht akzeptabel.

Sie, Herr Kollege Rau, haben soeben gesagt, daß die Gemeinsamkeiten, die die Bundesregierung gesucht habe, für Sie nicht ausreichend seien. Sie haben sogar von einer Mißachtung dieses Bundesrates und der Länder durch die Bundesregierung gesprochen. Nun, es ist Ihr gutes Recht, Herr Kollege Rau, zu sagen: Wir halten das nicht für ausreichend. Aber ich muß doch daran erinnern, daß diese Gemeinsamkeit nicht nur gesucht worden ist, sondern es hat sie doch gegeben. Herr Kollege Späth hat recht, wenn er darauf hinweist — ich will den Faden ein bißchen weiter spinnen —, daß wir z. B. zum **Fonds „Deutsche Einheit“** ein einstimmiges Votum abgegeben haben, lieber Herr Kollege Rau.

(Rau [Nordrhein-Westfalen]: Das stimmt!)

Wenn wir ehrlich sind — jetzt wende ich mich an Sie, Herr Bundesfinanzminister —, müssen wir zugeben: Wir haben nach den ursprünglichen Vorschlägen — damals Artikel 23 — nicht damit gerechnet, daß wir zu einem solchen Ergebnis kommen würden.

Ich meine also, wenn man schon seinem Unmut und seiner Unzufriedenheit über die, wie Sie behaupten, fehlende Kooperation hier Ausdruck verleiht, dann muß man das, finde ich, hinzufügen.

Ich finde, zu dem vollständigen Bild gehört dann auch, lieber Herr Kollege Rau: Natürlich stimmen wir darin überein, daß das Jahr **1989/90** kein Jahr, ich sage, ausschließlich der Deutschen ist. Natürlich ist es ein **Jahr der europäischen Erhebungen**. Wir alle miteinander — das haben wir auch miteinander zum Ausdruck gebracht — sind doch für das dankbar gewesen, was in Polen geschehen ist. Ich polemisiere nicht. Man könnte ja, festgemacht an Namen, einiges anmerken, was in der Vergangenheit geschehen oder, richtiger gesagt, nicht geschehen ist. Aber wir sind doch einer Auffassung — das sollten wir in diesem Augenblick festhalten —, daß ohne das, was in Polen und in Ungarn geschehen ist, vermutlich das, was in der DDR geschehen ist, kaum oder nicht geschehen wäre.

Dr. Wallmann (Hessen)

(A) Aber wir können doch bekennen, daß es auch ein Jahr der Deutschen ist. Denn so, wie viele in Sorge gewesen sind, daß sich ein deutscher Einigungsprozeß hemmend auf den europäischen auswirken könnte — das Gegenteil tritt inzwischen ein —, haben manche auch die Sorge gehabt: Wenn es denn wirklich zur deutschen Einheit kommt, dann bricht bei den Deutschen der große nationale Taumel aus, und die typischen deutschen „Krankheiten“ der Vergangenheit werden erkennbar. Nichts von alledem! Ich finde, das ist ein großes Verdienst unseres Volkes. Wir sollten dafür dankbar sein. Ich finde, wir sollten das auch aussprechen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Staatsvertrag, der heute zur Entscheidung ansteht, der gestern im Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet worden ist, kann die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden Staaten in Deutschland jetzt wirksam werden. Dieser Staatsvertrag ist ein entscheidender Schritt hin zur deutschen Einheit. Ich sage, der **Staatsvertrag** gehört deshalb zu den **Gründungsdokumenten des sich vereinigenden Deutschlands**.

Dies ist eine Stunde in der Geschichte unseres Vaterlandes, auf die wir lange warten mußten. Voraussetzung dafür war alles das, was ich soeben beschrieben habe, nicht zuletzt die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR. Ich sage, diese **friedliche Revolution** ist eine **geschichtliche Leistung**, die weit in die Zukunft hinein wirken wird. Meine Damen und Herren, sie ist nicht nur für die Menschen in der DDR, sondern für alle Deutschen erbracht worden. Was diese friedliche Revolution für das politisch-moralische Selbstverständnis unseres Volkes eines Tages ausmachen wird, können wir heute, glaube ich, noch gar nicht absehen.

(B)

Es ist nicht nur der Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, die Einheit in Freiheit zu vollenden, der sich nun erfüllt. Es ist mehr. Worauf Männer wie Robert Blum und Arnold Ruge, Robert von Mohl und Heinrich von Gagern 1848/49 gehofft hatten, was Persönlichkeiten wie Walther Rathenau, Hugo Preuß und Gustav Stresemann in der Republik von Weimar anstrebten, wofür die Frauen und Männer des deutschen Widerstandes ihr Leben eingesetzt haben: Jetzt haben wir die historische Chance, es zu erfüllen, nämlich die stabile **Vereinigung von Demokratie und Nation** in Deutschland. Dieser Dimension unserer heutigen Entscheidung müssen wir uns bewußt sein. Wir würden unserer Verantwortung nicht gerecht, wenn wir wegen zusätzlicher Details das ganze Vertragswerk hinauszögerten oder gar scheitern ließen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir dazu noch die Bemerkung: Ich jedenfalls bin denjenigen dankbar, die zustimmen, obwohl sie aus ihrer Sicht — das ist ihr gutes Recht — kritische Anmerkungen machen und glauben, daß dieser Vertrag hätte besser formuliert werden sollen. Ich bin dafür dankbar, daß wir heute, wie sich absehen läßt, den Staatsvertrag mit überzeugender Mehrheit annehmen werden.

Viele Menschen — auch bei uns — fragen sich, was der 2. Juli für sie ganz persönlich bedeuten wird: für ihren **Arbeitsplatz**, ihre **soziale Absicherung** sowie

ihre **berufliche und familiäre Zukunft**. Ich habe Verständnis für ihre Sorgen. Ich würde das nicht akzeptieren, was Herr Kollege Rau soeben gesagt hat, nämlich daß hier wieder etwas den Schwachen aufgebürdet werden soll. Ich finde, eine solche Bemerkung wird dem, was hier formuliert worden ist und was nun Wirklichkeit wird, nicht gerecht.

(C)

Trotzdem müssen wir alle Verständnis für diese Sorgen haben. Auch wenn sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in der heutigen DDR mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft natürlich erheblich verbessern wird, so bringt die Umstellung für jeden einzelnen auch große Anforderungen mit sich.

Dieser Staatsvertrag wird den Menschen in der DDR neue **Chancen** eröffnen. Aber natürlich — auch das ist gestern im Deutschen Bundestag mehr als einmal zum Ausdruck gebracht worden — bringt dieser Staatsvertrag auch **Risiken** mit sich. Es wird Schwierigkeiten und Übergangsprobleme geben. Keiner von uns kennt die Zukunft. Niemand von uns kann voraussagen, wie sich die Lebensverhältnisse in der DDR im einzelnen entwickeln werden. Das ist nicht zu verharmlosen.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben allen Anlaß, unseren Landsleuten Mut zu machen. Wir können feststellen, ohne daß wir uns hier selbstgerecht auf die Schulter klopfen wollen: Wir versuchen, unseren Beitrag zu leisten, und wir leisten diesen Beitrag.

Wir haben allen Anlaß, mit dem Präsidenten der Bundesbank anzunehmen, daß dieser Staatsvertrag, wie er formuliert hat, zu einem **„enormen Aufschwung“ in der DDR** führen wird. Natürlich ist uns allen miteinander auch bewußt, daß es die Einheit nicht zum Nulltarif gibt. Wer die Einheit nur dann akzeptieren wollte, wenn sie nichts kostet, der beschädigt die moralische Integrität der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Das ist die Wahrheit.

(D)

Im übrigen sind wir für diese Herausforderungen gut vorbereitet. Unsere **Wirtschaft** befindet sich auch im achten Jahr des Aufschwungs in einer **hervorragenden Verfassung**. Die Steuerreform hat zudem — allen Unkenrufen zum Trotz — auf allen staatlichen Ebenen zu erheblich besseren Einnahmen geführt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute sind sich darüber einig, daß die Vereinigung Deutschlands in seinen beiden Teilen zu weiteren positiven **Wachstumsimpulsen** führen wird. Deshalb sind die Aufwendungen, die wir heute erbringen, Investitionen in die Zukunft des sich vereinigenden Deutschlands.

Würden der Staatsvertrag und mit ihm die Währungsreform nicht am 2. Juli in Kraft treten, würden wir eine neue Welle von **Übersiedlungen** erleben. Die Folgen wären fatal. Herr Kollege Späth hat darauf noch einmal hingewiesen. Hier würden der Wohnungsmarkt und der Arbeitsmarkt belastet. In der heutigen DDR würden vor allem qualifizierte jüngere Menschen beim Aufbau fehlen. Es macht keinen Sinn, einerseits für die Einstellung von Leistungen an Übersiedler in der Bundesrepublik einzutreten, andererseits aber die Ursachen, die die Menschen zur Über-

Dr. Wallmann (Hessen)

- (A) siedlung bewegen, nicht so schnell wie möglich beseitigen zu wollen.

Die **Herstellung der Einheit** ist sicherlich die **wichtigste Herausforderung** für die Politik **seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland**. Man mag die Geschwindigkeit, mit der sie sich vollzieht, beklagen. Aber wir können das Tempo der Entwicklung nicht allein bestimmen. Die Lage der Wirtschaft und der Umwelt in der jetzigen DDR — wir wissen es; wir haben es selbst unmittelbar erfahren — ist desolat. Niemand weiß, ob die UdSSR auf Reformkurs bleibt — vielleicht muß ich sagen: bleiben kann. Gerade die letzten Monate haben bewiesen, daß es eben keinen Status quo, keine Unveränderbarkeit von Realitäten gibt. Alles ist im Fluß, und das gilt auch für die Zukunft.

Ich stimme dem früheren Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, zu, der gesagt hat — ich zitiere —: „In den Grundsatzfragen gibt es keine Wahl.“ Ich stimme mit ihm auch darin überein, daß sich der Staatsvertrag nicht für parteitaktische Winkelzüge eigne. Dazu ist diese Frage zu wichtig. Sie ist für unser Volk von entscheidender Bedeutung.

- (B) Wir wollen in diesem Zusammenhang auch daran denken, daß der Staatsvertrag in der DDR die Zustimmung einer breiten Koalition von Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten gefunden hat. Es handelt sich also keineswegs um eine einseitige Entscheidung der Bundesregierung, sondern um das Ergebnis von Verhandlungen zwischen zwei freigeählten Regierungen. Dieser Staatsvertrag ist keine eminente Fehlentscheidung, sondern er bietet die große Chance, jetzt nicht nur die Einheit zu verwirklichen, sondern auch den Menschen Lebenschancen zu eröffnen, die vor wenigen Monaten noch undenkbar erschienen. Deswegen darf keiner von uns an einen Wohlstandschauvinismus appellieren.

Das Jahr **1990** wird wahrscheinlich zum **Jahr der deutschen Einheit** werden. Wie alle Völker, haben auch wir Deutschen ein **Recht auf Selbstbestimmung**. Aber wir wollen auch hinzufügen: Wir können unsere nationale Frage nicht jenseits von Geographie und Geschichte lösen. Unser Schicksal ist die Mitte Europas, und die Erfahrungen aus unserer Geschichte müssen unsere Politik bestimmen. Wir können nicht darüber hinwegsehen — auch das ist schon angeklungen —, daß es bei unseren Nachbarn in Europa Besorgnisse und manchmal, begründet oder nicht, auch Ängste im Zusammenhang mit dem sich vereinigen den Deutschland gibt. Wenn wir jetzt darangehen, ein neues Deutschland mit fast 80 Millionen Einwohnern zu gründen, dann müssen wir diese Gefühle und Sorgen ernst nehmen.

(Vorsitz: Vizepräsident Engholm)

Die deutsche Frage hat uns niemals allein gehört, weder 1648 noch 1815, weder 1848 noch 1871, weder 1919 noch 1945. Die deutsche Frage war und ist auch eine europäische Frage. Wir Deutschen wollen unser **Recht auf nationale Selbstbestimmung** gerade wegen dieser Einsicht nicht gegen, sondern nur mit Europa verwirklichen. Wir wollen ein Deutschland, das in die Gemeinschaft der europäischen Staaten und Völker

eingebunden ist. Wir wollen keine Sonderwege gehen. (C)

Die deutsche Einheit und die Einigung Europas — auch das sollten wir im Bundesrat noch einmal feststellen — stehen deshalb auch nicht im Widerspruch zueinander. Die Wiedergewinnung unserer staatlichen Einheit bedeutet deswegen keinen Rückzug auf uns selbst. Im Gegenteil, wir Deutschen wissen: Wir haben das, was wir heute erleben, nur in der Gemeinschaft mit unseren westlichen Verbündeten erreicht. Deshalb wollen wir auch in Zukunft Teil dieser Gemeinschaft sein, die immer mehr war als eine militärstrategische Überlegung. Es war vielmehr der Wille, an die **Freiheitsideale der westlichen Zivilisation** Anschluß zu gewinnen. Dieser Weg ist unumkehrbar.

Meine Damen und Herren, die heutige **DDR** wird mit dem Tag der Vereinigung als Teil des ganzen Deutschlands **Mitglied der EG** sein. Welche Hoffnungen verbinden sich mit diesem Weg für die Völker in Mittel- und Osteuropa, die ebenfalls in einer solchen Freiheitsbewegung sich selbst gefunden und von der Diktatur befreit haben? Was mögen sie denken, wenn sie uns diskutieren hören, wenn sie von uns hören, welche großen Sorgen wir zu bewältigen haben? Mag es nicht so sein, daß manche von ihnen denken: Die Sorgen möchten wir auch gerne haben, die die Deutschen in der heutigen DDR haben, mit allen Möglichkeiten auch wirtschaftlicher Art, die von der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

Ich möchte aber auch der Bundesregierung für das danken, was sie in den zurückliegenden Monaten geleistet hat. Ich sage noch einmal: Ich habe nicht das Recht, für Landeregierungen zu sprechen, die die Dinge anders sehen. Es ist ihr gutes Recht, sie anders zu beurteilen. Aber was in dieser kurzen Zeit rein an Arbeitslast bewältigt worden ist, und zwar auf beiden Seiten, kann ich nur respektvoll anerkennen. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit der Bundesregierung gegenüber hier zum Ausdruck gebracht haben. (D)

Meine Damen und Herren, dieser Staatsvertrag ist ein wichtiger Markstein auf dem Weg hin zum vereinigten Deutschland, und dieses vereinigte Deutschland wird auf dem Wege zur politischen Union Europas von Bedeutung sein. Ich wünsche mir, daß der Bundesrat, wie es seinem Selbstverständnis entspricht, nicht nur in der Wortwahl und mit Argumenten, sondern auch mit dem, was anschließend nach dieser Sitzung von uns zum Ausdruck gebracht wird, diesen Weg begleitet und damit sichtbar macht, welche Bedeutung diese Entscheidung für unser ganzes Vaterland besitzt.

Vizepräsident Engholm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wallmann!

Das Wort hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Momper.

Momper (Berlin): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nirgendwo werden die Notwendigkeiten, aber auch die Probleme des deutschen Einigungsprozesses so deutlich wie in Berlin. Hier treffen die ganz unterschiedlichen Lebensstandards unmittelbar aufeinander; hier ist aber auch die Seh-

Momper (Berlin)

- (A) sucht nach der Wiederherstellung der Einheit am größten. 40 Jahre haben wir auf die Einheit gewartet; über 28 Jahre lang haben wir die Mauer erdulden müssen.

Die Berlinerinnen und Berliner aus Ost und West sagen ja zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, weil und obwohl wir selbst direkt von den Auswirkungen des Staatsvertrags betroffen sind. Das ist kein jubelndes Ja, sondern es ist ein sehr problembewußtes Ja. Der Staatsvertrag ist aus unserer Sicht der einzige jetzt noch gangbare Weg. Die Währungsumstellung muß zu diesem Zeitpunkt erfolgen; denn die alten **ökonomischen Strukturen der DDR sind völlig ausgehöhlt**. Die gesamte Gesellschaft dort hat sich bereits auf die Umstellung eingerichtet. Die derzeitige Situation ist äußerst instabil und drängt nach einem Neuanfang.

Kein Mensch aber sollte glauben, daß mit der Währungsunion die dort anstehenden Probleme schon gelöst wären. Im Gegenteil, die eigentlich schwierige Zeit liegt noch vor uns, und sie liegt vor den Menschen in der DDR. Der Staatsvertrag wird deshalb nicht das letzte Wort zur Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der deutschen Einheit sein.

- (B) Ich wende mich — bei aller Kritik am Staatsvertrag — allerdings gegen die Legendenbildung, die jetzt insbesondere von der SED/PDS betrieben wird, die den Staatsvertrag für die wirtschaftlichen Probleme in der DDR verantwortlich machen will. Nicht der Staatsvertrag ist **schuld an dem vollständigen wirtschaftlichen und politischen Niedergang der DDR**, sondern schuld daran ist einzig und **allein die SED**. 40 Jahre lang hat die SED den zweiten deutschen Staat in den Ruin gewirtschaftet. Es war auch die SED, die in der DDR eine **marode Infrastruktur, nicht konkurrenzfähige Betriebe** und eine völlig **ineffiziente Verwaltung** hinterlassen hat.

Der Staatsvertrag wäre so nicht notwendig, wenn in der DDR nicht jahrzehntelang ein System selbstgefälliger Parteibonzen und eine Diktatur der Bürokratie geherrscht hätten. Dieses inhumane System hat die Menschen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht und das Land ökologisch an den Rand einer Katastrophe geführt. Wir müssen ohne Frage hart miteinander über den besten Weg hin zur deutschen Einheit diskutieren und uns kritisch darüber austauschen.

Aber wir dürfen den Versuch der PDS, sich von der Verantwortung reinzuwaschen, nicht zulassen. Die PDS ist jedenfalls die letzte Partei, die das Recht hätte, sich als Sachwalter sozialer und ökologischer Interessen aufzuspielen. Die PDS hat ebenso wie die Blockparteien, die 40 Jahre lang alles mitgemacht haben, jetzt die Gelegenheit, zum Wiederaufbau des Landes beizutragen, indem sie z. B. ihr **unrechtmäßig angehäuftes Parteivermögen** endlich dem Volk zurückgibt.

Meine Damen und Herren, nach dem 1. Juli 1990 werden die Betriebe in der DDR, werden die Menschen schlagartig mit dem westlichen Wirtschaftsmodell konfrontiert werden. Ein solches Experiment hat es in der Geschichte noch nie gegeben. Niemand soll uns heute weismachen, er überblicke alle Konsequenzen

oder wisse schon heute, wie die Folgen zu beherrschen sein werden. Die DDR-Wirtschaft tritt aus dem Schutzraum ihres abgeschlossenen Marktes heraus, in dem alles mehr schlecht als recht funktionierte und in dem es keine Perspektive für eine positive Entwicklung gab.

Die DDR-Wirtschaft und mit ihr die Menschen müssen sich über Nacht der **westlichen Konkurrenz**, dem **Wettbewerb** und den westlichen Maßstäben von **Effizienz** stellen. Das kann ohne Hilfe niemand schaffen. Niemand kann erwarten, daß sich Einstellungen und Verhaltensweisen, die 40 Jahre lange gegolten haben, schnell ändern. Nahezu alles in der DDR muß umorganisiert werden; in den **Betrieben**, im **sozialen Sektor**, im **Bildungsbereich**, in der **öffentlichen Verwaltung** und im **Rechtssystem**. Vieles wird stillgelegt und manches abgeschafft werden, anderes wird modernisiert und „abgespeckt“ werden, wieder anderes wird neu aufgebaut und erweitert werden.

Ich habe Verständnis für die Sorgen und für die Ängste der Menschen in der DDR jetzt und heute. Diese Ängste und Sorgen eines 16-Millionen-Volkes sind deshalb verständlich, weil heute kaum einer weiß, was morgen aus ihm wird. Aber ich möchte den Menschen in der DDR **Mut und Hoffnung** machen. Die Probleme der Übergangszeit können bewältigt werden, wenn wir bei allen Schritten die sozialen Belange der Menschen sorgfältig beachten und wenn auch wir im Westen zur **Solidarität** bereit sind. Hilfen für die DDR sind nicht Spenden für den Osten, sondern sie sind **innerdeutscher Lastenausgleich** für 45 Jahre deutscher Geschichte in beiden deutschen Staaten, und sie sind vor allen Dingen auch **Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft**.

Die Bundesregierung hat allerdings selber dazu beigetragen, daß in der DDR solche Ängste geweckt wurden. Sie hat es versäumt, unmittelbar nach Öffnung der Mauer konkrete Hilfsprogramme zu starten, etwa zur Verbesserung der Infrastruktur, was zu jenem Zeitpunkt Zukunftsinvestitionen gewesen wären. Sie hat keine Hoffnungen erzeugt, sondern die DDR „hängen“ lassen und gewartet, bis die Zeit für den radikalen Schritt reif war, der dann unvermeidbar geworden ist. Das kritisieren wir, ebenso wie wir kritisieren, daß die Bundesregierung die deutsche Einheit wie eine Privatsache behandelt und die Länder nur unzureichend beteiligt hat. Wenn ich aus dem Innerdeutschen Ausschuß des Bundesrates von gestern höre, daß dort die Existenz des Entwurfs für einen zweiten Staatsvertrag bestritten wurde, obwohl die Kollegen aus allen Ländern diesen Entwurf auf dem Tisch liegen haben, dann wird mir wieder deutlich, daß auch in diesem Falle trotz aller Zusagen die Länder wieder erst beteiligt werden, wenn das, was eigentlich unter Beteiligung der Länder erarbeitet werden mußte, schon ausgehandelt und zu Papier gebracht worden ist.

Diese falsche Politik, die sich hier wieder abzeichnet, hat zu grundsätzlicher Kritik am Staatsvertrag geführt. Ich habe volles Verständnis dafür, daß der Ministerpräsident des Saarlandes aus dieser fundamentalen Kritik heraus dem Staatsvertrag seine Zustimmung nicht geben wird. Auch einzelne Mitglieder

Momper (Berlin)

- (A) des Senats von Berlin lehnen den Staatsvertrag aus diesen Gründen ab.

Der Staatsvertrag wird die Industrie in der DDR zu höherer Produktivität zwingen. Betriebe, die nicht wettbewerbsfähig sind, werden vom Markt ausgesondert werden. Aber niemand weiß im Moment, ob die Menschen in der DDR nach dem 2. Juli dort erzeugte, konkurrenzfähige Produkte kaufen werden oder ob sie generell Westwaren den Vorzug geben werden. Das ist im Moment — der Kollege Späth hat schon darauf hingewiesen — die **Schlüsselfrage für die Überlebensfähigkeit großer Teile der DDR-Industrie** und damit auch für die Erhaltung von Arbeitsplätzen in der DDR. Dafür enthält der Staatsvertrag keine oder nur unzureichende Regelungen.

Diese Mängel werden in der Praxis sehr schnell zutage treten, und sie werden zu Nachbesserungen zwingen. Der Schutz der DDR-Industrie durch die beabsichtigte 11%ige **Importsteuer auf Westprodukte** wird den Zweck verfehlen und vor der Realität der offenen Grenzen keinen Bestand haben. Importsteuern nutzen bei offenen Grenzen — das sagen alle Erfahrungen der letzten hundert Jahre — überhaupt nichts. Etwa die Hälfte der Bewohner der DDR — das ist heute schon absehbar — wird sich in West-Berlin oder im Zonenrandgebiet mit den dort billigeren Westwaren eindecken. Diese Maßnahme trifft nur wieder diejenigen, die in der DDR fernab vom Westen wohnen. Sie wird nicht dazu beitragen, die Produktion von Konsumgütern in der DDR selbst etwa zu stärken. Im Gegenteil, **für die Gründung selbständiger Existenzen** im Bereich des Groß- und Einzelhandels ist sie **schädlich**.

(B)

Umgekehrt ist dies das größte Förderungsprogramm aller Zeiten für den Westberliner Einzelhandel und den Einzelhandel im Zonenrandgebiet. Man wird sagen können, daß sich die Verbände des Einzelhandels in diesen Bereichen heute schon sehr herzlich dafür bedanken. Aber Sinn der Übung ist wohl die Förderung der DDR, und das wird dadurch nicht erreicht. Statt der Besteuerung von Westprodukten wäre umgekehrt eine **Begünstigung der heimischen Produktion** in der DDR **erforderlich**, die jedenfalls über die jetzt beabsichtigte Steuerbegünstigung hinausgeht, die zu gering ist und nur für kurze Zeit gilt.

Meine Damen und Herren, an einer wirksamen **Absicherung des wirtschaftlichen Strukturwandels** in der DDR fehlt es bisher. Der Senat von Berlin schlägt deshalb vor, nach dem Vorbild der Regelungen des Berlin-Förderungsgesetzes **Förderungsmaßnahmen** für die DDR zu beschließen, die genauer zielen und genauer wirken. Dieser Staatsvertrag — das wird sich zeigen — reicht noch nicht aus, um die Betriebe in der DDR in den Stand zu versetzen, sich am Markt zu behaupten. Auch die Anreize für die westdeutsche Industrie, in der DDR zu investieren, reichen noch nicht aus. 12% Investitionszulage für einen kurzen Zeitraum sind kein genügender Anreiz. Es besteht die Gefahr, daß allzu große Teile der DDR-Wirtschaft ihren Betrieb einstellen müssen oder aber eine leichte Beute für westdeutsche Unternehmer werden, die sich die „Rosinen“ herauspicken, neue Märkte sichern und ansonsten wenig Neues in der DDR selbst aufbauen werden.

Die **Entlassungswelle** in der DDR ist **bereits angelaufen**. Ich will klar sagen: Der Wechsel von Arbeitsplätzen im nicht konkurrenzfähigen Bereich auf Arbeitsplätze im konkurrenzfähigen, im wettbewerbsfähigen Bereich ist notwendig. Der **Arbeitsplatzwechsel** ist notwendiger Teil der Umstrukturierung. Aber die Zeit der Arbeitslosigkeit muß für die Umschulung genutzt werden. Bislang aber fehlt es noch an einem umfassenden Programm zur Fortbildung und Qualifizierung der Arbeitnehmer in der DDR. Auch an einer klaren Regelung über den vom Staat angeeigneten Grund und Boden hat man sich bisher vorbeigedrückt. Die jetzt beabsichtigte Reprivatisierung kann sich als ausgesprochenes Investitionshemmnis auswirken.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat mit dem Staatsvertrag und seiner Finanzierung versucht, einen Weg zu gehen, der möglichst niemandem bei uns weh tut, der keine Steuererhöhungen und ebensowenig eine Umschichtung im Bundeshaushalt erfordert. Ich finde, es ist ein ausgesprochener Skandal, daß die Bundesregierung 1991 genauso viel Geld für die Rüstung und sogar noch etwas mehr ausgeben will wie in diesem Jahr, als ob es in Europa nicht einige grundsätzliche Veränderungen gegeben hätte. Man wagt ein **finanzielles und ökonomisches Jahrhundertexperiment** und tut gleichwohl so, als habe das überhaupt keinen Einfluß auf liebgewordene Gewohnheiten hierzulande, weder auf den **Rüstungshaushalt**, noch auf die sogenannte **Steuerreform**, noch auf **kostspielige Großprojekte**. Diese Position ist von Wahlkampfaktik bestimmt, und sie ist nicht haltbar. Denn die Menschen bei uns wissen ganz genau, daß die Einheit am Ende mehr kosten wird, als **ihnen jetzt vorgedauert wird**.

(D)

In Berlin ist das schon heute sichtbar. Dort sieht man bei der Vereinigung der Stadt zuerst, was bei der Vereinigung Deutschlands insgesamt auf uns zukommen wird. Im Haushalt des **Magistrats von Ost-Berlin** werden schon in der zweiten Jahreshälfte 1990 mehr als 1 Milliarde DM, nämlich 25 % der notwendigen Ausgaben — bei allergrößter Sparsamkeit —, fehlen, weil die Zuweisungen des Staates an die Stadt vermindert worden sind. Niemand weiß, wie dieses Defizit abgedeckt werden kann, geschweige denn das Defizit des kommenden Jahres, das vermutlich höher sein wird. Die Schulden Ost-Berlins werden nach der Vereinigung sofort auch unsere Schulden, die Schulden ganz Berlins, sein.

Nehmen wir ein anderes Beispiel: die **gesetzliche Krankenversicherung**. Die AOK in Berlin mit einer Beitragshöhe von ungefähr 12 % ist schon heute in einer schwierigen Lage. Aus Ost-Berlin werden sehr schnell Hunderttausende von Beitragszahlern mit sehr niedrigem Einkommen dazukommen und das Defizit der AOK so weit vergrößern, daß dabei Beitragshöhen von 14 bis 16 % herauskommen werden, was unzumutbar ist. Nehmen wir die Kultureinrichtungen und die Hochschulen. Allein der **Finanzierungsbedarf für die Museumsinsel** der Staatlichen Museen, ein einmaliges Kulturensemble mit Weltgeltung, geht über die Milliarden Grenze hinaus. Und dabei geht es um die kurzfristige Rettung von Kulturgütern. Nehmen wir die **Verkehrsverbindungen**, die jetzt unaufschiebbar notwendigen Verknüpfungen über die Grenzen hinweg. Dabei müssen Brücken,

Momper (Berlin)

- (A) Bahnhöfe, Tunneln und Straßen nach Jahrzehnten des Stillstands wieder instandgesetzt werden — eine Aufgabe, die mehrere hundert Millionen zusätzlich erfordert.

Berlin allein hat nicht die Wirtschaftskraft und das Steueraufkommen, um alle diese Aufgaben aus eigener Kraft zu bewältigen. Durch die Aufhebung der Teilung — das ist wohl wahr — werden langfristig Kosten gespart, aber zunächst jedenfalls nicht in Berlin. Im Gegenteil, in den genannten Bereichen entstehen **zusätzliche Ausgaben**. In dem Maße, in dem die Wirtschaftskraft der Stadt und das Steueraufkommen steigen, können die jetzigen Hilfen für Berlin zurückgefahren werden. Das wollen wir auch. Aber bislang ist das noch nicht der Fall. Es klingelt allenfalls in den Kassen des Einzelhandels.

- (B) West-Berlin hat durch die Folgen der Teilung immer noch eine schwache industrielle Struktur, und **Ost-Berlin** wird nach der Währungsunion wohl noch mehr als andere Gebiete durch den hohen Behördenanteil eine **ökonomische und arbeitsmarktpolitische Krisenregion** sein. Es darf und es kann in Berlin nicht Menschen zweiter Klasse geben, sondern wir werden den Lebensstandard aller so schnell wie möglich auf westliches Niveau heben müssen, so schnell, wie es ökonomisch vertretbar ist. Die **Berlin-Förderung** gehört jedenfalls nicht in die Rubrik „Kosten der Teilung“, sondern sie **zählt zu anderen regionalen und sektoralen Strukturhilfen**, ob das nun Hilfen für Kohle und Stahl oder für die Werften sind. Niemand, auch nicht der Bundesfinanzminister, käme auf die Idee, solche Strukturhilfen wegen der deutschen Einheit etwa zu kürzen. Wir verlangen für Berlin Gleichbehandlung mit anderen Regionen und vor allen Dingen auch Vertrauensschutz für die Berliner Wirtschaft. Die Berlin-Förderung kann deshalb erst ab 1993 und dann — so ist unser Vorschlag — in sieben gleichen Raten **schrittweise abgebaut** werden. Die Bundeshilfe für den Landeshaushalt aber muß vorerst bleiben, und zwar in voller Höhe für West-Berlin, weil Mehreinnahmen nicht zu erwarten sind. Vor allen Dingen muß der Bereich abgedeckt werden, der durch Ost-Berlin als Defizit dazukommt und der bisher auch durch staatliche Zuweisungen abgedeckt worden ist.

Alles andere hieße, in Berlin nicht zu bewältigende soziale und **ökonomische Spannungen** zu provozieren. Ich möchte klar sagen, daß die Berlinerinnen und Berliner nicht 40 Jahre lang die Abtrennung, die Mauer, die Blockade und die Schikanen der SED ertragen haben, um jetzt etwa schlecht behandelt zu werden. Berlin hat nicht als Symbol für Einheit und Freiheit gestanden, um jetzt alleingelassen zu werden.

Meine Damen und Herren, mit der Zustimmung zum **Sonderfonds „Deutsche Einheit“** haben die Länder bekräftigt, daß sie in die Entscheidungsfindung stärker einbezogen werden wollen. Die Länder wollen zu den Kosten der deutschen Einheit ihren Beitrag leisten. Wir wollen deutlich machen, daß die Bürgerinnen und Bürger in der DDR in unserer **Solidargemeinschaft** willkommen sind. Doch die Spielräume für Länder, für Städte und Gemeinden sind nach diesen Finanzierungsabsprachen jetzt auf Null gesunken.

(C) Auch die **Städte und Gemeinden in der DDR** haben jetzt große **Finanzsorgen**. Die Städte wissen derzeit nicht, wie sie ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen sollen. Was für Ost-Berlin gilt, trifft mindestens auch für die anderen großen Städte in der DDR zu. Bis in der DDR die Städte über eigene Einnahmen verfügen, müssen sie ihren umfangreichen Aufgaben und dem, was jetzt noch dazukommt, wie bisher mit staatlichen Finanzzuweisungen entsprechend ausgestattet werden. Ich unterstütze deshalb ausdrücklich die Forderung des ersten **gesamtdeutschen Städtetages**, daß die Städte in der DDR mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

Es darf nicht sein, daß Bundesregierung und DDR-Regierung die Kosten der deutschen Einheit zu Lasten der Städte und Gemeinden in der DDR finanzieren. Die finanzielle Verantwortung für die Ausstattung der öffentlichen Hände in der DDR mit den notwendigen Mitteln trägt neben der DDR-Regierung ab 1. Juli die Bundesregierung, genauer gesagt, der Herr Bundesfinanzminister. Die Bundesregierung muß dieser Verantwortung für die DDR-Bürger schon jetzt gerecht werden, und es ist in unser aller Interesse, wenn soziale Spannungen vermieden werden, die daraus resultieren könnten.

(D) Meine Damen und Herren, Berlin ist der Ansicht, daß in der **Hauptstadtfrage** jetzt endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen. Es kann ja wohl nicht sein, daß über 40 Jahre hinweg quer durch alle demokratischen Parteien der Konsens herrschte, Berlin müsse Hauptstadt eines vereinigten Deutschlands werden, und dann dieses Versprechen nicht eingelöst wird, wenn es so weit ist. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, die **geltende Beschlußlage** des Deutschen Bundestages oder auch des Bundesrates und vor allem die geltende Rechtslage nach verschiedenen Gesetzen jetzt auch einzulösen. Im zweiten Staatsvertrag muß klargestellt werden, daß die alten Beschlüsse, Berlin zur Regierungshauptstadt zu machen, im neuen Deutschland auch eingelöst werden. Berlin, als die Metropole im Herzen Europas, ist dafür auch geeignet. Diese Stadt ist gut geeignet, Deutschland, das neue, das vereinte Deutschland, zu repräsentieren. Auch die Bürgerinnen und Bürger auf dem heutigen Gebiet der DDR wollen Berlin als Hauptstadt; denn das **Zusammenwachsen Berlins** ist **Symbol für die Überwindung der Teilung** Deutschlands. Berlin kann darüber hinaus — inmitten der DDR gelegen — die Lokomotive für den schnellen ökonomischen Aufschwung weiter Teile dieses Gebietes sein.

Meine Damen und Herren, wenn eine deutsche Stadt nach 1945 in der Welt als **positives Symbol** empfunden worden ist, wo sich der Überlebenswille der Menschen manifestierte und die Freiheitsideale des Westens verteidigt worden sind, und zwar unter erheblichen Entbehrungen in über 45 Jahren — es ist nur gut, daß auch der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens hier ist, um diese Botschaft zu hören —, wo diese Freiheitsideale trotz der Entbehrungen für die Menschen symbolhaft hochgehalten worden sind, dann war das doch wohl bei Berlin der Fall.

Eine Stadt, die unter Zerstörung und Isolation hat leiden müssen und gleichwohl dem Druck der Mauer und den Verlockungen der SED standgehalten und

Momper (Berlin)

- (A) dabei nicht den Mut verloren hat, spiegelt wirklich die Höhen und Tiefen deutscher Geschichte wider. In Berlin gibt es kein Ausweichen vor der deutschen Vergangenheit, sondern dort gibt es nur die Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit. Wenn deutsche Politik von einer deutschen Regierung gemacht wird, dann, denke ich, muß sie im Angesicht der Stätten gemacht werden, wo der Holocaust beschlossen wurde, von wo schlimme Folgen für Europa und die Welt ausgingen.

Ähnlich wie Bonn, das während der 50er Jahre die **Westintegration** vorangetrieben und die **Aussöhnung mit Frankreich** in beispielhafter Weise betrieben hat, könnte Berlin eine vergleichbare Aufgabe in Richtung Osten zu lösen haben. Wenn, dann findet in Berlin der Brückenschlag zwischen den Kulturen Osteuropas und dem Westen statt. In Berlin wird sich der geteilte Kontinent wieder zusammenfügen. Berlin will dazu beitragen, daß der **Föderalismus des vereinigten Deutschlands** zentrale Stütze unseres Gemeinwesens bleibt.

Berlin wird wohl zu teilen wissen — auch mit Bonn, Herr Kollege Rau. Insbesondere in Bonn werden genügend Behörden bleiben und neue Institutionen hinzukommen, so daß die Arbeitsplätzebilanz und die Bilanz auch für diese Stadt ausgeglichen bleiben wird. Der **Umzug** sollte **schrittweise** vonstatten gehen. Uns hilft aber — das will ich klar sagen — **kein Pseudo-Kompromiß** — er hilft Berlin nicht, aber er hilft auch Deutschland nicht —, ein Pseudo-Kompromiß, der etwa vorsieht, symbolische Sitzungen des Bundestages und womöglich des Bundesrates in Berlin stattfinden zu lassen oder den Amtssitz des Bundespräsidenten dorthin zu verlegen. Deutschland, ein 80-Millionen-Volk, muß eine **richtige Hauptstadt** haben, in der auch die Regierung sitzt, mit Ministerien, Parlament, Regierung und Bundesrat an einem Ort. Viele andere Institutionen können dezentral, wie es in der deutschen föderalistischen Tradition immer der Fall gewesen ist, verteilt sein.

(B)

Meine Damen und Herren, die Aufgabe der Zukunft ist der Aufbau eines gemeinsamen Deutschlands, das mehr ist als eine Bundesrepublik plus angehängter DDR. Wir dürfen nicht die entscheidende Frage verdrängen, daß der **Vereinigungsprozeß** auch ein **kultureller Prozeß**, ein gesellschaftlicher Prozeß im allerweitesten Sinne, ist. 40 Jahre Teilung haben dazu geführt, daß sich vieles auseinanderentwickelt und sich einiges in der DDR auch vorbildlich entwickelt hat. Die **Fristenregelung** für Schwangerschaftsabbrüche ist besser als unsere Regelung; die **sozialen Hilfen für alleinstehende Mütter** ebenso wie die **Förderung der Frauen im Beruf** sind wesentlich besser geregelt als bei uns.

Die bevorstehende Einheit wird auch den Bundesbürgern einiges an Wandlung, an Umdenken und an Neubewertung abverlangen. Wir müssen eine **gemeinsame Identität** aufbauen, und wir müssen sie auch festigen. Man soll den Menschen in der DDR keine Minderwertigkeitsgefühle einreden, und sie sollten sich auch keine einreden lassen; denn ihre Kraft, ihre Motivation und ihre Courage haben sie in den Monaten der friedlichen Revolution bewiesen.

Das neue Deutschland wird auch an einem neuen Profil arbeiten, das vom europäischen Geist geprägt sein wird. Wir müssen uns unserer Größe als Land bewußt sein, ohne der Gefahr zu erliegen, etwa Führungsmacht Europas spielen zu wollen. Das Kräfteverhältnis in Europa, das politische Koordinatensystem haben sich zugunsten der Deutschen verschoben. Wir müssen deshalb bei unseren Nachbarn Überzeugungsarbeit leisten, um ihnen die Angst vor der deutschen Vereinigung und vor der deutschen Stärke zu nehmen.

Die Einheit soll und muß in vollem Einklang mit unseren Nachbarn und mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges hergestellt werden. Das eine Deutschland wird anders sein als nur die Addition der Bundesrepublik und der DDR. Das neue Deutschland muß ein **friedliches** und ein **europäisches Deutschland** sein. — Schönen Dank.

Vizepräsident Engholm: Vielen Dank, Herr Kollege Momper! — Ich weiß nicht, ob der Kollege Rau Trost braucht; aber die Hauptstadtfrage ist mit dieser Rede noch nicht entschieden. Ich würde zur Entlastung als alternativen Vorschlag auch Kiel einbringen;

(Heiterkeit)

ich bin mir jedoch der Aussichtslosigkeit dieses Vorschlags bewußt.

Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, Herr Dr. Waigel.

Dr. Waigel, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat wäre es für die Bundesregierung hilfreich, wenn sich zur Frage der Hauptstadt vielleicht auch Ministerpräsident Rau und Ministerpräsident La Fontaine äußerten. Ich meine, das ist eine ernste Frage, mit der wir uns selbstverständlich beschäftigen. Im Augenblick glaube ich mich den Worten von Ministerpräsident Rau und des Regierenden Bürgermeisters Momper anschließen zu sollen, daß wir jede Mark für den **Schutz von Arbeitsplätzen** und für **Investitionen** benötigen. Das scheinen mir im Augenblick, Herr Regierender Bürgermeister, die wichtigeren Fragen für die nächsten Tage und Wochen zu sein. Ich schließe mich insofern Ihrer Prioritätenbewertung an.

Sie haben zu Recht festgestellt, daß die **alten Strukturen in der DDR** völlig **ausgehöhlt** waren und sind. Das gilt nicht nur jetzt, sondern war auch schon vor dem 9. November der Fall. Insofern hätten alle Bemerkungen, die Sie jetzt zu diesem Thema gemacht haben, auch schon am 9. November gemacht werden können. Damals war die Bilanz keinen Deut besser als heute. Sie ist allerdings von dem Regime verschwiegen worden.

Ich bin Ihnen auch dankbar, Herr Momper, daß Sie sich gegen eine Legendenbildung gewandt haben, zu der die PDS/SED überhaupt keinen Anlaß hat; denn allein sie hat zusammen mit anderen die volle Verantwortung dafür, daß das Land ruiniert worden ist und den Menschen so hinterlassen wurde.

Man sollte aber in diesem Zusammenhang auch keine falschen Verantwortlichkeiten herstellen. Verantwortlich sind allein jene, nicht diejenigen, die sich

Bundesminister Dr. Waigel

- (A) heute daranmachen, dieses schlimme Erbe wieder in eine bessere Bahn zu bringen; und darum bemühen wir uns doch alle, wenngleich vielleicht auch mit unterschiedlichen Methoden und Zielsetzungen.

Ich halte es auch für richtig, die Probleme, Härten und Schwierigkeiten, die auf uns, die auf die Menschen drüben zukommen, offen darzulegen. Niemand soll sich hier einer Illusion hingeben. Man sollte darauf aber keine Wahlstrategie abstellen und meinen, diese Probleme, für die wir keine Verantwortung tragen, seien bei Wahlkämpfen in dieser oder jener Richtung hilfreich. Es hat mich schon negativ sehr bewegt, daß gestern ein Redner im Deutschen Bundestag sagte: „Diesen Knall werden wir Ihnen nicht ersparen.“ Dabei klang eine andere Melodie durch, als ich sie heute von den Rednern hier gehört habe.

Ich will auch etwas zum **Tempo** sagen. Wir alle haben uns noch Anfang des Jahres eine andere temporäre Entwicklung vorstellen können: die **Politiker**, die **Institute**, die **Wirtschaftsfachleute**. Wir sind alle von der realen Entwicklung, der ökonomischen und der demokratischen Entwicklung sowie von dem Willen der Menschen dort überrascht und in eine schnellere Marschrichtung gedrängt worden. Die Vorstellung, wir hätten die **Soziale Marktwirtschaft** in der DDR Schritt um Schritt einführen können — vielleicht zunächst als Mittelweg zwischen Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft —, dann langsam mit einer Geldpolitik beginnen und allmählich die **Konvertibilität** gegenüber ausländischen Währungen herstellen können, um daraus dann am Schluß — wie nach der **„Krönungstheorie“** in der europäischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft — in einem Zeitraum von vielleicht zwei, drei oder vier Jahren eine gemeinsame Währung zu machen, ist völlig illusionär.

(B)

Diese Alternative bestand nicht mehr seit Anfang dieses Jahres. Sie hätte nur unter zwei Bedingungen bestanden, nämlich erstens, wenn die DDR — wie die Polen, wie die Tschechen und wie die Ungarn — eine eigene Identität gehabt hätte. Dort sind die Verhältnisse nicht so schlimm wie im Augenblick in der DDR, wo man nur ein paar Kilometer zu gehen braucht, um wieder auf Angehörige seines eigenen Volkes zu treffen. Die zweite Alternative hätte darin bestanden, eine Mauer aufzubauen, und zwar durch Demokraten, nachdem die Kommunisten sie abgebaut haben. Ich glaube, auch zu dieser Alternative kann kein Demokrat in Deutschland ja sagen.

Für mich war interessant, was mir vor wenigen Wochen der Finanzminister der Tschechoslowakei, der neue Finanzminister aus Ungarn und der polnische Finanzminister — heute treffe ich ihn wieder — gesagt haben. Sie alle haben gesagt: „Wir sind in unserem Land für einen möglichst schnellen Prozeß; je schneller desto besser.“ Sie sagen ferner: „Wir wollten, wir könnten unter den Bedingungen tätig werden, unter denen die DDR mit Ihnen zusammen tätig werden kann.“ Das ist der Wunsch anderer Völker und anderer Finanzminister in Mittel- und in Osteuropa. In Polen ist ein Satz geprägt worden, der auch für den dortigen ökonomischen Prozeß gilt: „Man kann einen Abgrund nicht in zwei Schritten überwinden.“ Man kann einen Abgrund — und um einen solchen handelt es sich — nur mit einem kräftigen Sprung überwin-

den. Vor dieser Aufgabe stehen wir, und dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.

Nun haben Sie, Herr Regierender Bürgermeister Momper, an die Bundesregierung den Vorwurf gerichtet, sie hätte **frühzeitig Hilfen an die DDR** geben müssen. Ich teile Ihre Meinung nicht. Das wären große Hilfszusagen entweder an Herrn Krenz oder später an Herrn Modrow und Herrn Gysi gewesen. Ich bekenne mich nachdrücklich zu der damaligen Entscheidung, diesen Regierungen, diesen Herrschaften, diesem Regime derartige Hilfen nicht zu geben. Diese wären versickert; sie hätten keinen Erfolg gebracht. Nur Hilfen im Zusammenhang mit entscheidenden **strukturellen Reformen**, d. h. im Zusammenhang mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, versprechen wirklich Erfolg.

Das, was Sie über die **Importsteuer** gesagt haben, Herr Momper, teile ich. Nur: Das war der dringende Wunsch der DDR, nicht unsere Erfindung. Das muß man wissen.

(Vorsitz: Präsident Momper)

Sie haben auch nicht recht mit dem, was Sie zu den Rüstungsausgaben gesagt haben. Ich weiß, im Moment ist es natürlich in allen Fraktionen, in allen Parteien ein guter oder schlechter Stil, alles, was in der Zukunft auf uns zukommt, mit **Einsparungen im Rüstungsbereich** oder mit **Umschichtungen** finanzieren zu wollen. Sie müssen sich die Zahlen aber einmal genau ansehen. Es ist immer so: Wenn man seinen eigenen Etat hinter sich hat, dann weist man auf andere Etats hin. Sie haben auch ein bißchen nach dem Sankt-Florians-Prinzip gehandelt. Wenn Sie hier aufgetreten wären und einen kräftigen, mutigen Schritt beim Abbau der Berlin-Förderung angeboten hätten, hätten Sie natürlich starke Resonanz und große Aufmerksamkeit gegenüber Ihren Forderungen bei anderen gefunden. Das wäre ein Schritt gewesen, bei dem ich gesagt hätte: Respekt, Herr Regierender Bürgermeister, nur voran!

(D)

Sie haben jedoch abgewartet, bis Sie sich im Chefgespräch in der letzten Woche doch wieder auf eine für Sie recht passable **Berlin-Förderung** geeinigt hatten, und legen nun die Sonde an die übrigen Etats an. Ich finde, das ist nicht die feine, vornehme Art, die sonst im Bundesrat üblich ist. Aber auch das stimmt so natürlich nicht, Herr Regierender Bürgermeister; denn 3 Milliarden DM weniger im Jahr 1991, als im Finanzplan vorgesehen, ist schon eine recht kräftige Änderung. Das ist ca. eine halbe Milliarde weniger — es kann auch noch mehr werden, wenn sich der Haushaltsausschuß dranmacht — als im Soll 1990. Schon im Jahre 1990 sind — das wissen Sie ebenfalls — beachtliche Kürzungen durchgeführt worden. Nicht zuletzt im zweiten Nachtragshaushalt sind bereits 500 Millionen DM zusätzlich eingespart worden, um den zweiten Nachtragshaushalt, der ja sehr viel mit deutscher Teilung und mit deutscher Einigung zu tun hat, zu finanzieren.

Es gabe übrigens eine Möglichkeit, Herr Regierender Bürgermeister, mit mutigem Beispiel voranzugehen. Im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundes hat Kollege Grobecker, in dem wirklich sehr sy-

Bundesminister Dr. Waigel

- (A) thische Persönlichkeiten sitzen — aus diesem Kreise sind immer wieder ganz hervorragende Persönlichkeiten des Gemeinschaftslebens hervorgegangen, z. B. Sie und ich.

(Heiterkeit)

auch die Frau Kollegin Simonis, die ich nicht vergessen will, und einige andere mehr —, ist mir gesagt worden: Es gibt in Berlin eine **30%ige TarifiermäÙigung** oder, alternativ, eine **8%ige Arbeitnehmerzulage**, die geschaffen wurde, um dort qualifizierte Arbeitsplätze zu bekommen, die man sonst, bei der schwierigen Lage Berlins, nicht ohne weiteres bekäme. In den Genuß dieser Präferenzen kommen aber auch Abgeordnete und Senatoren, obwohl mir nicht bekannt ist, daß diese dort nicht zu finden wären, wenn es diese Präferenz nicht gäbe.

(Heiterkeit)

Herr Regierender Bürgermeister, fangen Sie damit vielleicht einmal an! Machen Sie dazu einen Vorschlag! Der Bundesfinanzminister wird diesen sofort aufgreifen. Das wäre ein mutiger Beitrag zur Bescheidenheit, eine persönliche Leistung, um damit einen gewissen Beitrag zur Finanzierung der deutschen Einheit zu erbringen. Wohl voran!

Nun will ich das, was ich jetzt etwas lockerer dargestellt habe, nicht in dieser lockeren Weise fortsetzen. Ich widerspreche Ihnen mit aller Eindringlichkeit und mit aller Vehemenz hinsichtlich dessen, was Sie zur **Fristenregelung** gesagt haben. Ich will darauf jetzt gleich eingehen, weil ich das später in meinem Manuskript nicht vorgesehen habe. Etwas, was das Grundgesetz als verfassungswidrig, mit der Würde des Menschen nicht als in Einklang stehend befunden hat, kann kein Ziel für die deutsche Einheit sein. Wir werden uns dem mit aller Kraft widersetzen und auch hier dafür sorgen, daß das, was das **Bundesverfassungsgericht** zu diesem Thema festgestellt hat, in Deutschland Recht ist und bleibt.

Herr Kollege Rau, Sie haben gesagt: Teilung überwinden durch Teilen. Ich hätte mich gefreut, wenn diese Konsequenz bei der **Steuer- und Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern** noch etwas kräftiger zum Ausdruck gekommen wäre. Solidarität ist die eine Seite; sie wird — auch in diesem Hohen Hause — viel beschworen. Bei Wahlkämpfen wird den Menschen dann vorgerechnet, was sie an Kindergärten, Schulen usw. verlieren, wenn die Kosten der Einheit auf ein Land zukommen. Das sind dann die menschlicheren Seiten bei einer solchen Auseinandersetzung, die in hehren Reden mit Bibelzitatens nicht so sehr zum Ausdruck kommen.

Was nun die **Beteiligung der Länder** anbelangt, ist das eine oder andere sicherlich noch verbesserungsfähig. Aber gut war es auch jetzt schon. Jedenfalls soll sie nach Meinung mancher SPD-Ministerpräsidenten weit besser sein, als der Vorgänger von Helmut Kohl sie praktiziert hat. Das, was ich hier geäußert habe, ist möglicherweise Ihre persönliche Meinung. Ich nehme für mich in Anspruch, mit meinen Länderfinanzministerkollegen sehr frühzeitig und umfassend über alle diese Dinge gesprochen zu haben. Ihr Finanzminister Schleußer und der bayerische Finanzminister Tandler waren Mitglied der Verhandlungskommission beim Abschluß des Vertrages. Herr Kollege

Seiters hat sich in bezug auf Information und Kooperation mit den Ländern viel Mühe gegeben. (C)

Nun muß ich Sie noch an etwas erinnern, was in der „Frankfurter Allgemeinen“ über Sie stand. Dort ist ein Leserbrief veröffentlicht worden, der sich mit der letzten Debatte hier beschäftigte: 19. Juni 1990, Dr. Jürgen Lehmann; es handelt sich wahrscheinlich nicht um den Bischof, aber offensichtlich um jemanden, der sich ebenfalls in der Bibel auskennt. Er sagt, Ihr Zitat von damals: „Nur ein Narr gibt mehr, als er hat“ finde keine Rechtfertigung in der Bibel oder vielleicht nur eine hergeholte, während mein Wort: „Geben ist seliger als Nehmen“ ausdrücklich in der Apostelgeschichte, Kapitel 20, Vers 35, verankert sei. — Wie dem nun auch immer sei; wenn Sie sagen: „Nur ein Narr gibt mehr, als er hat“, was war das dann für eine Definition des Ministerpräsidenten und des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren? Andererseits möchte ich sagen: Die Narren, die Hofnarren, hatten im Mittelalter weiß Gott eine wichtige Funktion; sie waren mit die Klügsten und brauchten die Narrenkappe, um die Wahrheit sagen zu können.

(Dr. h. c. Rau [Nordrhein-Westfalen]: Es heißt aber auch: Machet euch Freunde mit dem ungerechten Mammon! — Heiterkeit)

— Ich stelle fest, Herr Ministerpräsident, daß Sie die Bibelzitate je nach Gusto verwenden.

(Erneute Heiterkeit)

Sie verfahren dabei, was bei einem so akzentuierten Christen wie Ihnen eigentlich nicht zulässig sein sollte, wie es Ihnen gefällt. Das ist sehr widersprüchlich, manchmal auch gegensätzlich. Aber trotzdem ist es besser, daß man die Bibel wenigstens kennt, als daß man sie nicht kennt. (D)

(Dr. h. c. Rau [Nordrhein-Westfalen]: Lesen Sie mal nach, was dort über die Kämmerer steht!)

— Trotzdem sollten Sie Ihre Gewissensforschung nicht nach widersprüchlichen Zitaten, sondern nach Ihrem jeden Morgen oder auch des Abends, wenn Sie dann besser dazu kommen, geläuterten Gewissen durchführen.

(Heiterkeit)

Als Vertreter der Länder haben Sie heute das letzte Wort zum vorliegenden Gesetz über den Staatsvertrag. Sie entscheiden darüber, ob Deutschland am 1. Juli beginnen kann, wieder zu einem Staat, zu einer Nation zusammenzuwachsen. Der in den letzten 40 Jahren in der Bundesrepublik erfolgreiche **Föderalismus** steht heute vor einer **großen Bewährungsprobe**. Es waren die Länder, die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges staatliche Strukturen wiederaufgebaut haben. Auf der Grundlage des Zusammenschlusses der Länder konnte die Bundesrepublik Deutschland entstehen.

Jetzt müssen wir das Tor für die **wiederentstehenden Länder** Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und den östlichen Teil Berlins aufmachen. Der Föderalismus bezieht seine

Bundesminister Dr. Waigel

(A) Kraft und Vitalität aus der Fähigkeit, die **Interessen der einzelnen Regionen mit den gesamtstaatlichen Aufgaben zu verbinden**. Wenn Sie heute über die Zukunft Deutschlands entscheiden, geht es um die gesamtstaatliche Verantwortung und nicht um die Wahrnehmung regionaler Interessen. Der **Bundesrat ist kein überparteiliches Organ**. Aber die Länderregierungen haben sich zu Recht immer gegen eine Einschränkung ihres Entscheidungsspielraums durch Vorgaben aus dem Bereich der Parteien gewehrt. Das hat auch diese Bundesregierung, nicht immer zu ihrer Freude, zur Kenntnis nehmen müssen

Die Stimmen, die wir aus einem traditionell sozialdemokratisch regierten Bundesland von Bürgermeister Voscherau und Senator Gobrecht hören, stärken mein Vertrauen in die **Eigenständigkeit der Länderregierungen**.

Meine Damen und Herren, **Kompetenz und Stellung der Länder** werden durch den Staatsvertrag und die Vereinigung Deutschlands **nicht beeinträchtigt**. Im Gegenteil: Ihr Gewicht in der öffentlichen Diskussion und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten werden eher noch zunehmen, wenn sie die in der DDR neu zu errichtenden Länder in ihre Gemeinschaft aufnehmen. Den Ländern wird die Zustimmung zum vorliegenden Vertrag durch die für sie günstige Regelung bei der Finanzierung der Wiedervereinigung erleichtert. Ich bin den Ministerpräsidenten der Länder für ihre rasche Zustimmung zur Errichtung des **Fonds „Deutsche Einheit“** dankbar. Für mich war dieses Votum, auch wenn Sie das damals noch nicht so gesehen haben oder sehen wollten, eine vorweggenommene Zustimmung zum Staatsvertrag.

(B) Die **Finanzierung** des Fonds „Deutsche Einheit“ **entspricht** in wesentlichen Punkten den Vorstellungen und **Wünschen der Länder**. Er erspart den Finanzministern für 1990 die Aufstellung von Nachtrags Haushalten. Ab 1991 ist lediglich der Länderanteil an den Tilgungen und Zinskosten des Fonds aufzubringen, der zusammen mit dem Beitrag der Gemeinden 50 % der Annuität ausmacht. Ich darf Ihnen auch noch mitteilen, daß ich stets, wenn im Bundestag seitens der SPD Angriffe gegen die Ministerpräsidenten und die Finanzminister wegen dieses Fonds gefahren wurden, diese nachdrücklich in Schutz genommen habe, soweit sie nicht anwesend sein konnten. Ich meine, das gehört zu der natürlichen Solidarität. Dort ist von einem „Gaukelspiel“ gesprochen worden. Ich habe Sie gegen die Bezeichnung „Gaukler“ nachdrücklich in Schutz genommen. Ich will Ihnen auch gerne mitteilen, von wem der Vorwurf gekommen ist, wenn das innerparteilich für Sie von Interesse ist.

Beim **Bund** bleibt — darauf haben Ministerpräsident Rau und Ministerpräsident Streibl bei der gemeinsamen Pressekonferenz hingewiesen — das **größere Finanzierungsrisiko**. Wir sind in diesem Zusammenhang den Ländern auch insoweit entgegengekommen, als wir die Einbeziehung der DDR in den **horizontalen Finanzausgleich auf den 1. Januar 1995 verschoben** haben. Darüber hinaus wurde die bestehende **Umsatzsteuerverteilung**, die für den Bund schon seit etlichen Jahren recht ungünstig ist und sich immer ungünstiger entwickelt, **bis einschließlich 1992 festgeschrieben**. — Der abwehrenden Handbewe-

(C) gung von Ministerpräsident Wallmann entnehme ich, daß es in diesem Punkt eine schwierige Einzelstellung des Bundesfinanzministers gegen die Front der Länder gibt. Das war seit Fritz Schäffer nicht anders. Auch damals habe ich die Dinge schon mitverfolgen können.

Mit dieser Politik findet **keine Gefährdung der Konsolidierungspolitik** der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung statt. Wir werden unsere solide Finanzpolitik fortsetzen. Wir erstellen im Augenblick das Gerüst für den Haushalt 1991 und wollen diesen Haushalt am 3. Juli dieses Jahres so wie jedes Jahr im Kabinett verabschieden. Ich kann mir vorstellen, daß man in fast jedem anderen Land sagen würde: Jetzt warten wir einmal ein paar Monate ab, wie die Dinge laufen, wie sie sich entwickeln. Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres überlegen wir uns dann den Haushalt 1991.

Wir tun dies, um keine Spekulation, um keine Mißdeutung und keine Verheimlichungsdiskussion entstehen zu lassen. Ich meine, das ist richtig, um gerade auch den Finanzmärkten, der Bundesbank und allen anderen Institutionen ein klares, **verlässliches Signal** zu geben. Wir sind im ganzen Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nicht in Gefahr, den Artikel 115 des Grundgesetzes auch nur zu tangieren. Hier kommt uns natürlich die **hervorragende Wirtschaftsentwicklung** zugute, die sich mit den neuesten Steuerschätzungen auch für Sie, für uns alle gemeinsam günstig auswirkt.

(D) Der **Schuldenzuwachs** der öffentlichen Haushalte war 1989 geringer als in irgendeinem Jahr seit 1969. Wenn die Kosten, die Problematik der Finanzierung der deutschen Einheit, nicht wären, könnten wir heuer den besten Haushalt seit dem Jahre 1969 vorlegen. Ich bin darüber, daß wir das nicht können, nicht traurig, sondern freue mich, daß wir das Geld, das darüber hinausgeht, für die wohl **wichtigste Zukunftsinvestition** einsetzen, die es in Deutschland geben kann, nämlich für die Freiheit, für die Einheit — eine nun wirklich rentierliche Investition für diese und für die nächsten Generationen.

Natürlich müssen wir jetzt und in der Zukunft eine neue **Aufgaben- und Ausgabenüberprüfung** durchführen. Ich wäre Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr dankbar, wenn bei dem **Einsparungsgesetz**, das Sie gemeinsam mit dem Bundeskanzler vereinbart haben, Finanzminister, Ministerpräsidenten und Bürgermeister aus allen Ländern einen wesentlichen konstruktiven Beitrag leisteten und bei dem ehrgeizigen Zeitplan blieben, der damals mit den Finanzministern und dann auch mit Ihnen vereinbart worden ist.

Im Moment bekomme ich ziemlich viele Briefe aus dem Kreis der Teilnehmer, die mich immer wieder dazu auffordern: „Bitte tu es etwas behutsamer, tu es bitte etwas langsamer!“, während ich auf der anderen Seite aufgefordert werde, klar zu sagen, daß hier der Abbau unumgänglich ist, um Verzerrungen innerhalb Deutschlands zu vermeiden. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dem Bundesfinanzminister hier

Bundesminister Dr. Waigel

(A) zur Seite stünden und ihn nicht allein stehen ließen.

(Dr. h. c. Späth [Baden-Württemberg]: Da steht doch jeder auf einer anderen Seite!)

— Ich hoffe doch, Herr Ministerpräsident, daß Sie mich aus nachbarschaftlicher Verbundenheit hier nicht im Stich lassen. Ich bin Ihnen auch sehr dankbar dafür gewesen, daß Sie nichts zur **Länderneugliederung** gesagt haben; denn sonst hätte ich bei Ihnen noch befürchten müssen, daß Sie meinen Wahlkreis Neu-Ulm reklamieren. Aber das ist Gott sei Dank entschieden. Mit mir, wenn ich nach Baden-Württemberg käme, hätten Sie keine allzu große Freude. Lassen Sie mich lieber in Bayern!

(Heiterkeit)

Insgesamt hat der Kollege Späth — das muß man ihm natürlich schon lassen — die Dinge vorher in einer ungeheuren Lebendigkeit, Klarheit und auch Perspektive dargestellt. Wie er es wieder geschafft hat, mit 20 Millionen DM als Beitrag eines Instituts oder einer Institution in Moskau gleichzeitig einen **Marshallplan von 20 Milliarden DM für die Sowjetunion** zu fordern, war natürlich wieder eine starke Leistung, wobei die 20 Millionen DM dann ein erster Beitrag zu den 20 Milliarden DM darstellen.

(Dr. h. c. Späth [Baden-Württemberg]: Von Baden-Württemberg!)

(B) — Allein von Baden-Württemberg! Aber die Publizität war so, als wenn es 20 Milliarden DM gewesen wären.

Herr Kollege Späth, Sie werden mir zugestehen, daß es bisher wohl kaum eine Bundesregierung gegeben hat, die sich länderefreundlicher verhalten hat, als es diese Bundesregierung — gerade in den letzten Jahren — getan hat. Ich bekenne, daß ich als leidenschaftlicher Föderalist und hier auch als Bundesfinanzminister beachtliche Opfer gebracht habe. Wenn Sie an den **Verzicht des Bundes auf die Kindergeldmilliarde**, an das **Strukturhilfegesetz**, an die **Aufnahme der Aus- und Übersiedler**, an das neue **Programm „Nachwuchsförderung“** oder — in einem bescheideneren Umfang — an den **Ausgleich für Waldschäden** denken, dann sehen Sie, daß wir den Ländern mit ihren Problemen weiß Gott so gut es nur ging entgegengekommen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein Wort zu den **Forderungen der Länder zum Staatsvertrag** sagen! Ergänzungen und Klarstellungen sind vorgeschlagen worden. Diese Vorstellungen sind in einigen Punkten berücksichtigt worden. Änderungen des Staatsvertrags selber waren, wie Sie wissen, nicht erforderlich.

Wir haben in den letzten Wochen intensive Gespräche mit der Regierung der DDR geführt. Dabei hat sich die Regierung der DDR bereit erklärt, durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen bestimmte Vereinbarungen im Staatsvertrag inhaltlich weiter auszufüllen. Für uns gemeinsam, für alle Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, war es sehr wichtig, daß die **Einbeziehung des Vermögens der SED und der ehemaligen Blockparteien** sowie von großen

Hilfsorganisationen befriedigend geregelt wird. Mit dem Beschluß der Volkskammer vom 31. Mai hat die DDR einen entscheidenden Schritt zur Überprüfung dieser Vermögen getan. Die Vermögenswerte aller Parteien und der mit der SED verbundenen Massenorganisationen werden bis zum 30. Juni ermittelt und unter treuhänderische Verwaltung gestellt. Die Regierung der DDR wird gesetzliche Verfahren zur Einziehung dieser Vermögen zugunsten gemeinnütziger Zwecke vorbereiten. Das ist auch wichtig, um die Chancengleichheit der Parteien in der DDR stärker zu gewährleisten.

Wir haben auch sehr darauf gedrängt, daß die **Bankguthaben der ehemaligen Funktionäre des SED-Regimes** und ihrer Angehörigen anhand von Namenslisten bereits vor der Währungsumstellung auf die **Rechtmäßigkeit** ihrer Entstehung **überprüft** und gegebenenfalls gesperrt werden. Ich weiß, daß dies während der Umstellung natürlich eine problematische administrative Beanspruchung des ohnehin hoch beanspruchten dortigen Verwaltungsapparates ist. Aber das war für uns unverzichtbar, weil wir die politische Verantwortung für Mißbräuche selber tragen und hier kein neuer Neid, kein neuer Haß und kein neues Verhetzungspotential entstehen dürfen. Wir haben alles, was technisch möglich ist, getan, um **Mißbrauch und Spekulation auch bei der Währungsumstellung zu verhindern**. Wir haben mit der DDR ein umfassendes Überprüfungsverfahren bei der Kontenumstellung vereinbart. Hier sind wir an technische Grenzen dessen gestoßen, was in der DDR im Augenblick getan werden kann. Aber eine Regelung in bezug auf Stichproben und Stichtage gibt uns die Möglichkeit, bei den Kontenumstellungen ein umfassendes Überprüfungsverfahren einzuleiten. (D)

Dann haben natürlich die **Strukturanpassungshilfen** eine große Rolle gespielt. Sie kennen die Maßnahmen, die im Staatsvertrag enthalten sind. Wichtiger als alles, worüber wir heute schon gesprochen haben, ist die **Einführung eines leistungs- und wachstumsfreundlichen Steuersystems**. Das **Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung** hat quantifiziert, daß die Betriebe in der DDR allein durch die Einführung eines solchen modernen, leistungsfreundlichen Steuersystems um mehr als 100 Milliarden DM entlastet und die Kosten der Wirtschaft im Durchschnitt um ein Drittel, im produzierenden Gewerbe sogar um 50 % gesenkt würden.

Ganz entscheidend ist die **Eigentumsübertragung von Grund und Boden**. Hier wird die **Treuhandanstalt** eine ganz entscheidende Rolle spielen müssen, um zu privatisieren, um Grund und Boden zu mobilisieren und damit Strukturmaßnahmen zu finanzieren, aber auch um eine gewisse Reduzierung der Defizite zu ermöglichen und natürlich Betriebsmittelkredite zu bewilligen, mit denen vorübergehende Liquiditätsprobleme gelöst werden können.

Sie kennen die anderen Maßnahmen: eine zeitlich befristete und degressiv gestaltete **Investitionszulage** sowie die **Aufstockung des bestehenden und bisher sehr erfolgreichen ERP-Förderungsprogramms** von 1,2 auf 6 Milliarden DM. Dann erwähne ich noch die **Eigenkapitalhilfeprogramme**, die **Zinsverbilligun-**

Bundesminister Dr. Waigel

(A) **gen** für Existenzgründer und die **Umsatzsteuerpräferenz**.

Wir stehen hier nun vor einem Zielkonflikt. Wer noch mehr Schutzmaßnahmen für DDR-Betriebe fordert, kann leicht die Grenze zu einer mittelfristig beschäftigungsfeindlichen Strukturkonservierung überschreiten. Wir wollen uns bei der Forderung nach einer globalen Entschuldung aller Betriebe gut überlegen, ob das notwendig ist, ob das nicht zuviel kostet und ob wir damit nicht wichtige Ressourcen verschleudern, die wir brauchen, um den Betrieben, die umstrukturiert, die gerettet werden können, auch wirklich gezielt zu helfen.

Bekannt ist das breite Instrumentarium des **Arbeitsförderungsgesetzes: Kurzarbeitergeld, Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Infrastrukturmaßnahmen für Bildungsstätten** — all dies wird breit in Angriff genommen. Auch die **sozialen Aspekte** sind im Staatsvertrag noch verstärkt worden; der Artikel 2 ist zusätzlich in das Vertragsgesetz aufgenommen worden.

Umweltunion! Hier sind die von den Ländern geforderten Akzente durch den Staatsvertrag und die Absichtserklärungen der DDR-Regierung weitgehend erfüllt. Ich erinnere an den Entwurf eines **Umweltrecht-Rahmengesetzes**, das die Umweltunion praktisch zeitgleich mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft setzt.

(B) Die von seiten der SPD-geführten Länder nun nochmals neu geäußerte **Kritik an ihrer Beteiligung** am Prozeß der deutschen Vereinigung geht an den Tatsachen vorbei; ich habe darauf bereits eingangs hingewiesen. Wir wollen die Länder auch in Zukunft in die Durchführung des Staatsvertrags sowie in die weiterführenden Gespräche und Verhandlungen über den Beitritt gemäß Artikel 23 unseres Grundgesetzes einbeziehen. Im **Gemeinsamen Regierungsausschuß**, der über Fragen der Durchführung des Vertrags berät, werden zwei Ländervertreter Sitz und Stimme haben. Im **Schiedsgericht**, das über Streitigkeiten bei Auslegung und Durchführung des Staatsvertrags entscheiden wird, sollen die Länder von je zwei ordentlichen Mitgliedern und Vertretern der Bundesrepublik Deutschland ein Mitglied und einen Vertreter benennen. Diese Regelung räumt den Ländern gleiche Rechte wie dem Bund ein. Wir brauchen die **enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder**, wenn wir die zweite Hälfte auf dem Weg zur Einheit erfolgreich — nach unseren Vorstellungen noch in diesem Jahr — gehen wollen.

Die Vorbereitungen für den Beitritt der DDR haben bereits begonnen. Es geht darum, möglichst einfache und handhabbare **Überleitungsregelungen** zu finden, die eine Vereinigung ohne wirtschaftliche, soziale und rechtliche Friktionen ermöglichen.

Ich will hierbei auf zwei Punkte hinweisen. Die in 40 Jahren bewährten Regelungen unseres Grundgesetzes sollten, abgesehen von unverzichtbaren Modifikationen, nicht in Frage gestellt werden. Wir haben keinerlei Anlaß, jetzt in eine Diskussion über eine tiefgreifende Änderung unserer Verfassung einzutreten. Im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion haben wir den finanziellen Rahmen der Vereinigung

festgelegt. Dieser Rahmen bedarf auch nach dem Beitritt der DDR seine Gültigkeit.

Meine Damen und Herren, wir wollen den Weg zur deutschen Einheit mit den Ländern gemeinsam gehen. Die **Länder** haben durch ihre vielfältige Unterstützung des Vereinigungsprozesses, durch die unmittelbare Hilfe beim Aufbau der öffentlichen Verwaltung — nicht zuletzt beim Aufbau der Steuerverwaltung — und durch ihre Zustimmung zum **Fonds „Deutsche Einheit“** ihre **Bereitschaft zur umfassenden Mitverantwortung** unterstrichen.

Wir wollen den **Föderalismus** in Deutschland **stärken**. Unsere staatliche Ordnung ist heute schon Vorbild für andere Länder genauso wie für die Europäische Gemeinschaft.

Seit vielen Jahrhunderten hat es in Deutschland nicht mehr die Chance gegeben, eine so **gleichgewichtige Gemeinschaft deutscher Länder** zu bilden. Weder die Perioden der starken Zentralgewalt noch die des Übergewichts einzelner Länder oder des Partikularismus haben unserem Vaterland genützt. Jetzt hat das sich vereinigende Deutschland die Chance, **dauerhafte Stabilität in seiner föderativen staatlichen Ordnung** zu gewinnen. Das ist für alle Mitglieder des Bundesrates Grund genug, dem vorliegenden Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik heute ihre Zustimmung zu geben. — Ich danke Ihnen.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Bundesminister!

Das Wort hat nunmehr der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Herr Kollege Engholm. Bitte schön, Herr Kollege!

Engholm (Schleswig-Holstein): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Argumente sind in den letzten Wochen und Monaten überreichlich ausgetauscht worden. Ich will mich deshalb auf einige wenige Anmerkungen beschränken.

Vorab, Herr Bundesminister Dr. Waigel — um Ihnen förderhin viele Briefe zu ersparen —: Es handelt sich nicht um das künftige Land Mecklenburg, sondern um das Land **Mecklenburg-Vorpommern**. Wer das vergißt — und Sie haben es in Ihrem Zitat vergessen —, wird Reaktionen aus der ganzen Region auf sich ziehen. So viele Briefe können Sie gar nicht beantworten!

Wir haben in den vergangenen Wochen kräftig und heftig über den Staatsvertrag miteinander gestritten. Sie alle haben — die einen lustvoll, die anderen leidvoll — auch an einer **Sozialdemokratie-internen Debatte** teilgenommen. Ich glaube gleichwohl, daß der Meinungsstreit innerhalb der SPD der Sache weitaus angemessener war als die erstaunlich kopfnicke, de Stille innerhalb der Regierungsparteien. Ich denke, daß er der Sache auch angemessener war als der von Ihnen, Herr Kollege Späth, soeben wieder zum Ausdruck gebrachte schwäbische Frohsinn.

Durch die Kritik und die Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokraten und der Bundesländer konnte

Engholm (Schleswig-Holstein):

- (C) eine Reihe von **möglichen Fehlentwicklungen** gemildert und **korrigiert** werden. Die Auseinandersetzung hat, meine ich, auch **substantielle Verbesserungen zugunsten der Menschen** in der DDR gebracht. Wenn die Regierung dieses kleinlich zu übergehen gedenkt und es leugnet, dann beschreibt das ihre wahre „Größe“. Mir ist es am Ende gleich. Wichtig ist, daß die Debatten über Verbesserungen am Ende den Menschen drüben Nutzen bringen und die Not, die in großen Teilen auf sie zukommen wird, ein Stück mildern wird.

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hätte sich einen anderen Vertrag und vor allem auch ein anderes Verfahren gewünscht. Dabei geht es, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, nicht um die Frage, ob nicht ausreichend informiert worden ist. Es geht uns nicht darum, nachträglich Informationen zu erhalten. Beteiligung heißt, von vornherein Sitz und Stimme bei dem Verfahren zur Prägung der Inhalte zu bekommen. Das ist der Unterschied zwischen weiterentwickelter Demokratie und „Wilhelminismus“, den einige in der Bundesregierung vielleicht noch lernen müssen.

- (B) Der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist ein Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit. Er ist aber keineswegs identisch mit der Einheit selbst. Wir müssen wissen, daß es diese Einheit schneller geben wird, als fast alle bisher geglaubt haben. Wir müssen uns die Frage stellen, was nach dem Staatsvertrag kommt und was vielleicht auch nach dem formalen Akt der Einigung auf uns zukommen wird. Ich will mein Unbehagen über die Qualität von Teilen der öffentlichen Debatte nicht leugnen. Ich finde, diese Debatte – in Teilen heute auch hier – ist beängstigend ökonomistisch und buchhalterisch. Ich nehme davon übrigens meine eigenen Freunde und mich selbst nicht aus.

Die Antwort auf die deutsche Frage ist nicht in Mark und Pfennig zu formulieren, sosehr diese die Menschen drüben gegenwärtig drückt. Die Einheit erschöpft sich nicht in Umtauschkursen und Treuhandfonds und letztendlich auch nicht in der Frage, wo die deutsche Hauptstadt künftig liegen wird. Wir werden demnächst **77 Millionen Deutsche** in einem neuen Staat und ab 1993 etwa **330 Millionen Europäer im Europäischen Binnenmarkt** sein. Wir werden nach meiner Einschätzung spätestens ein Jahr fünf später **600 Millionen Europäer** sein: westliche, mittlere und östliche, zusammenlebend in einem Haus Europa. Daß dieser Kontinent dabei voll ins Zentrum der Weltpolitik geraten wird – weit mehr als heute –, kann sich jeder ausrechnen.

Aber wer diskutiert über diese Perspektiven, die praktisch vor der Haustür stehen, wer diskutiert die **Chancen**, die **Verpflichtungen**, die **Risiken** und die **Befürchtungen**, die damit in vielen Ländern dieses Kontinents verbunden sind? Ich meine, die Politik ist gegenwärtig zu sehr mit sich selbst beschäftigt, zu sehr aufs Deutsch-Deutsche verengt und betrachtet zu sehr den größer gewordenen deutschen Nabel. Ausnahmen mögen die Regel bestätigen. Aber ich glaube, der Horizont der öffentlichen Debatte ist zu eng. Auch vom Europäer Späth war heute kein Lichtblick zu erhaschen.

(C) Nicht nur die Politik sollte Adressat einer solchen nachdenklich stimmenden Kritik sein. Die Frage bleibt: Wo tummelt sich eigentlich gegenwärtig der deutsche Geist in der Frage, wie die **Zukunft der Deutschen**, die **Zukunft dieses Kontinents** in der Welt aussieht? Wo stellen sich die Intellektuellen der Debatte dieser Fragen? Wo findet das deutsche Geistesleben in Bezug auf diese Fragen hüben und drüben gegenwärtig statt?

Es gibt einige wie Martin Walser, die die Notwendigkeit der **nationalen Identität** als **Fundus der Identitätsstiftung der Jugend** beschwören. Es gibt Leute wie Jürgen Habermas, die vor „D-Mark-Nationalismus“ warnen und dafür fürchterlich „verprügelt“ werden. Es gibt Leute wie mein Freund Günter Grass, die sagen: „Wehret den Anfängen, wo immer nationalistischer Geist auftaucht!“, und sie beziehen dafür öffentlich Prügel. Aber sie sind mit Abstand die einzigen, die sich öffentlich äußern. Es fehlt, wie ich glaube, irgendeine Instanz, eine Möglichkeit, aus den vielen kritischen Einzelstimmen eine Debatte zu machen, einen Diskurs um die Frage: Was ist denn der Deutschen Identität in der Zukunft?, anknüpfend etwa an das, was Kant als ganz junger Mensch auf einen Zettel geschrieben hat, was die Tugenden der Deutschen seien: „Patriotismus und Kosmopolitismus, aber um Gottes Willen nicht Nationalwahn.“

Daß diese Fragen unsere Nachbarn, von Dänemark über Frankreich, von Polen bis England, weit mehr beschäftigen als uns selbst, ist etwas, das uns zu denken geben sollte.

(D) Ich meine, es gibt weitere dringende Fragen, über die öffentlich – auch kontrovers – zu diskutieren ist: Wie steht es im Prozeß der Einigung um die **Chancen der Frauen**? Ich meine, daß die deutsch-deutsche Vereinigung keine geschlossene Veranstaltung für Männer werden darf. Gleichwohl: Gegenwärtig scheint alles nach patriarchalischen Mustern abzulaufen.

Es darf sich eben nicht von selbst verstehen, daß gegenwärtig in der DDR nur dann über Frauen geredet wird, wenn in Betrieben Entlassungen zur Debatte stehen. Es versteht sich auch nicht von selbst, daß Frauen das **Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft** möglicherweise in einer Zeit eingeschränkt wird, da die politische Selbstbestimmung in neuer Blüte steht. Ich denke, das sind Dinge, über die wir ernsthaft diskutieren müssen, damit auf dem Altar der Einigung Fortschritte, die für Frauen erzielt worden sind, nicht geopfert werden müssen.

Es gibt ein anderes Thema, das der öffentlichen Debatte bedarf: Das ist die Frage der künftigen deutschen und europäischen Mitverantwortung für die Lebensbedingungen der Menschen in den südlichen Regionen der Erde. Die **Vereinigten Staaten von Europa** werden – Walter Momper wird das nicht gerne hören – zur ökonomisch und politisch führenden Region dieser Welt aufsteigen. Dann werden wir gefragt werden: Was haben wir den Menschen auf dieser Erde anzubieten, die maßgeblich von uns abhängen werden? Was haben wir ihnen außer dem Handel anzubieten, den wir mit ihnen doch zu unseren Konditionen treiben?

Engholm (Schleswig-Holstein)

- (A) Schließlich, nicht endlich: Ich glaube, auch die **ökologischen Bedingungen** unseres Planeten werden nicht durch Resolutionen in Bundestag und Bundesrat allein bestimmt, sondern nur durch eine neue **Politik partnerschaftlicher Mitverantwortung** für diesen Globus auf einem neuen ethischen Fundament. Ich meine, daß wir alle weit davon entfernt sind, eine solche Fern- und Zukunftsethik, wie sie Hans Jonas sehr eindrucksvoll beschrieben hat, für die Fortdauer menschlichen Lebens bereits begriffen zu haben.

Ich glaube deshalb, daß in einer Zeit, da die Weichen in Deutschland, in Europa und in der Welt neu gestellt werden, der Diskurs begonnen werden muß, damit diese Weichen nicht falsch gestellt werden. Ich appelliere deshalb an die in Deutschland beteiligten oder zu beteiligenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, an Künstlerinnen und Künstler, an Journalistinnen und Journalisten, sich einzumischen, uns Politikern, die wir gegenwärtig voll auf den Alltag beschränkt sind, wieder ein **Stück Utopie** zu geben, über das zu diskutieren sich lohnt.

Was wir nicht brauchen, ist Selbstbespiegelung der Wirtschaftswunderenkel; was wir brauchen, ist das kritische Engagement aller klugen Geister in Deutschland und in Europa. Und was könnte faszinierender sein als der freie Diskurs über die Zukunft, die uns alle einholen wird? Der Bundesrat könnte sich übrigens bei einer solchen Debatte auch jenseits von 50 bis 60 Tagesordnungspunkten einmal zwei oder drei Stunden Zeit lassen, um Antworten auf die Fragen zu geben, die ich nur spärlich formulieren konnte.

(B)

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Kollege!

Das Wort hat nunmehr der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, der Kollege Dr. Wagner. Bitte schön!

Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Engholm hat den Verdacht geäußert, viele hätten sich an dem SPD-internen Streit über diesen Staatsvertrag ein bißchen mit Behagen beteiligt oder ihm zugesehen. Ich möchte die Frage stellen, was an diesem Vorgang denn wohl „intern“ gewesen ist, Herr Kollege Engholm. Eine gewisse Öffentlichkeit hat er ja zweifellos aufgewiesen. Man hatte auch das Gefühl, daß diese Öffentlichkeit nicht ganz ungewollt war. Das fand dann seinen Ausdruck in den „Prozessionen“ nach Saarbrücken, die ich persönlich als etwas peinlich empfunden habe. Ich möchte übrigens den Kollegen Rau dazu beglückwünschen, daß er sich am Schluß daran nicht mehr beteiligt hat. Das war sicherlich eine weise Entscheidung.

Wir brauchen jetzt nicht noch einmal über alle Einzelheiten zu streiten, die es bei dieser Debatte gegeben hat. Es hat aber natürlich auch keinen Sinn, so zu tun, als sei alles in bester Harmonie. Hier gibt es tiefgreifende Differenzen. Es wäre durch und durch unehrlich, diese Differenzen heute nicht zu nennen. Ich habe deswegen die Absicht, das auch zu tun.

Wir tun mit diesem **Vertrag** einen definitiven Schritt zur Einheit unseres Volkes. Einzelheiten des Vertrages mögen so oder so beurteilt werden; im großen und

ganzen ist er ein **hervorragendes Werk**. Ich füge (C) hinzu: Es geht bei der heutigen Abstimmung ebenso wie bei der gestern im Bundestag in Wirklichkeit darum — ich sehe das anders als Sie, Herr Kollege Rau —, ob wir die deutsche Einheit wirklich wollen.

Der **Staatsvertrag** schafft die **Basis für den Neuaufbau in der DDR**. Damit wird der verheerende Zustand überwunden, den 40 Jahre SED-Herrschaft dort geschaffen haben. In der Tat muß man dem blühenden Unsinn entgegentreten, der zuweilen zu hören und zu lesen ist und womit der Eindruck erweckt wird, als kämen die Schwierigkeiten, die es in der DDR gibt und in den nächsten Jahren geben wird, von diesem Staatsvertrag her. Davon kann natürlich überhaupt keine Rede sein. Dort wird kein standfestes Gebäude, sondern die **Ruine der sozialistischen Planwirtschaft** eingerissen.

Hat es **Alternativen** dazu gegeben? — Natürlich hat es im Laufe des Denk- und Entwicklungsprozesses der letzten Monate Alternativen gegeben — einige sind genannt worden —, auch bei der Bundesregierung selber; das ist selbstverständlich. So gab es z. B. den **Zehn-Punkte-Plan** des Bundeskanzlers. Aber die politische Entwicklung und insbesondere die Willensbekundungen der Menschen in der DDR sind darüber hinweggegangen.

Ich möchte deutlich sagen: Es ist nicht erstaunlich, daß diejenigen, die in den letzten Wochen gegen diesen Staatsvertrag am meisten Stimmung gemacht haben, auch diejenigen sind, denen die ganze Entwicklung zur deutschen Einheit im Grunde zuwider ist. Das hat — Herr Kollege Rau, Sie haben das erwähnt — mit Wahlkampf überhaupt nichts zu tun, sondern mit Sachverhalten, die in unserem Volk und in unserem politischen Spektrum eine Rolle spielen. (D)

Unser Volk will mit großer Mehrheit die Einheit. Es gibt aber einen nicht unerheblichen Teil der politischen Kräfte in der Bundesrepublik, auch in der DDR, der das mit Mißbehagen sieht. Für sie war die Teilung unseres Vaterlandes nicht aufgezwungener Zustand, sondern eine mögliche, erwünschte Perspektive auch für die Zukunft — mit Reformen, mit einer verbesserten DDR gewiß, aber eben doch mit einer DDR für sich, die etwas anders aussehen sollte, als sie gegenwärtig aussieht.

Es gibt nun eine gewisse Enttäuschung darüber, daß der Wille der Bürger alles ganz anders gestaltet hat. Diese ist noch nicht überwunden. Wer diese Enttäuschung empfindet, der kann natürlich von dieser Grundsatzposition dem Staatsvertrag auch nicht viel Positives abgewinnen.

Insofern ist es mir auch zu harmonisch, hier anzunehmen, daß von vornherein, wie es in mehreren Reden unterstellt wurde, alle die Gemeinsamkeit gesucht hätten. Das ist nicht richtig, sondern es gibt eben erhebliche, auch **tiefgreifende Differenzen** — nicht zwischen der gesamten SPD und der Bundesregierung sowie den sie unterstützenden Landesregierungen, wohl aber **zwischen erheblichen Teilen der SPD und der Bundesregierung**.

Die Grundentscheidung, ob wir den Weg zur deutschen Einheit jetzt gehen wollen, und zwar auch mit der nötigen Beschleunigung, ist der Kern der politi-

Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz)

(C) schen Debatte. Sie hat sich eben weitgehend innerhalb der SPD abgespielt. Es gibt gelegentlich auch Streitigkeiten in der Sache innerhalb der CDU — das läßt sich nicht verkennen — oder auch zwischen CDU und CSU. Das gibt es alles; in dieser Sache aber eben nicht. Dazu gibt es eine klare, sehr geschlossene Auffassung, um die wir auch nicht lange ringen mußten, weil wir uns darüber von Anfang an einig waren. Ich bin übrigens sehr befriedigt darüber, daß sich in der SPD im Endergebnis die Zustimmung zum Staatsvertrag wenigstens mehrheitlich durchgesetzt hat, so daß wir heute auch im Bundesrat mit einer breiten Mehrheit rechnen können.

Die Prinzipien der **freien und sozialen Marktwirtschaft** sind das beste und leistungsfähigste Instrument, den Aufbau der Wirtschaft in der DDR so schnell wie möglich zu leisten. Der Vertrag sieht alle geeigneten und möglichen Maßnahmen vor, um die wirtschaftlichen und sozialen Übergangsprobleme abzufedern und möglichst bald zu überwinden. Es ist falsch, wenn davon gesprochen wird — auch das hat Herr Kollege Rau getan —, dieser Übergang werde der DDR ohne das in der Bundesrepublik vorhandene soziale Netz zugemutet. Wir sprechen über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie über eine Umweltunion. Das heißt, das **soziale Netz** wird in seinen wesentlichen Elementen, wie wir es in der Bundesrepublik kennen, dorthin **übertragen**. Es ist also gegen die Wahrheit, wenn etwa davor gewarnt wird — auch in dem Antrag der SPD-Länder, über den wir nachher abstimmen sollen —, die sozialen Folgen der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion für die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik und auch in der Bundesrepublik Deutschland — ich möchte wissen, was das überhaupt für einen Sinn haben soll — würden vernachlässigt.

Es wird auch gesagt, die Deutsche Mark werde am 1. Juli 1990 abrupt und ohne ausreichende struktur- und wirtschaftspolitische Flankierung sowie ohne wirksame Schutz- und Umstellungsmaßnahmen für die Unternehmen in der Deutschen Demokratischen Republik eingeführt. Ich habe mir einen Kommentar dazu an den Rand meines Manuskripts geschrieben. Ich will, um die Gefühle der Adressaten dieser Formulierung hier nicht weiter zu verletzen, nicht sagen, worin er besteht. Aber klar ist doch, daß das falsch ist, was hier steht. Deswegen kann auch nicht behauptet werden, hier sei unbedingt nach Gemeinsamkeit gesucht worden.

Ich möchte Ihnen sagen, meine Damen und Herren, die Sie diese Formulierung tragen: Wenn das so wäre, wie es in dieser pauschalen Kritik steht — keine soziale Absicherung, keine Hilfe für die Unternehmen —, dann müßten Sie den Vertrag ablehnen. Ich verstehe überhaupt nicht, wie Sie eine solche Kritik äußern können und dann dennoch zum Abschluß sagen: „Der Vertrag ist gut genug; wir können ihm zustimmen.“

Die Bundesrepublik erbringt für diesen Vertrag eine ganz erhebliche Kraftanstrengung. Ich habe mich sehr gefreut, daß das zwischen **Bund und Ländern** möglich war und daß diese **Einigung** damals so schnell gekommen ist. Das ist ein gutes Beispiel **nationaler Solidarität**. Ich glaube, auf dieser Grundlage

können wir den Bürgerinnen und Bürgern in der DDR sagen, daß sie nicht allein sind und daß wir es gemeinsam schaffen werden, und zwar schnell. Das ist Solidarität. Wer sich von der Solidarität lossagen will, sollte es sagen. Das wäre dann wenigstens eine klare Auskunft. Wir wissen, was wir davon zu halten haben.

Erbärmlich ist dagegen der Versuch, durch eine **doppelgleisige Argumentation** jedem das zu geben, was er gerne hören will: einerseits die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland mit den finanziellen Lasten der deutschen Einheit zu erschrecken, ihr vorzuhalten, was sie möglicherweise zu opfern haben werde, daß sie möglicherweise mehr Steuern oder Abgaben zu bezahlen haben werde oder daß ihr Vorteile, welche sie in der Zukunft vielleicht zu erwarten hätte, entgehen würden, ihr zu sagen, daß sie also Lasten tragen müsse, gleichzeitig aber den Bürgern in der DDR zu sagen: Die Bundesrepublik Deutschland tut für euch nicht genug. Das ist ein doppeltes Spiel.

Ich denke, die Bürger hüben und drüben haben dieses Spiel inzwischen durchschaut. Das ist keine Auseinandersetzung, in der es darum geht, einen guten Weg zur deutschen Einheit zu finden, sondern es geht darum, auch wenn dies heute hier bestritten worden ist, sich durch Mobilisierung von Neid und Mißgunst parteipolitische Vorteile zu verschaffen, den schnellen Weg zur Regierungsmacht in Bonn zu finden. Für mich ist das ein schlimmes Schauspiel. Das ist ein sehr großer Spagat. Er wird nicht gelingen; so lange Beine für eine so weite Spannung hat niemand, auch nicht in Saarbrücken, zumal, wenn er jetzt von Saarbrücken bis nach Hannover gehen soll. Das, so muß ich sagen, wird nicht klappen.

Es ist davon gesprochen worden, daß man nicht nachkarten oder „nachskaten“ solle. Herr Rau hat auch dazu Beiträge geliefert. Nun, was der eine oder andere hier spielt, ist ein Grand ohne Vier. Ein Grand ohne Vier zählt zwar, wenn man ihn gewinnt, genau soviel wie ein Grand mit Vieren. Nur ist die Gefahr, ihn zu verlieren, sehr groß.

Wir haben **Legenden** in der Debatte über diesen Staatsvertrag gehört: „Privatsache“, „Alleingang des Bundeskanzlers“, „Handeln gegen die Auffassung des Sachverständigenrates und der zuständigen Bundesministerien“. Das klingt so, als ob der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister gegen diesen Vertrag seien. Meine Damen und Herren, beide haben doch intensiv daran mitgewirkt; sie stehen voll zu diesem Vertrag. Wie kann dergleichen behauptet werden?

Gewiß hat es Zeiten gegeben, in denen über andere Vorschläge beraten wurde; über Wirtschafts- und Währungsunion, über Stufenpläne. Ich selber habe mich Ende Januar mit einem ganz bestimmten Vorschlag an dieser Debatte beteiligt. Über diese Vorschläge ist die Entwicklung jedoch hinweggegangen. Wir kennen doch alle die Vorgänge: das **Anschwellen der Übersiedlerzahlen**. Ohne die Eröffnung einer Hoffnungsperspektive wäre das so weitergegangen und immer stärker geworden. Wem wäre dann die Verantwortung dafür angelastet worden?

Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz)

(A) Dann die Wahlen vom 18. März, mit denen unsere Landsleute in der DDR klarer, als von vielen erwartet, ihren Wunsch nach rascher Einheit und nach Einführung der Sozialen Marktwirtschaft geäußert haben, und letztlich der **beschleunigte Verfall der DDR-Wirtschaft**, der ein längeres Zuwarten unmöglich macht!

Der **Sachverständigenrat** ist als Kronzeuge gegen den Weg, der hier eingeschlagen wird, ungeeignet. Im Januar 1990 schon hat er Grundlinien aufgezeigt, die dem entsprechen, was jetzt hier geschieht. Formulierungen aus dem Gutachten: „Grundlegend“ muß der Reformprozeß sein, „rasch“ und „gleichzeitig“. Weiter:

Der Erfolg des wirtschaftlichen Reformprozesses in der DDR ist nur zu erwarten, wenn das Wirtschaftssystem grundlegend umgestaltet wird, wenn die notwendige Reform rasch eingeleitet und zügig durchgeführt wird, und wenn die erforderlichen Reformschritte gleichzeitig realisiert werden. Ein Reformplan, der einzelne Teilbereiche zeitlich hintereinander reiht, würde kaum zum Ziel führen, weil er Zusammenhänge auseinander reißt.

Und letztlich noch aus vielen anderen Zitaten, die man bringen könnte:

Die retardierenden Kräfte werden sich (noch) verstärken, wenn die Erfolge des Reformprozesses nicht schnell genug sichtbar werden oder gar Rückschläge eintreten.

(B) Gewiß, der Sachverständigenrat hat im Januar nicht die sofortige Währungsunion vorgeschlagen. Aber auch darin liegt kein Widerspruch. Er hatte zu Anfang des Jahres **feste Wechselkurse zwischen der Mark der DDR und der D-Mark** vorgeschlagen. Die Währungsunion tut gar nichts anderes, als diesen Grundgedanken aufzunehmen, gleichzeitig aber die D-Mark als allein gültige Währung einzuführen. Das ist nichts als eine folgerichtige Weiterentwicklung.

Eines ist doch klar: So zu tun, als ob die Einführung fester Wechselkurse zwischen der D-Mark und der Mark der DDR die Wirtschaft der DDR nicht dem Wettbewerbsdruck aussetzen würde, dem sie jetzt ausgesetzt wird, ist eine Irreführung der Öffentlichkeit. Es gehört zum kleinen Einmaleins, daß in einer Volkswirtschaft mit festen Austauschkursen die Wettbewerbsverhältnisse selbstverständlich die gleichen sind wie bei einer Währungsunion. Solche Äußerungen sind dazu bestimmt, das Vorhandensein einer Alternative – die man nie gehabt hat – vorzugaukeln. Die **Währungsunion** bedeutet einen festen Wechselkurs, zugleich aber den Vorteil des guten Geldes, seiner **Stabilität** und seiner **Dauerhaftigkeit**. Abwarten hätte alles schlimmer gemacht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in der Lage, diese Umstellung und diesen Aufbau zu bewältigen, und zwar wirtschaftlich, finanziell und sozial, und wir sind in der Lage, sie **ohne Steuererhöhungen** zu bewältigen. Die Konjunktur läuft hervorragend; wir haben ein Wachstum von über 4 %. Das bringt Spielräume auch bei den Steuereinnahmen. In der Tat wage ich mir kaum vorzustellen, was wäre, wenn wir die Wirtschaftslage hätten, die wir 1981/82, zu Anfang

dieses Jahrzehnts, hatten. Dann hätten wir in der Tat Probleme in jeder Hinsicht, auch Finanzierungsprobleme. So ist das zwar noch eine große Aufgabe, aber eine Aufgabe, der wir gewachsen sind.

Ich will insoweit einen Gedanken aufgreifen, den auch Herr Kollege Engholm behandelt hat, und zum Schluß ein Wort zum **Verhältnis von deutscher Einheit und Europa** sagen.

Ich habe öfter gehört – mehrfach auch aus Saarbrücken; dies muß ich sagen –, die deutsche Einheit sei eigentlich nicht das dringlichste und wichtigste Problem; dringlicher, wichtiger, zukunftsweisender sei der europäische Zusammenschluß. Das Streben nach Einheit unseres Vaterlandes wird dann in dieser Optik unversehens zur engstirnigen „Deutschtümelei“, wie wir gehört haben. Diesem Streben wird die weitsichtige Zukunftsperspektive der **europäischen Einheit** entgegengehalten. Das ist ein künstlich aufgebauter Gegensatz, meine Damen und Herren, der ohne jede Substanz ist.

Niemand will ein isoliertes, für sich allein stehendes Deutschland. Wir erheben keinen Anspruch auf irgendeine herausgehobene Sonderstellung, wollen allerdings auch keine herabsetzende Sonderbehandlung. Selbstverständlich soll und wird das vereinte Deutschland genauso Teil der Europäischen Gemeinschaft sein wie bislang die Bundesrepublik. Die **deutsche Einheit** wird nicht Bremse, sondern **Motor der Europäischen Gemeinschaft**.

Die im kommenden Jahrzehnt vor uns stehende stufenweise Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um die osteuropäischen Staaten wird ohne die deutsche Einheit nicht machbar, nicht vorstellbar sein. Es war und ist die Politik der Bundesregierung, aber stets auch der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, daß der **Binnenmarkt** und die **Politische Union** mit der deutschen Einheit zusammenkommen, daß die **Europäische Union** und die völlig neue politische Struktur Europas, die dadurch entsteht, das beste Fundament für die deutsche Einheit sind. Dies war immer meine persönliche Überzeugung, und es erfüllt mich mit tiefer Befriedigung, jetzt den Moment miterleben zu können, wo wir beides bekommen werden: die deutsche und die europäische Einheit.

Ebenso klar ist aber auch das Recht des deutschen Volkes, dem jetzigen und dem künftigen Europa als geeintes Volk anzugehören. Ich möchte wissen, was dagegen überhaupt einzuwenden ist. In anderen Mitgliedstaaten versteht das überhaupt niemand. Einem Franzosen käme es überhaupt nie in den Sinn, einen **Widerspruch zwischen seiner nationalen Identität und seiner Zugehörigkeit zu Europa** zu sehen. Ein Volk wie die Italiener, ein sehr, sehr europäisch denkendes Volk, das gleichzeitig ein sehr intensives Verhältnis zu seiner nationalen Identität hat – wie wir es gegenwärtig auch bei bestimmten sportlichen Ereignissen in Italien wieder nachvollziehen können –, ein solches Volk wie auch alle anderen würde verwundert fragen, was denn eigentlich an Problemen anliegt, wenn man versuchen wollte, ihm einen Gegensatz zwischen Italien und Europa aufzumachen. – Warum denn dann bei uns? Selbstverständlich gibt es diesen Widerspruch auch nicht für unser Volk, genauso wenig wie für die anderen Völker Europas. Dieser W

Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz):

- (A) spruch ist etwas Künstliches, ist eine **Fiktion**, die künstlich aufgebaut wird, um eine Abneigung gegen die deutsche Einheit, die aus ganz anderen Quellen kommt, europäisch irgendwie zu legitimieren.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz stimmt diesem Vertrag ohne Einschränkung zu. Er ist eine hervorragende Grundlage. Er kann nicht alle Schwierigkeiten und Probleme ausschließen, die es geben wird. Ich sehe das in voller Klarheit. Er tut aber, was möglich ist, um ihnen zu begegnen und in kurzer Frist den Aufbau in der DDR zu sichern.

Die Aufzählung von Bedenken und Einwänden im Entschließungsantrag der SPD-regierten Länder ist kein Beitrag zu dieser klaren politischen Entscheidung, ist ein Wegschieben der politischen Verantwortung.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz unterstützt auch eindeutig den **Entschließungsantrag zur künftigen Grenze zwischen der Republik Polen und dem vereinigten Deutschland**. Das ist für viele unserer vertriebenen Mitbürger eine bittere Entscheidung, auch jetzt noch, 45 Jahre nach Kriegsende. Aber ich bin sicher, dieses Handeln gegenüber dem polnischen Volk legt einen wichtigen Fundamentstein für das künftige größere, freiheitliche und demokratische Europa, in dem ein vereintes Deutschland seinen Platz haben wird.

- (B) Schließlich möchte ich sagen: Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz unterstützt mit aller Entschiedenheit die Anstrengungen, ein gesamtdeutsches Parlament so rasch wie möglich noch in diesem Jahr zu wählen.

Wegen der Bedeutung der **Abstimmung** über diesen Staatsvertrag hat die Landesregierung von Rheinland-Pfalz beantragt, die Abstimmung **durch Einzelaufruf der Länder** vorzunehmen. Ich denke, es ist angemessen, daß jedes Land für sich hier klar zum Ausdruck bringt, wie es zu diesem Vertrag steht.

Präsident Momper: Danke schön, Herr Kollege!

Das Wort hat nunmehr der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Bitte schön, Herr Kollege Voscherau!

Dr. Voscherau (Hamburg): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Hamburg freut sich über diesen großen Schritt bei der Vollendung der deutschen Einheit. Die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs freuen sich seit dem 9. November und die meisten von ihnen unverändert bis heute, und so ist es in Norddeutschland weithin.

Ich persönlich halte es unverändert mit einem Satz Willy Brandts: „Ich lasse mir die Freude über die Herstellung der Einheit von niemandem vergällen.“

Man hat den Eindruck, daß die Geschichte uns – hoffentlich nicht nur zeitlich befristet – ein Fenster für die Herstellung der Einheit geöffnet hat, an die nur noch wenige geglaubt haben. Ich nicht! Viele Menschen sehen das so und sind der Meinung: Da es nun offen ist, muß es benutzt werden – eine Meinung, der ich beipflichte.

Die Freude, die der Präsident des Bundesrates, Walter Momper, am 10. November in diesem Hause wiedergegeben hat, die **Freude**, die viele der tanzen- den, der glücklichen Menschen, die wir von den Bildern aus der damaligen Zeit noch in Erinnerung haben, empfunden haben, die Freude, die übrigens auch die vielen weinenden, Freudentränen weinenden Menschen empfunden haben – in Berlin, auf der Mauer, wochenlang vor dem Hamburger Rathaus – , war Freude von unten. Das Gezänk kam von oben. Ich glaube nicht, daß es ein Ruhmesblatt ist – für die Bundesregierung nicht, für den Bundestag nicht, für den Bundesrat nicht, für die politischen Parteien nicht –, dazu beigetragen zu haben, Herr Bundesminister Seiters, daß das, was Sie hier am 10. November in Aussicht gestellt haben, hinsichtlich dessen ich an Sie damals appelliert habe, es auch umzusetzen, nicht eingetreten ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Wagner)

Es hat keine Gründung einer Art „Runden Tisches Bundesrepublik Deutschland“ gegeben, um an diesem „Runden Tisch“ parteipolitisch, taktisch begründete Entwicklungen von Streit im Keim zu ersticken. Daß solche Entwicklungen im **Wahljahr 1990** zwangsläufig kommen würden, wenn man auf einen solchen „Runden Tisch Bundesrepublik Deutschland“ verzichten würde, mußte jeder schon am 10. November 1989 wissen. Im übrigen gibt es manche Ursachen in den Problemen, in der Realität, die wohl auch begründete Kritik nicht nur zulassen, sondern geradezu danach gerufen haben.

- (D) Um so wichtiger wäre es gewesen, das zu tun, was Bundeskanzler Helmut Schmidt aus Anlaß eines terroristischen Anschlags und einer Flugzeugentführung in eine afrikanische Hauptstadt vor langer Zeit geleistet hat, ich sage nicht, einen Krisenstab – denn dies ist keine Krise –, aber einen Lösungstab zu gründen, einen politischen „Runden Tisch“, an dem man sich hätte frühzeitig gegenseitig die Meinung sagen, aber sich auch hätte einigen können. Ich halte es für einen schwerwiegenden Konstruktionsfehler dieses Einigungsprozesses, daß wir dies alle gemeinsam nicht zuwege gebracht haben.

Ich würde mich sehr freuen und würde es angesichts der historischen Verantwortung aller Deutschen bei dem nächsten Schritt zur Vollendung der deutschen Einheit für wichtig halten, wenn wir die letzten sieben Monate in diesem Sinne vergessen und einen **Neuanfang** machen könnten. Denn das, was jetzt kommt, wird vielleicht noch wichtiger, aber auch streitbefangener sein als das, was hinter uns liegt. Deswegen appelliere ich noch einmal an die Bundesregierung, an den Bundeskanzler, an Sie, Herr Seiters, es jetzt anders zu machen und nicht erneut alle Länder mit fertigen Papieren nach dem Motto „Friß Vogel oder stirb!“ zu konfrontieren. Das, glaube ich, wird zum Konsens nicht beitragen.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger haben es ohnehin satt, daß sehr häufig **Scheinkonflikte** gefahren werden. Dieser war kein Scheinkonflikt; dafür gab es Gründe. Desungeachtet: Ein wesentlicher Mangel, den viele demokratische, engagierte Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik

Dr. Voscherau Hamburg

- (A) den sogenannten Etablierten entgegenhalten – künstlich Gräben aufzureißen, künstlich Polarisierung zu schaffen und nicht die Fähigkeit zu haben, über Meinungsverschiedenheiten hinweg – jedenfalls in großen Fragen – die Hand auszustrecken und das Vernünftige oder das in der Realität Unausweichliche zu tun.

Eigentlich ist es traurig, daß erst infolge des **niedersächsischen Wahlergebnisses**, infolge der Veränderung der Stimmenverhältnisse in diesem Haus plötzlich ein größeres Maß an Informationsbereitschaft und Entgegenkommen in den Ressorts der Bundesregierung festzustellen ist. Ich freue mich nicht nur deswegen, aber auch deswegen, darüber, daß durch die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen jetzt ehrlich miteinander gesprochen werden muß. Für die Deutschen in Ost und West wird dies in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu gedeihlicherem Zusammenwirken und zu einer fruchtbareren Gestaltung unserer Zukunft führen, als das sonst der Fall gewesen wäre.

- (B) Eines allerdings lassen Sie uns auch nicht überhören: Das Risiko, daß dieser Staatsvertrag in diesem Hause im Ergebnis hätte „durchfallen“ können, bestand zu keiner Zeit; und jeder wußte das auch. Denn daß Hamburg zustimmen würde, war klar. Daß Berlin, die geteilte Stadt, nicht anders kann, als einem solchen Schritt zur Überwindung der Teilung zuzustimmen, hat der Kollege Momper deutlich gemacht. Nun sind die **Berliner Stimmen** künftig auch **von zählbarem Gewicht** im quantitativen Sinne. Qualitativ waren sie das schon immer. Nun sind sie es aber auch im quantitativen Sinne. Auch Hamburg, liebe Frau Pfarr, freut sich darüber. Insofern bestand das Risiko einer Blockade in diesem Hause zu keiner Zeit. Ohne daß ich das jetzt im einzelnen „durchbuchstabieren“ will: Jedenfalls steht fest, daß es nicht ehrlich ist, einen solchen „Popanz“ aufzubauen. Den hat es nie gegeben.

Dabei darf ich hinzufügen: Hamburg verhält sich, wie es sich in den letzten Wochen und Monaten verhalten hat, nicht etwa nur wegen der sozialliberalen Koalition. Das wäre ein Fehlschluß. Eine lediglich innenpolitisch-taktische Begründung des hamburgischen Verhaltens würde der „Seelenlage“ der Bürger, der Politiker und der Parteien in Hamburg nicht gerecht. Das liegt vielmehr an unserer spezifischen Lage. Sowohl kulturell, sowohl in den Familien als auch wirtschaftsgeographisch ist doch unübersehbar, daß das Land Freie und Hansestadt Hamburg zu dem Raum gehört, der bisher 40 Jahre lang hermetisch hinter einem eisernen Vorhang von uns abgetrennt war, obwohl wir zusammengehören und immer zusammengehörten.

Nicht ohne Grund wurde **Hamburg** immer von den Mecklenburgern als die „**heimliche Hauptstadt Mecklenburgs**“ bezeichnet. Nicht ohne Grund ist es so, daß in jeder Hamburger Familie eine mecklenburgische Großmutter verzeichnet werden kann. Schon immer sind die hungrigen Mäuler vom Lande, aus den Bauernfamilien, die sich dort nicht ernähren konnten, nach Hamburg ausgewandert. Das gehört einfach zusammen. Natürlich gilt das für Holstein genauso.

Auch die **Wirtschaftsregion Elbe**, von Cuxhaven über Hamburg über Magdeburg und Dresden bis nach Prag, gehört zusammen. Der westlichste Zipfel, übrigens zu Lasten Bremens genauso wie zu Lasten Hamburgs, war von dieser einheitlichen Wirtschaftsregion künstlich abgetrennt. Deswegen bin ich sicher, daß auch in Bremen die Position gar nicht anders gesehen werden konnte und gesehen worden ist als im Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. So ist es einfach mit der Geschichte, und so ist es mit der **regionalen und kulturellen Zusammengehörigkeit**.

Ich bin Mitte letzten Jahres mit meiner Familie in Wismar, in Schwerin und im Bezirk Schwerin herumgefahren. Wir sind oft ausgestiegen und haben dort mit den Bürgerinnen und Bürgern auf den Dörfern Plattdeutsch gesprochen. Das ist Heimat! Die Leute reden so wie ich, dasselbe Plattdeutsch wie ich, ein bißchen „mecklenbörgischer“, ein bißchen breiter. Aber das ist kulturelle Zusammengehörigkeit.

Insofern, meine Damen und Herren, steht fest, daß der Satz Willy Brandts in dreifacher Weise richtig ist, der Satz: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Er ist für West- und Osteuropa richtig, er ist für die Deutschen in Ost und West richtig, und er ist für die Wirtschaftsregion Elbe ebenso wie für die Kulturregion der norddeutschen, niederdeutschen Tiefebene richtig.

Wahr ist allerdings auch, daß die Warnung des Bundespräsidenten, der sich den Satz Willy Brandts zwar zu eigen gemacht, aber mit einer Warnung verbunden hat, nicht beherzigt worden ist: „Es wuchert zusammen, was zusammengehört.“ Das hätte ich mir, hätte (D)

Die Realität ist darüber hinweggegangen. Die Zahl der Demonstranten bei den **Montagsdemonstrationen** war es zunächst, welche die Schrittgeschwindigkeit angegeben hat. Danach ist dieser Maßstab allerdings durch die tägliche Zahl der **Übersiedlerinnen und Übersiedler** abgelöst worden, die teilweise 3 000 pro Tag ausmachten. Auch das darf nicht vergessen werden. Insofern erklären sich die Intensität der Arbeit Hamburgs in Mecklenburg, die Intensität der **Partnerschaften mit Dresden, Sachsen und Prag** durch dieses Gefühl einer historisch gewachsenen, aber auch durch konkrete heutige Interessen untermauerten Zusammengehörigkeit. Diese Intensität wird fortgesetzt und ausgebaut werden.

Diese Zusammengehörigkeit erklärt auch, warum alle lebenden Träger des Amtes des Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg eine übereinstimmende Betrachtungsweise haben. Das erklärt, warum mein Vorgänger Peter Schulz heute als Syndikus des Rostocker Oberbürgermeisters mehr dort als in Hamburg ist. Das erklärt, warum mein Vorgänger Hans-Ulrich Klose überall zu Recht erklärt hat, Hamburg könne nicht anders als zustimmen. Das erklärt, warum Klaus von Dohnanyi die Position, die bekannt und hier heute schon zitiert worden, ist, einnimmt. Es erklärt auch meine eigene Haltung.

Meine Damen und Herren, Hamburg hat Anfang dieses Monats versucht, im Bundesrat eine Brücke zu bauen und eine **gemeinsame Entschließung** tragfähig zu machen. Dieser Brückenbau ist damals in der ersten Fassung mißlungen, danach in der mit Herrn

Dr. Voscherau (Hamburg)

- (C) Staatsminister Gerhardt und Herrn Ministerpräsidenten Wallmann als aussichtsreich beurteilten Fassung ebenfalls mißlungen. Insofern muß ich an die Adresse des Kollegen Späth — er ist nicht mehr anwesend; aber er wird es vielleicht hören — mit Nachdruck die Korrektur anbringen: Dies ist beiderseits gescheitert, nicht nur auf der Seite der sozialdemokratisch geführten Länder, auch auf der Seite der christdemokratisch geführten Länder. Beiderseits hat es nicht getragen. Dieser Entwurf hat nur drei Stimmen bekommen, nicht nur diejenigen der SPD-geführten Länder nicht; auch die christdemokratisch geführten Länder waren entweder noch nicht soweit oder vergattert worden. Das will ich hier nicht untersuchen. Jedenfalls hat der **Bundesrat** damals eine **Chance verpaßt**, seine politische Rolle, seine Eigenständigkeit, sein politisches Gewicht, das Gewicht der Länder in dieser historischen Auseinandersetzung, zu verstärken.

Insofern sehe ich in diesem Verlauf, demjenigen der **Ausgrenzung der Länder** bei der Vorbereitung von Schritten zur Vollendung der deutschen Einheit ebenso wie in dem gescheiterten Brückenbau Anfang dieses Monats im Bundesrat, lediglich eine Demonstration der seit vielen Jahren andauernden sichtbaren **Einebung der Länderinteressen**, der sichtbaren **Aushöhlung** der politisch tragfähigen **föderativen Strukturen** unseres Landes. Der Jurist würde sagen: Dies alles fällt unter § 254: mitwirkendes Verschulden. Insofern sollten sich die Länder nur mit halber Lautstärke darüber beschweren. Das gilt für mein eigenes Land allerdings genauso.

(B)

Übrigens darf ich das, vielleicht in aller Schärfe an Hamburg adressiert, auch deswegen sagen, weil es ein Hamburger Bundeskanzler war, der mit dieser Entwicklung führend begonnen hat. Das habe ich im übrigen ihm gegenüber mit ebenso großer Klarheit auch schon persönlich ausgedrückt.

Die Selbstverständlichkeit, mit der die Publizistik in der Bundesrepublik ebenso wie die Politik in den letzten Wochen davon ausgegangen ist, die **Länder** hier im Bundesrat seien nichts als **Schachfiguren** auf dem Brett, auf dem sich Parteistrategien entscheiden, sollte uns allen allerdings zu denken geben. Ich denke, daß auf diese Weise, auf der Grundlage dieses politischen Bewußtseins, mit dem Föderalismus allerdings in Zukunft, wenn hier erst 16 Länder sitzen, „Schlitten gefahren“ werden wird.

Vielleicht sollte man einmal sorgfältig lesen, was der frühere Bayerische Ministerpräsident aus Anlaß des 40jährigen Jahrestages der **Rittersturzkonferenz** dazu ausgeführt hat. Die föderalismus-relevanten Aussagen, die er damals gemacht hat, teile ich uneingeschränkt. Sie sollten auch der Bayerischen Staatsregierung, Herr Tandler, zu denken geben. Wenn Sie gleich reden, sollten Sie ein **Bekenntnis zum Föderalismus** ablegen, besonders was den künftigen zweiten Staatsvertrag und die Anpassung der Strukturen des Grundgesetzes an die Herstellung der deutschen Einheit angeht. Denn sonst wird uns gemeinsam das Fell über die Ohren gezogen werden.

(Zuruf Tandler [Bayern])

— Doch, doch, das glaube ich so.

(Zuruf Bundesminister Dr. Waigel)

— Herr Dr. Waigel, Sie nicht! Sie werden zu Hause gefragt werden.

Die Vollendung der Einheit in Freiheit erlegt das Grundgesetz Bund und Ländern auf. Ich lege außerdem Wert auf die Feststellung: nicht den Ländern als einer anonymen Grauzone von Ministerkonferenzen, von denen zwei als Repräsentanten dieser Ebene irgendwie einmal informiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der **Bundesrat** ist ein **Verfassungsorgan des Bundes**. Die Länder hingegen sind jedes für sich verantwortlich: ihre Kabinette vor den Wählern in dem Land, wo sie gewählt worden sind, die Parlamente ebenfalls. Die **Ministerkonferenzen** sind eine Grauzone, aber kein geeignetes Instrument, das die verfassungsrechtlich gebotene Mitwirkung jedes einzelnen Landes ersetzen kann. Sosehr ich die Kollegen Rau und Streibl schätze: Keiner von ihnen hat vor den Wählerinnen und Wählern Hamburgs Rechenschaft abzulegen; keiner von ihnen vertritt das Land Freie und Hansestadt Hamburg in diesem Prozeß. Punktum!

(Zuruf Grobecker [Bremen])

— Das gilt auch für Bremen; Herr Grobecker sagt es gerade. Ich weiß, daß das so ist. Kollege Wedemeier hat es auch immer gesagt.

Bevor die DDR den Antrag nach Artikel 23 stellt, muß sie Garantien dafür verlangen, wie danach mit dem Föderalismus, mit der staatlichen Einheit und mit der Entwicklung der Deutschen in Europa umgegangen werden wird. Dies ist doch eine Chance für uns alle, ergebnisoffen und tabufrei auch **Fehlentwicklungen des Föderalismus** der letzten 40 Jahre **aufzugreifen** und, wenn man sich über Remeduren einigen kann, diese anzuwenden.

(D)

Bei allem Respekt vor den kurzweiligen Ausführungen unseres Kollegen Späth: Aus dessen kabarettistischen Äußerungen zur **Neugliederung** ziehe ich den gegenteiligen Schluß. Nicht Resignation in humoristischem Kleid, sondern Offenheit und Mut sind jetzt gefordert. Oder, wie es unser Ehrenbürger Herbert Wehner gesagt hätte: Aussprechen, was ist!

Es gibt **Funktionsdefizite des Föderalismus**, übrigens nicht nur als Einbahnstraße. Überall dort, wo subjektive öffentliche Rechte der Bürger unseres Landes, von Flensburg bis Passau, vor Gericht durchsetzbar, über die Dimensionierung staatlicher Dienstleistungsangebote entscheiden, kann der Föderalismus mit Länderkompetenzen nur sehr eingeschränkt funktionieren. Man könnte auch sagen: Er funktioniert nicht, weil die Länder dann dazu neigen, regionale **Strukturpolitik** zu betreiben, statt ihrer Verpflichtung nachzukommen, bundeseinheitliche, aufeinander abgestimmte Kapazitäten zu schaffen, die den subjektiven öffentlichen Rechten und Verfassungsrechten der Bürgerinnen und Bürger, sagen wir einmal, der studierenden Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, gerecht werden. Kompatibel ist das eine mit dem anderen nicht.

Ich sage an alle Länder, aber auch an die Großstädte und die Gemeinden gerichtet: Wir haben doch auch

Dr. Voscherau (Hamburg)

- (A) keine Konkordanz zwischen der Gesetzgebungsbe-
fugnis des Bundes und der Frage, wer eigentlich die
Lasten trägt. Ständig lamentieren wir hier alle ge-
meinsam darüber, daß wir Lasten zu tragen haben,
weil der Bund in seiner Weisheit wieder ein schlaues
Leistungsgesetz beschlossen hat. Soll das so bleiben,
soll das so weitergehen? Soll es eine folgenlose Dis-
kussion über **Gemeinschaftsaufgaben** und die **Aus-
höhlung der Eigenstaatlichkeit und der Gestaltungs-
freiheit der Länder** geben können?

Was außerdem fehlt, ist die **Einnahmeautonomie
der Länder**. Kein Land der Bundesrepublik hat heute
noch Einnahmeautonomie, sondern anonyme multila-
terale Verteilungsverhandlungen entscheiden dar-
über, was übrigbleibt. Auch dies verstößt aus meiner
Sicht gegen das Strukturmerkmal des Föderalismus,
daß die Eigenstaatlichkeit jedes Gliedstaates nicht
ausgehöhlt, nicht unterschritten werden darf. Aus
meiner Sicht ist diese Grenze durch die Addition
schleichender Aushöhlungen in den letzten Jahrzehnen
schon längst überschritten.

Hat nicht der Bund auch die **konkurrierende Ge-
setzgebung** durch exzessive Anwendung längst zu
einer flächendeckenden **Monopolgesetzgebung des
Bundes** umgestaltet? Ist das nicht in Wahrheit das
eigentliche Geheimnis für die Auszehrung der parla-
mentarischen Tätigkeit der Landtage? Auch dort wäre
sehr wohl zu fragen, ob eigentlich alles, was gesche-
hen ist, wirklich geschehen mußte, um die Einheitlich-
keit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik
Deutschland zu sichern.

- (B) Wie soll denn damit umgegangen werden, wenn
jetzt 16 Millionen Deutsche aus der DDR mit einer
eigenen Identität hinzutreten und zum Objekt von
Mehrheitsverhältnissen und Verkrustungen in der
Bundesrepublik Deutschland gemacht werden?
Heute sehen sie das noch gar nicht. Ich halte den
Abgeordneten der Volkskammer ebenso wie den Mit-
gliedern der Regierung der Deutschen Demokrati-
schen Republik zugute, daß sie mangels jeglicher ei-
gener Erfahrung mit etwas anderem als zentralisti-
scher Diktatur nicht beurteilen können, welche Funk-
tionsdefizite in unserem Föderalismus in 40 Jahren
entstanden sind. Aber die Bürgerinnen und Bürger
der Deutschen Demokratischen Republik werden je-
den, der jetzt voreilig handelt und den Antrag nach
Artikel 23 stellt, ohne Garantien zu haben, schon bald
fragen, welche Garantien es denn gab und warum sie
gegebenenfalls nicht eingefordert worden sind.

Insofern wiederhole ich, obwohl das hier schon kri-
tisiert worden ist: Ich glaube, wir haben auch jetzt
noch die historische Verpflichtung, uns als **Treuhän-
der der föderativen Interessen der künftigen Länder**
der Deutschen Demokratischen Republik zu fühlen,
die in einem vereinten Deutschland bald mit hier sit-
zen werden. Denn sie können die Stimme nicht erhe-
ben, und die Zentralinstanzen der DDR sind dabei
— das ist auch richtig und gut so —, sich selbst und
jenen ganzen zentralistischen Staat abzuschaffen.
Aber die **engere staatliche Heimat** der Bürgerinnen
und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik
werden dann die **fünf Länder** sein: Mecklenburg-Vor-
pommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen

und Sachsen. Die Bewohner dort werden alle fragen: (C)
Wieviel hat unser neues Land zu sagen, und welche
eigenständigen Einnahmequellen hat es künftig? Nie-
mand in Berlin sollte es sich zu leichtmachen. Diese
Fragen werden dann beantwortet werden müssen.

Allein diese Erwägung sollte für uns Anlaß sein,
auch unsererseits an einem „Runden Tisch“ zusam-
menzukommen und diese Fragen unter uns und mit
den Verantwortlichen in der DDR zu besprechen. Ich
sage ausdrücklich: Ich halte es für einen **Verstoß ge-
gen den bundesstaatlichen Geist des Grundgesetzes**,
wenn Fragen des Föderalismus von der Regierung der
DDR mit der Bundesregierung statt mit den Regierun-
gen der Länder erörtert werden. Die Bundesregierung
sollte sich ihrerseits dazu nicht hergeben.

Meine Damen und Herren, ich habe mich darum
bemüht, mit dem erheblichen Engagement das ich
gerade für diesen Gesichtspunkt der Konstruktion der
künftigen einheitlichen deutschen Staatlichkeit emp-
finde, hier nicht nachzukarten, sondern in die Zukunft
zu blicken und einen Appell auszusprechen, an die
Dinge anders heranzugehen, als es in den letzten sie-
ben Monaten geschehen ist und vielleicht auch ge-
schehen mußte. Das will ich jetzt nicht abschließend
werten.

Bevor ich zum Schluß komme, deswegen noch ein
Wort an Walter Momper, der uns hier mit Zukunftsfr-
agen der **deutschen Hauptstadt** intensiv bearbeitet,
„umgepflügt“ hat, damit die Saat wachsen möge. Es
liegt mir fern, dem etwas entgegenzuhalten. Aber zi-
tieren wird man noch dürfen, sagen wir, aus Georg (D)
Gottfried Gervinus' „Denkschrift zum Frieden an
das preußische Königshaus“ — das saß damals dort in
der Gegend und hat danach noch manches Weitere
angerichtet — aus dem Jahr 1871. Gervinus schrieb
seinerzeit:

Ein Bundesstaat ist ein Unding und weniger als
ein Scheinwesen, wenn seine Zentralstätte zu-
gleich die Hauptstadt des mächtigsten Reiches
ist. Für eine deutsche Politik im großen Stile gibt
es nur eine deutsche Hauptstadt: Das ist Ham-
burg.

(Heiterkeit)

Ich vermute, er kannte gar nicht; aber hier sieht man,
wie donnernd der Ruf damals gewesen sein muß.

(Vorsitz: Präsident Momper)

Weiter schreibt er:

Die Freie Stadt Hamburg, das ist ein fast fertiges
deutsches London mit einem weit mächtigeren
Hinterlande und Flußgebiete. Dem übermäßigen
binnenländischen Körper des Bundeslandes muß
ein stärkstes Gegengewicht in dem Haupte ge-
geben werden, das in freier Luft atmen muß. Dem
kleinstaatlichen Verwaltungsgeist muß der weite
seestädtische Geschäftskreis zu Hilfe kommen,
der mit dem ganzen Weltleben vertraut ist.

(Erneute Heiterkeit)

Trotzdem, verehrter Herr Kollege Momper: Ein An-
trag, die deutsche Hauptstadt nach Hamburg zu ver-

Dr. Voscherau (Hamburg)

- (A) legen, wird vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg ausdrücklich nicht gestellt. Darauf kann man sich verlassen. In Bonn wie in Berlin. Im Gegenteil: Hamburg stimmt heute aus Überzeugung zu — nicht mehr und nicht weniger.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Kollege!

Das Wort hat nunmehr der Ministerpräsident von Niedersachsen, Herr Kollege Schröder. Bitte schön!

Schröder (Niedersachsen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man muß vor zwei **Legenden** warnen, die jetzt gebildet werden. Das war auch heute hier zu hören. Die erste Legende bezieht sich auf die Vergangenheit und die zweite auf Gegenwart und Zukunft.

Ich beginne einmal mit derjenigen, die sich auf die Vergangenheit bezieht. Dazu ist gesagt worden: Jeder, dessen Analyse vor den Ereignissen im November letzten Jahres von einer **Zweistaatlichkeit** auf Dauer oder auf absehbare Zeit ausging bzw. der zu diesem Schluß kam, wollte die Einheit nicht. Das ist sicherlich keine Legende zu Wahlkampfzwecken; aber sie könnte dazu mißbraucht werden. Das ist deshalb eine Legende, weil ich zu denjenigen gehört habe — ich frage mich, ob andere in nennenswerter Zahl, wenn sie ehrlich sind, dies anders analysiert haben —, die für ihr politisches Leben davon ausgingen, daß es bei einer Zweistaatlichkeit bleiben würde, weil ich mir die revolutionären Veränderungen in Osteuropa weder so vorgestellt noch die Phantasie aufgebracht habe, um sie mir so vorstellen zu können.

- (B) Das habe ich einzugestehen.

Dies festzustellen, heißt doch wohl nicht, daß jeder, der so analysierte, gegen die staatliche Einheit war und sein mußte. Dieser Eindruck soll aber jetzt — sicherlich nicht aus Wahlkampfgründen — erweckt werden, und dieser Eindruck wird viele von uns noch beschäftigen. Wir werden dem alle entgegenreten, weil das Wollen in bezug auf die deutsche Einheit mit der Analyse, wie sie war und von vielen wohl auch geteilt wurde, relativ wenig zu tun hatte. Ich habe das nachgelesen, weil ich gestern mit anderen Dingen beschäftigt war.

Die zweite Legende, die gebildet werden soll — das haben gestern der Herr Bundeskanzler und heute der Kollege Wagner getan; bezieht sich auf Gegenwart und Zukunft. Diese Legende handelt davon, daß nur derjenige, der für den Staatsvertrag ist, auch für die Einheit ist. Diese Legende soll natürlich ebenfalls nicht im kommenden Wahlkampf benutzt werden, weder bezogen auf den Regierungschef des Saarlandes noch auf irgend jemanden; das ist hier erklärt worden. Aber sie könnte natürlich benutzt werden, und sie ist gleichermaßen falsch wie die andere Legende.

Der **Staatsvertrag**, über den wir hier debattieren, ist ein **Instrument zur Herstellung von Einheit**. Ob er ein taugliches oder ein weniger taugliches Instrument ist, sollte Kern der Debatte sein. Aber entgegenzutreten sollten wir miteinander dem Eindruck, der erweckt werden könnte, als argumentiere derjenige, der mit guten Gründen gegen das Instrument argumentiert, zugleich gegen die Einheit. Wenn wir uns auf diese Betrachtungsweise und darauf verständigen könnten,

die gekennzeichneten Legenden nicht zu bilden, weil sie mißbraucht werden könnten — natürlich niemals in diesem Hause, aber von anderen —, dann wären wir ein Stück weiter und hätten einen Beitrag zu einer Streitkultur in der Demokratie geleistet, über den sich die Menschen in der DDR mit Sicherheit ebenso freuen würden wie die Menschen hier.

Niedersachsen wird dem Instrument „Staatsvertrag“ nicht zustimmen. Sie finden dafür in der Resolution — das habe ich schon gelernt — der A-Länder eine Reihe wirklich lesenswerter und beachtenswerter Begründungen. Diese Begründungen reichen eigentlich schon. Aber es gibt noch ein paar mehr, die jedenfalls mein Votum begründen. Eine betrifft spezifisch Niedersachsen. Wer sich einmal den Staatsvertrag und die rechtlichen Regelungen darin anschaut, wird feststellen, daß wir, stimmten wir ihm zu, die kerntechnischen Anlagen in der DDR, speziell auch ein **Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll** ganz nahe bei Helmstedt, auf zehn Jahre genehmigten.

Nun ist mir entgegengehalten worden: Wenn es den Staatsvertrag und das, was sich mit ihm verbindet, nicht gäbe, gäbe es das Endlager auch, und Interventionsmöglichkeiten hätten ihr dann noch weniger! — Das ist ein Scheinargument, weil die Frage nicht ist, was wir damals nicht tun konnten, sondern die Frage für uns lautet, was wir heute tun können und müssen. Ich bitte Sie einfach zu verstehen — das ist nur ein Beispiel im Umweltbereich —, daß eine Niedersächsische Landesregierung nicht gut hergehen und sagen kann: **Gorleben** ist ungeeignet, für **Konrad** gilt das gleiche, und dann im gleichen Atemzug ein, was die Sicherheitsgesichtspunkte angeht, wirklich hochproblematisches Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll durch Zustimmung zum Staatsvertrag für zehn Jahre genehmigen kann, ohne daß wir Interventionsmöglichkeiten zum Schutze der Menschen in und um Niedersachsen hätten.

Es gibt eine Reihe solcher Gesichtspunkte über diejenigen hinaus, die in der Resolution der A-Länder aufgeführt sind, die aus der Sicht einer Landesregierung das Nein zu dem Staatsvertrag begründen können.

Ich will noch einen weiteren Gesichtspunkt nennen, der in der Debatte allzuoft verlorengegangen ist. Ich glaube, daß das, was innerhalb der SPD an Diskussion begonnen worden ist — der Kollege Engholm hat darauf hingewiesen —, ein Stückchen stellvertretende Diskussion für die Gesamtgesellschaft war. Ich bedauere, daß das so sein mußte. Das Fehlen von Debatten über die Frage, ob der Staatsvertrag ein taugliches Instrument für die Einheit ist oder nicht, ist immer ein Stück weniger Integration in der Demokratie; denn Integration, also Zustimmung von Menschen für Politik als ein Gesichtspunkt von Integration, kommt doch durch Öffentlichkeit und öffentliche Debatten zustande.

Deswegen war das Handeln der Bundesregierung, dieses Behalten des Vertrages und dessen, was sich damit verbindet, im engeren Raum von Politikern und Beamten nicht nur eine **Zumutung für die Bundesländer**, sondern es war unter demokratischen Gesichtspunkten deshalb gefährlich, weil wir in einer schwie-

Schröder (Niedersachsen)

- (A) rigen Sache Zustimmung von Menschen, gerade auch von Menschen bei uns, nur verlangen können, wenn sie damit auch beschäftigt gewesen sind und wenn sie eine Chance gehabt haben, Willensbildung für sich und für andere zu betreiben. Das Manko dieses Vertrages und dessen, was sich mit ihm verbindet, besteht genau darin, daß diese Chance unzureichend gegeben war.

Und noch etwas: Wir müssen aufpassen, daß wir bei der Bewertung des Staatsvertrages und dessen, was aus ihm folgt, keinen **Generationenkonflikt** konstruieren oder bekommen. Ich glaube, es ist wirklich so, daß diejenigen, die in der Bundesrepublik geboren und politisch sozialisiert worden sind, eine andere Beziehung zu dem Staatsvertrag und dem, was sich mit ihm verbindet, haben als diejenigen, die älter sind. Das ist kein Vorwurf, bezogen auf keine der beiden Seiten. Aber es ist etwas, was man im Auge behalten muß. Ich finde, daß deshalb aus diesem Tatbestand etwas folgen muß, was in die Zukunft weist.

Mein Problem ist nämlich, daß, ungeachtet dessen, daß hier keine strikte Forderung, aber immerhin ein Wunsch, nicht nachzukarten, ausgesprochen worden ist, die gleichen Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, offenbar wieder gemacht werden sollen. Wenn man denn über die **unzureichende Beteiligung der Länder** in der Vergangenheit und über das **Fehlen von Öffentlichkeit** und öffentlicher Debatte in der Vergangenheit schweigen könnte, dann müßten wir das mindestens mit Wirkung für die Zukunft ändern. Wir müßten mindestens den **zweiten Staatsvertrag** kennen und uns nicht wieder auf Umwegen besorgen müssen, und wir müßten für eine breite Debatte über die Inhalte dieses zweiten Staatsvertrages Zeit haben.

(B)

Es käme noch etwas hinzu: Vernünftig wäre es doch wohl, wenn wir eine Legitimation für den Prozeß der deutschen Einheit nicht nur in der DDR, sondern auch bei uns wollen, daß wir insbesondere diejenigen, die in der Bundesrepublik politisch sozialisiert worden sind, auch an der Entscheidung über die für ihre Zukunft maßgebende Frage beteiligen, unter welcher Verfassung und in welcher Verfassungswirklichkeit sie denn leben wollen.

Wenn wir den Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholen wollen, dann muß es natürlich dazu kommen, daß eine **gemeinsame deutsche Verfassung**, die zu ihrem überwiegenden Teil sicherlich aus den Regelungen des Grundgesetzes bestehen würde und bestehen könnte, dem Volk auch zur Abstimmung vorgelegt wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß diejenigen, die heute 20, 30 oder 40 Jahre alt sind, es einfach hinnehmen, daß sie in einer historisch anderen Situation als nach dem Kriege eine Verfassung ohne ihr eigenes Zutun durch ihre Repräsentanten einfach verordnet bekommen. Deshalb, denke ich, muß es dazu kommen, daß eine solche Verfassung dem Volk vorgelegt wird und das Volk darüber abstimmen kann, und zwar nach meiner Auffassung bevor es **gesamtdeutsche Wahlen** gibt.

Die Hektik, die alle miteinander, auch die Kollegen von der CDU – bei ihnen klang das auch ein bißchen an –, beklagt haben, wird doch fortgesetzt, wenn man – natürlich wieder nicht aus taktischen Grün-

den; unter taktischen Gesichtspunkten handeln immer nur andere – hergeht, anstatt den Prozeß zu beruhigen und sich beruhigen zu lassen, über gesamtdeutsche Wahlen am 2. oder 9. Dezember diskutiert und damit selber jenen Druck erzeugt, der nachher mit tränenden Augen beklagt wird. Das ist doch kein vernünftiges Vorgehen, und das macht es insbesondere denen nicht möglich, aus vollem Herzen zuzustimmen, über die ich gerade ein bißchen reden wollte, weil ich nicht möchte, daß sich diejenigen, die in der Bundesrepublik politisch sozialisiert worden sind, wie auch immer, meinetwegen auch konservativ – hoffentlich weniger –, übergangen fühlen müssen, weil sie übergangen worden sind.

Deswegen denke ich, daß wir, wenn wir im Hinblick auf die Zukunft diskutieren – und das sollten wir tun –, darauf achten müssen, daß sich jetzt erst Strukturen in der DDR herausbilden – Bundesländer beispielsweise –, daß dort demokratisch gewählt wird, daß eine Verfassung gemacht wird, die dem Volk vorgelegt wird, und daß dann gewählt wird. Niemand sollte sich wundern, wenn in der DDR über **Artikel 23** diskutiert wird, ja, wenn er, wie geschehen, probeweise schon einmal benutzt wird, wenn der Artikel 23 von der Bundesregierung selbst als „Königsweg“ zur Herstellung der deutschen Einheit bezeichnet wird. Es geht doch nicht zusammen, sich darüber zu beklagen und durch Debatten hier dafür zu sorgen, daß denen drüben kaum eine andere Möglichkeit bleibt.

Mein Wunsch ist, daß man in der Zukunft bei der Diskussion über die Einheit von den Legenden wekommt, vor denen ich gewarnt habe, und daß man die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind – fehlende **Integration** und **Zustimmungsfähigkeit durch Öffentlichkeit** und durch die Bereitschaft, darüber debattieren zu lassen –, nicht wiederholt.

(D)

Ich habe Ihnen gesagt, daß und warum Niedersachsen nicht zustimmen wird. Meine Hoffnung ist, wenn Sie das nicht gut finden, daß Sie dies wenigstens respektieren.

Präsident Momper: Schönen Dank!

Das Wort hat nunmehr Herr Bundesminister Seiters. Bitte schön, Herr Bundesminister, Sie haben das Wort.

Seiters, Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Vorgänge in die Erinnerung zurückrufen. Das ist zum Teil auch eine Erwiderung auf die Ausführungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten, dem ich natürlich auch als Niedersachsen bei seiner Arbeit im Interesse der Menschen eine glückliche Hand wünsche.

Ich möchte die **SPD-Volkskammerfraktion** zitieren, die im **Ausschuß „Deutsche Einheit“** folgende Erklärung abgegeben hat:

Mancher hätte gerne ein bedächtigeres Tempo eingeschlagen und kritisiert die Hektik. Kenner der Situation in der DDR werden aber bestätigen müssen, daß dieses Tempo erforderlich war und weiter erforderlich ist. Die de facto – gottlob – nicht mehr existierende innerdeutsche Grenze und das zögernde Handeln der Modrow-Rei-

Bundesminister Seiters

- (A) rung haben zu einer Situation geführt, die schnellstens beendet werden muß. Mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion werden diese Zustände beseitigt und klare Rahmenbedingungen geschaffen. Die SPD der DDR sieht in dem Staatsvertrag einen guten Kompromiß und eine solide Grundlage dafür, die Folgen der Mißwirtschaft der SED/PDS überwinden zu können.

Diese Sprache wünschte ich mir manchmal auch von den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland. Sie widerlegt auch die Kritik im Entschließungsantrag der sozialdemokratisch geführten Länder.

Ein zweiter Vorgang; Herr Schröder hat darauf hingewiesen, allerdings aus einer anderen Sicht. Vergangene Woche, am **17. Juni, Sitzung der Volkskammer** in Ost-Berlin! Antrag der DSU auf sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland! Dieser Antrag wird auf die Tagesordnung gesetzt. Darüber wird debattiert. Er wird anschließend an die Ausschüsse überwiesen. Daß 267 Abgeordnete, mehr als drei Viertel der Parlamentsabgeordneten, bereit waren, diesen Antrag auf sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, abweichend von der Tagesordnung, spontan auf die Tagesordnung zu setzen, um darüber am Tag der deutschen Einheit — das hat schon Symbolwert — zu beraten, ist in aller Welt als eine Manifestation des Willens zur schnellen Vereinigung beider Teile Deutschlands verstanden worden. In besonnener Weise ist dann Überweisung an die Ausschüsse beschlossen worden.

- (B) Vor dem Hintergrund der Übersiedlerzahlen, der Haltung der SPD in der DDR und der Debatten in der Volkskammer will ich nur noch einmal sagen: Es kann wirklich ernsthaft nicht mehr behauptet werden, das Tempo der Entwicklung werde von der Bundesregierung oder vom Bundeskanzler bestimmt. Ein solches Argument ist nur noch unter parteipolitischen Gesichtspunkten zu begreifen. Die Menschen in der DDR wollten die Freiheit. Sie haben sie erreicht, und sie wollen jetzt die Einheit, und dies möglichst schnell.

Ich begrüße wie der Bundesfinanzminister, daß im Ergebnis einige SPD-geführte Länder dem Staatsvertrag zustimmen werden, so wie auch der überwiegende Teil der **SPD-Bundestagsfraktion** dem **Staatsvertrag zugestimmt** hat. Ich will die mit der Zustimmung verbundene Kritik am Inhalt des Staatsvertrages und am Verfahren jetzt einmal beiseite lassen. Ich greife das Wort von Graf Lambsdorff auf, daß sich hier ein gewisses Ritual vollzieht: Die einen sagen dieses und die anderen jenes. Ich will das nicht mehr vertiefen. Nur, wenn ich sage, daß der Staatsvertrag gut ausgehandelt ist und keiner Änderung bedurfte, dann ist dies schließlich auch ein Lob — bitte verstehen Sie es auch einmal so — an die Verhandlungspartner, zu denen auch der sozialdemokratische Finanzminister der DDR, Herr Romberg, gehört.

Es bleibt bei dem Bündel von **Strukturanpassungshilfen**. Es bleibt bei den **Umweltvereinbarungen**. Was wir in Artikel 9 zur Frage der **Mißbrauchsregelung** angekündigt haben, ist realisiert. Das Überprüfungsverfahren bei Kontenbewegungen, die Anlaß zum Verdacht spekulativen Mißbrauchs bei der Wäh-

rungsumstellung geben, ist vereinbart, und die angekündigte gemeinsame Erklärung zu den offenen Vermögensfragen in der DDR ist erfolgt.

Ich will mich aber jetzt gar nicht mit denen auseinandersetzen, die ihre Zustimmung zum Staatsvertrag mit Kritik am Inhalt und am Verfahren verbinden; darüber kann man natürlich streiten.

Was ich kritisiere und aus meiner ganz persönlichen Sicht auch als nicht zu verantworten empfinde, ist die Ablehnung eines von den Menschen in der DDR, auch von den Sozialdemokraten in der DDR nachdrücklich gewünschten Staatsvertrages nach dem Motto: Ablehnung, wenn Annahme gesichert.

Ich gehe noch einmal auf das ein, was Herr Voscherau hier gesagt hat. Meine Damen und Herren, es glaubt doch wohl kein Mensch, daß Niedersachsen und das Saarland hier im Bundesrat diesen Staatsvertrag scheitern lassen würden, wenn es auf ihre Stimme ankäme. Ich sage, Herr Ministerpräsident Schröder: Ein solches Ergebnis würden Sie schon in Ihrer eigenen Partei nicht durchsetzen und nicht verkraften. Sie würden die SPD in eine tiefe Krise stürzen; innerparteilich und auch im Verhältnis zu ihrer Schwesterpartei. Sie würden die **Hoffnungen und Erwartungen von Millionen Menschen** enttäuschen und den Übersiedlerstrom unglaublich stark anschwellen lassen.

Ein Scheitern dieses Staatsvertrages würde zu folgendem führen: Es wäre nur noch eine Frage von Stunden oder von Tagen, bis die Volkskammer zusammentreten würde, um den **Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland** zu erklären. Ich frage Sie: Ist es das, was Sie in Kauf zu nehmen bereit wären, wenn es auf die Stimme Niedersachsens oder des Saarlandes ankäme? — Ich sage: Sie würden sich dann anders verhalten. Deswegen erkläre ich — und das ist mein ganz persönlicher Eindruck —, daß ich die Einlassung mit dem Nein für parteitaktisch und parteipolitisch bestimmt halte.

Das ist im übrigen der entscheidende Vorwurf, den ich als jemand, der immer für ein hohes Maß an Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik eingetreten ist, dem **saarländischen Ministerpräsidenten** mache, daß jedenfalls nach meinem Empfinden — ich drücke es ganz bewußt auch noch einmal subjektiv aus — seine Haltung und seine Forderungen **parteitaktisch bestimmt** sind; denn sie geben keine Antwort auf die Frage nach der Alternative.

Deswegen ist meine Überzeugung, wenn später einmal Geschichtsbücher geschrieben werden, daß es dann über Oskar Lafontaine heißen wird: Er baute nicht mit an der deutschen Einheit, er stand abseits, und er hielt sich die Hände frei zum parteipolitischen Nutzen. — Das finde ich tief bedauerlich. Das nenne ich keinen verantwortungsbewußten Umgang mit der deutschen Einheit. Hier sind so viele Schicksale von Menschen betroffen, daß ich mir hier etwas anderes vorstelle.

Ich unterstreiche aus der Sicht der Bundesregierung, daß der Weg zur deutschen Einheit von Bund und Ländern in **gesamtstaatlicher Verantwortung** gemeinsam gegangen werden muß. Die Bundesregierung ist daran interessiert, die **Zusammenarbeit mit den Ländern** entsprechend den verfassungsrechtli-

Bundesminister Seitzers

- (A) chen Gegebenheiten und den getroffenen Vereinbarungen pragmatisch zu gestalten und sicherlich auch zu überprüfen, was man in der Zukunft noch anders machen kann. Ich will aber auch sagen, unter welchem Zeitdruck wir gestanden haben und wie schwierig diese gesamten Abstimmungsprozesse in den letzten Wochen waren. Theo Waigel hat darauf hingewiesen.

Ich erkläre für die Bundesregierung, daß wir auch in der Zukunft eine enge Zusammenarbeit wollen. Man mag das bisherige Verfahren für nicht ausreichend halten. Ich behaupte, ein anderes Verfahren war gar nicht machbar, und ich bin fest davon überzeugt, daß auch eine SPD-geführte Bundesregierung nicht anders hätte handeln können. Aber wie immer man das bewertet: Ich denke, daß es eigentlich doch keine Rechtfertigung für den einen Satz in der Entschließung der SPD-geführten Länder gibt, in dem die Warnung ausgesprochen wird, den Weg zur deutschen Einheit zu mißbrauchen, um die **föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland** auszuhöhlen. Das will doch nun wirklich kein Mensch. Ich erinnere an den Satz von Ministerpräsident Rau, der davon gesprochen hat, man solle die Chancen auf dem künftigen Weg nicht polemisch und nicht „in kleiner Münze“ vertun.

- (B) Ich habe für Dienstag nächster Woche die Vertreter der Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Berlin gemeinsam mit dem Bundesinnenminister zu einem Gespräch über die **weiteren vertraglichen Vereinbarungen** eingeladen, über die wir jetzt mit Blick auf gesamtdeutsche Wahlen und mit Blick auf die Überleitungsgesetzgebung nach Artikel 23 zu beraten haben. Der Bundesinnenminister ist federführend. Natürlich gibt es interne Papiere. Ich will das hier auch aufgrund entsprechender Meldungen noch einmal sagen, die Sie kennen. Aber Verhandlungen können wir erst aufnehmen, wenn sich die DDR geäußert hat. Es gibt eine Koalitionsvereinbarung, dies erst nach dem 1. Juli zu tun. Das ist natürlich auch abhängig von einer Entscheidung der DDR, welcher Weg zur **Rechtsangleichung** zu wählen ist. Es gäbe den Weg über einen Staatsvertrag, und es gäbe natürlich auch die Möglichkeit der Inkraftsetzung des Grundgesetzes und der Überleitung einfachen Bundesrechts auf das Gebiet der heutigen DDR durch ein Bundesgesetz. Was die DDR will — den Staatsvertrag — ist bekannt. Es gibt interne Arbeitspapiere. Wir werden am Dienstag darüber sprechen, und wir werden dieses Thema auch am 5. Juli weiter vertiefen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, daß wir gemeinsam das Ziel erreichen, das den Interessen der Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen entspricht: möglichst bald **gesamtdeutsche Wahlen**, möglichst bald ein **gesamtdeutsches Parlament** und eine **gesamtdeutsche Regierung**. Dieses Ziel wollen und werden wir erreichen: durch Verhandlungen mit der DDR in Abstimmung mit unseren Freunden und unter Berücksichtigung der Interessen unserer Nachbarn im Westen und im Osten.

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Bundesminister!

Das Wort hat nunmehr Herr Staatsminister Tandler. (C)
Bitte schön, Herr Kollege Tandler!

Tandler (Bayern): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehöre zu jenen, die froh und dankbar darüber sind, daß wir endlich jenes Stadium der Herbeiführung der deutschen Einheit, das doch Inhalt vieler Reden in den vergangenen mehr als vier Jahrzehnten gewesen ist — und zwar Reden von Politikern quer durch alle Parteien —, erreicht haben. Ich frage mich, ob sich viele von jenen, die heute an diesem Ereignis mitwirken und darüber öffentlich diskutieren, der Gnade bewußt sind, die ihnen dadurch widerfährt, daß sie die Möglichkeit haben, an diesem **historischen Vorgang** mitzuwirken. Ich bin froh und dankbar über bzw. für alle Äußerungen aus parteipolitisch anderen Bereichen, die kundtun, daß diese Gedanken auch von anderen Parteien — z. B. von der SPD; ich denke, anders, als der Herr Bürgermeister von Hamburg hier gesagt hat — mitgetragen werden.

Ich stelle mir in diesem Zusammenhang die Frage, in welcher Situation die SPD wäre und wie ihre Reaktionen wären, wenn der Wahltermin von Niedersachsen mit seinem bekannten Ergebnis nach der Abstimmung im deutschen Bundesrat zu diesem Staatsvertrag gelegen hätte. Man möge mir das verzeihen; aber das, was Teile der SPD bei diesem Vorgang tun, lassen und unterlassen, erinnert mich an die Vorgänge, die in der Bundesrepublik Deutschland letztlich auch bei **Einführung der Sozialen Marktwirtschaft** und bei der **Zustimmung zu den Pariser Verträgen** zu verzeichnen gewesen sind. (D)

Dieser Staatsvertrag — darüber ist schon gesprochen worden — wird von den Menschen in der DDR gewünscht.

Sie hatten die Last der vergangenen vier Jahrzehnte zu tragen; wir saßen bequem im „Welttheater“ und konnten den Ereignissen zusehen. Er wird von ihnen auch nicht als Diktat empfunden, sondern als genau jene Hilfestellung, die notwendig ist, um auf dem Weg zur Sozialen Marktwirtschaft voranzukommen.

Selbstverständlich — darüber sind wir uns alle einig — wird das kein einfacher Weg sein. Es wird **Anlaufschwierigkeiten** geben. Aber ich bin der festen Überzeugung, daß wir damit fertig werden. Denn wir haben das ausgesprochene Glück, daß dieses Ereignis zu einem Zeitpunkt stattfindet, zu dem die **wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland** so gut ist, daß sie besser nicht sein könnte. Wie wäre es eigentlich, wenn wir heute die wirtschaftspolitischen Daten des Jahres 1982 und nicht des Jahres 1990 hätten? Bestünde dann nicht tatsächlich der berechtigte Verdacht, daß die nun hinzukommende DDR von den Firmen in der Bundesrepublik Deutschland nur als Markt und als günstige Gelegenheit begriffen werden könnte, um die in der Bundesrepublik Deutschland von heute vorhandenen, aber nicht optimal genutzten Kapazitäten besser nutzen und das zusätzlich Produzierte drüben verkaufen zu können?

So aber haben wir einen Arbeitsmarkt, der trotz Um- und Übersiedlern leergefegt ist, und in Produktionsbetrieben eine **Auslastung der Kapazitäten von**

Tandler (Bayern)

- (A) **über 90 %**, also in einem Ausmaß, wie wir es in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang nie erlebt haben. So gesehen haben wir die besten Chancen, daß auch noch so klug kalkulierende Firmen geradezu gezwungen sind, die neuen Kapazitäten dort zu schaffen, wo auch der neue Markt für den Absatz der damit zu erzeugenden Produkte vorhanden ist.

Auch die **Finanzierung der deutschen Einheit** ist letztlich **kein großes Problem**. Es sind beachtliche Summen, um die es geht. Aber das, was die öffentliche Hand aufzubringen hat, ist darstellbar. Es ist falsch, wenn hier gesagt wird, nur aus parteipolitischen Überlegungen oder Wahlkampfkalkulationen sei eine Finanzierungsmethode gewählt worden, die letztlich dazu führe, daß Steuererhöhungen oder Abgabenerhöhungen nicht notwendig seien.

Ich habe in diesem Zusammenhang auch in der **Finanzministerkonferenz** die Frage gestellt: Wenn es richtig war, die Kosten der Einführung der D-Mark im Jahre 1948 auf einen so großen Zeitraum zu verteilen, daß heute, 42 Jahre danach, erst knapp 50 % dieser Kosten abfinanziert worden sind, warum sollte es dann nicht auch richtig sein, die Kosten der Herbeiführung der deutschen Einheit auf einen größeren Zeitraum so zu verteilen, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland eben keine zusätzlichen Leistungen erbringen und auch nicht irgendwelche Einschränkungen auf sich nehmen müßte? Wäre das denn erwünscht? Will man eine solche Debatte womöglich auch noch führen?

- (B) Ich habe mit großem Interesse gehört, was Herr Ministerpräsident Schröder aus Niedersachsen zu dem Thema des **Generationenkonfliktes in bezug auf die Verfassungssituation** ausgeführt hat. Nein: Die Herbeiführung der deutschen Einheit ist kein finanzielles Problem. Die Wirtschaftsforschungsinstitute des In- und Auslandes sind sich darüber im klaren, daß allein im Bereich der Bundesrepublik von heute ein **zusätzliches Wachstum** von real mehr als 1 % möglich sein wird. Nach den Daten des Jahres 1989 war 1 % zusätzliches Wachstum mit **Steuermehreinnahmen** von rund 8 Milliarden DM für die Gebietskörperschaften von Bund, Ländern und Kommunen verbunden.

Es ist auch nicht so, daß Angst und Kleinmut in der DDR angebracht wären. Dieser Staatsvertrag führt nicht nur die Soziale Marktwirtschaft und die D-Mark ein, sondern gleichzeitig auch das System, jedenfalls die wesentlichen Instrumente des **Systems der sozialen Sicherheit**, die wir heute in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Das alles sind Vorteile für die DDR, von denen andere bisher sozialistisch regierte Staaten, die sich auf den Weg zur Marktwirtschaft gemacht haben, nur träumen können. Voraussetzung ist, daß der **Einigungsprozeß nach Artikel 23** des Grundgesetzes abläuft und uns Verfassungsexperimente mit unserem bewährten Grundgesetz erspart bleiben. Dieses Grundgesetz hat sich bewährt!

Allerdings wird es im Zusammenhang mit der Einheit Deutschlands notwendig werden, das **Grundgesetz** an die aufgrund der Einheit **veränderten Verhältnisse anzupassen**. Ich nenne die Präambel sowie die

Artikel 23 und 146. Wir, d. h. die Bayerische Staatsregierung, gehen davon aus, daß das Wiedervereinigungsgebot mit der Einheit Deutschlands erfüllt, der Kreis der in Artikel 23 genannten Länder überholt und der vorläufige Charakter des Grundgesetzes entfallen sind. Daher wird auch die **Entschliebung zur polnischen Westgrenze von Bayern mitgetragen**.

Wir gehen dabei davon aus, daß die **gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers** der Bundesrepublik Deutschland und **des polnischen Ministerpräsidenten** vom 14. November 1989 auch in ihrem den Rechten der Personen deutscher Abstammung gewidmeten Kapitel voll verwirklicht wird. Die Bayerische Staatsregierung ist davon überzeugt, daß dann auch die Vertriebenen diese Entschliebung akzeptieren können, obwohl es für sie sicherlich, wie schon gesagt wurde, ein sehr bitterer Tag ist.

Die jetzige Entwicklung in Osteuropa bietet die einmalige Chance, den **Ausgleich nach Osten** herbeizuführen, wie dies Konrad Adenauer im Westen bereits in den 50er Jahren erreicht hat — ein Ausgleich, der uns längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Wir alle wissen: Die Einheit Deutschlands kostet einen Preis, an dem wir alle schwer tragen und der für die Heimatvertriebenen besonders bitter ist, eben die **Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens**. Bayern und die CSU haben immer die Rechtspositionen in der deutschen Frage gewahrt. Ich verweise auf das von der Bayerischen Staatsregierung erstrittene **Urteil zum Grundlagenvertrag**, das uns von Herrn Oskar Lafontaine den Vorwurf der „Deutschtümelei“ eintrug. Bayern hat den Willen zur Einheit der Nation auch noch lebendig erhalten, als andere politische Kräfte die deutsche Einheit als „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“, als „Utopie“ oder als „Wiedervereinigungsgequatsche“ bezeichnet haben. Ich erspare es mir, die Fundstellen zu nennen.

Wir treten für das **Recht auf Selbstbestimmung** ein und fordern, daß alle Völker und Volksgruppen in Europa dort, wo sie leben, ihre Identität wahren, pflegen und erhalten können. Wenn in einem künftigen Europa, wie wir es anstreben, überall Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gewährleistet werden, wenn die Staaten Europas immer mehr zusammenwachsen, dann verlieren Grenzen, deren Anerkennung jetzt noch schwerfällt, zunehmend ihre Bedeutung.

Es ist von einer gewissen Symbolik, daß in diesen Tagen, in denen im Deutschen Bundestag und jetzt im Bundesrat über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens gesprochen wird, auch das zweite **Schengener Abkommen** unterzeichnet wurde, dessen Inhalt letztlich die Grenzen zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und den drei Benelux-Staaten weitgehend überflüssig macht.

Die Bayerische Staatsregierung erwartet daher, daß in dem zwischen einem vereinigten Deutschland und Polen abzuschließenden Vertrag die **Volksgruppenrechte** der in Polen lebenden Deutschen **festgeschrieben** werden. Im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens der Völker in Europa muß es auch für die polnische Bevölkerung selbstverständlich werden, daß Deutsche auf ihrem Staatsgebiet wohnen, ihre

Tandler (Bayern):

- (A) eigene Sprache sprechen und ihre kulturelle Identität bewahren können.

Dies ist heute in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft eine Selbstverständlichkeit. Bürger der EG aus verschiedenen Mitgliedstaaten können in anderen Mitgliedstaaten leben, ohne daß sie in irgendeiner Weise einer Diskriminierung unterliegen. Das heißt auch, daß sie Eigentum an Grund und Boden und an Produktionsmitteln haben können.

Wir halten es für besonders wichtig, daß in der Entscheidung nicht nur auf die Verbrechen am polnischen Volk hingewiesen wird, sondern auch auf das große Unrecht, das Millionen von Deutschen durch die Vertreibung aus ihrer angestammten Heimat geschehen ist. Denn Grundvoraussetzung für eine wirkliche Freundschaft und eine gute Nachbarschaft ist das **Bekenntnis zur ganzen geschichtlichen Wahrheit**. Wir Deutschen haben uns dazu bekannt, wieviel Leid und Unglück von uns in der jüngsten Vergangenheit ausgegangen ist. Wir erwarten das auch von anderen Völkern. Die **Wahrheit** ist eine **Vorstufe der Versöhnung**. Nur wenn die Menschen die historische Wahrheit kennen — vor allem auch die jungen Menschen, die die Vergangenheit nicht persönlich erlebt haben —, wird die wirkliche Aussöhnung in das Volk hineingetragen. Dann kann sie auch an nachfolgende Generationen als Lehre für eigenes Verhalten weitergegeben werden.

- (B) Meine Damen und Herren, die Ereignisse und Festnahmen der letzten Tage in der DDR machen eines deutlich: Wahrheitsgemäße Aufklärung über die Vergangenheit ist auch in der DDR notwendig. Wer Strafbares getan hat, muß auch zur Rechenschaft gezogen werden. Die alten, zum Teil noch heute **stalinistischen Strukturen** in der Ostberliner Verwaltung, in der Justiz und in anderen Bereichen, die auch weiterhin vorhanden sind — die einstigen Unterdrücker sind zum Teil noch in Amt und Würden —, müssen **beseitigt** werden. Die politische Erneuerung kann im Innern nur dann gelingen, wenn diese Strukturen zerschlagen und möglichst bald durch funktionsfähige Strukturen der neu zu errichtenden Länder beseitigt werden.

Ein starker **Föderalismus** mit der Wiederherstellung der Länder Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, ist die **Garantie für Demokratie und Freiheit**. Der Föderalismus ist ein sicheres Fundament für das Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands. Auch hier darf nicht von der bewährten Ordnung des Grundgesetzes abgewichen werden. Herr Bürgermeister Voscherau, Bayern steht nicht im Verdacht, bei der Bewahrung föderalistischer Prinzipien ihm politisch nahestehende Bundesregierungen besonders zu schonen. Das wird auch in diesem Falle nicht geschehen. Wir erwarten daher, daß die Länder im weiteren Einigungsprozeß umfassend und gleichgewichtig mitwirken können.

Das gleiche muß auch bei der Durchführung des heutigen Staatsvertrages im Gemeinsamen Regierungsausschuß gelten. Ebenfalls sind wir bereit, beim **Wiederaufbau der Länderverwaltungen und der Landesparlamente** in der DDR Verantwortung zu übernehmen, wenn dies von der DDR bzw. von den

dort neu zu errichtenden Ländern gewünscht wird. (C) Wir sind zu dieser Hilfe sehr gerne bereit. Bayern hat immer seine deutsche und europäische Verantwortung gekannt. Wir werden auch in Zukunft dazu stehen.

Wir stehen vor einer Zukunft, die noch vor wenigen Jahren als reine Utopie erklärt worden wäre. Die Herbeiführung der deutschen Einheit — darin gebe ich dem Redner recht, der das vorhin gesagt hat — und die Herbeiführung des Gemeinsamen Marktes, die Weiterführung des europäischen Einigungsprozesses müssen bei uns in gleichem Maße vorangetrieben werden. Wenn das Ausmaß an Aussöhnung und Ausgleich, was im Westen möglich war — ich habe vorher gesagt, daß das zur Selbstverständlichkeit geworden ist —, nun im Osten möglich wird, ist das wahrhaftig eine Zukunftsaussicht, um die uns andere Generationen beneidet hätten.

Präsident Momper: Danke schön, Herr Kollege!

Das Wort hat nunmehr der stellvertretende Ministerpräsident des Saarlandes, Herr Kollege Kasper. Bitte schön!

Kasper (Saarland): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um eines gleich am Anfang klar und deutlich sagen und, wie auch Gerhard Schröder erklärt hat, einer Legendenbildung vorzubeugen: Das **Saarland**, das mit seinem Beitritt zur Bundesrepublik den eigentlich ersten Schritt zur Verwirklichung der deutschen Einheit getan hat, tritt uneingeschränkt für die **Vereinigung der beiden deutschen Staaten** ein. (D) Die Saarländische Landesregierung befürwortet die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zum frühestmöglichen verantwortbaren Termin. Genauso klar füge ich hinzu: Wir sind für die Einheit; wir halten aber den eingeschlagenen Weg für falsch.

Herr Bundesminister Seiters, unser Nein zum Staatsvertrag ist nicht parteipolitisch und schon gar nicht parteitaktisch gemeint. Ich werde versuchen, dies sachlich zu begründen. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß der Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, in der Frage der **Übersiedler** und auch in der Frage der **Abrüstung** als erster eine gesamtdeutsche Sicht in die Diskussion gebracht hat. Wenn Sie heute sagen: Wir wollen einmal abwarten, was die Geschichtsbücher über diesen Vorgang und über Oskar Lafontaine schreiben werden, so meine ich, das sollten wir in der Tat sehr ruhig abwarten. Dann werden sich manche, die heute noch gegenüber den von ihm vertretenen Positionen recht skeptisch sind, noch wundern.

Aber ich bin hier angetreten, um die Position des Saarlandes sachlich zu begründen. Nach unserer Auffassung ist die Erlangung der deutschen Einheit kein Wert, der für sich allein bestehen kann. Am Ende dieses Einigungsprozesses müssen **gleichwertige Lebensverhältnisse** und **gleiche Chancen** für alle Bürger im geeinten Deutschland stehen. Dabei geht es, Herr Ministerpräsident Dr. Wagner, nicht nur um angemessene individuelle Einkommen, sondern für die Zukunft ist entscheidend, eine **gerechte, demokratische Ordnung** zu finden, die von allen Bürgern des künftigen Deutschlands als Grundlage ihres gemeinsamen

Kasper (Saarland)

- (A) Staates akzeptiert werden kann. Deshalb muß der Einigungsprozeß nach unserer Auffassung auch von den Bürgerinnen und Bürgern der beiden deutschen Staaten getragen werden und sich nach ihrem Willen vollziehen. Hier sind — dies möchte ich vorausschicken — erhebliche Defizite festzustellen, da dieser Prozeß zumindest in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend über die Köpfe der Bürger hinweg betrieben wurde und auch weiterhin betrieben wird.

Das Saarland verfügt, da es als bisher einziges Land auf dem nunmehr auch für die DDR vorgesehenen Weg über Artikel 23 Grundgesetz zur Bundesrepublik gefunden hat, über **besondere Erfahrungen**, wie sich eine solche einschneidende Veränderung auf den beitretenden Staat auswirkt. Gerade diese Erfahrungen verpflichten uns dazu — im Interesse der Bürger der DDR und im Interesse der Bürger der Bundesrepublik —, unsere Kritik am Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungsunion, einer Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zu äußern.

- (B) Ich weise auf folgendes hin: Vor dem Vollzug seines Beitritts am 1. Januar 1957 war das Saarland, wie Sie wissen, ein eigenständiger Staat, der **mit Frankreich in einer Wirtschafts- und Währungsunion verbunden** war. Der saarländischen Industrie, die infolge dieses Verbundes ihr Hauptabsatzgebiet in Frankreich hatte, wurde nach diesem politischen Beitritt eine **zweieinhalbjährige Übergangszeit** eingeräumt. Erst nach über zweieinhalb Jahren, am 6. Juli 1959, wurde die D-Mark im Saarland eingeführt. Während dieser Übergangszeit blieb das Saarland Teil des französischen Wirtschafts- und Währungsraumes, erhielt aber gleichzeitig die Möglichkeit, sich auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik einzustellen. Diese Schonfrist, in der eine Reihe von unterstützenden Maßnahmen eingeleitet wurde, sollte es der saarländischen Wirtschaft ermöglichen, neue Märkte in der Bundesrepublik zu erschließen, ohne ihre Westbindungen zu verlieren.

Trotz dieser Maßnahmen gelang der wirtschaftliche Übergang nur unvollkommen. Die **Übergangszeit** erwies sich als **zu kurz**. Ich zitiere dazu aus dem **Saar-Memorandum** von 1967, das unter dem damaligen Ministerpräsidenten Dr. Franz-Josef Röder vorgestellt und auch verabschiedet wurde. In dem Saar-Memorandum von 1967 ist zu lesen:

Die Übergangszeit

— von zweieinhalb Jahren —

erwies sich als zu kurz, um die durch ein langes politisches Schicksal erworbenen Strukturschwächen und Standortnachteile zu beseitigen und ein dauerhaftes Schritthalten mit anderen Regionen zu gewährleisten.

Im Gegensatz zum Saarland soll in der DDR nicht der politische Beitritt zur Bundesrepublik am Anfang der Vereinigung stehen, sondern die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Obwohl die DDR einen wesentlich größeren Wirtschaftsraum als das Saarland darstellt, obwohl ihre Wirtschaft bislang planwirtschaftlich strukturiert und damit sehr viel weniger auf marktwirtschaftliche Gegebenheiten eingestellt ist, als es die saarländische im Jahre 1957 war, obwohl die Wirtschaft der DDR in hohem Maße ost-

orientiert ist, obwohl das Verkehrs- und Kommunikationsnetz der DDR in keiner Weise bundesdeutschen Standards entspricht, soll sich die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion völlig **ohne Schutz- und Übergangsfristen** vollziehen.

Aus unseren Erfahrungen heraus sehen wir in der abrupten Einführung der D-Mark zum 1. Juli 1990 ohne Schutz- und Umstellungsfristen, ohne ausreichende Anpassungsmaßnahmen für die Unternehmen in der DDR ein unübersehbares Risiko, das nicht nur die Bürger in der DDR, sondern mittelbar auch die Bürger in der Bundesrepublik treffen wird. Die Einführung der Währungsunion ab 1. Juli wird für die in hohem Maße vom Osthandel abhängige DDR-Wirtschaft kurz- und mittelfristig **tiefgehende Einschnitte** bringen; Absatzgebiete im Westen werden zu diesem Zeitpunkt noch nicht in nennenswertem Umfang zur Verfügung stehen.

Auf dem Gebiet der DDR selbst — das ist in der heutigen Debatte auch schon angeklungen — werden die DDR-Produkte unvermittelt in einen Wettbewerb mit den Erzeugnissen aus der Bundesrepublik und der übrigen westlichen Welt geraten. Die beabsichtigte **Sondersteuer** auf die Einfuhr ausgewählter Konsumgüter, die ohnehin nur für eine kurze Zeit erhoben werden soll, wird angesichts der Attraktivität westlicher Produkte nur einen sehr **geringen Schutzeffekt** entfalten. Damit sind der Zusammenbruch von im Grunde längerfristig wettbewerbsfähigen Unternehmen und eine **drastische Erhöhung der Arbeitslosigkeit** in der DDR **vorprogrammiert**.

(D) Nach den Erfahrungen, die bei der Wiedereingliederung des Saarlandes gemacht worden sind, wäre es nach unserer Auffassung vernünftiger gewesen, vor der Einführung der D-Mark in der DDR über strukturelle Reformen zunächst einmal die **Wettbewerbsfähigkeit** der DDR-Wirtschaft herzustellen und sie an bundesdeutsche Standards langsam heranzuführen. Wir sagen aus unseren Erfahrungen heraus genauso deutlich: Nicht die Währungsunion ist Voraussetzung für das Gelingen dieser notwendigen Strukturreform; im Gegenteil: Das Gelingen der Strukturreform ist die Voraussetzung für das Gelingen der Wirtschafts- und Währungsunion. Die nun beabsichtigte Durchführung des zweiten Schrittes vor dem ersten muß in der Wirtschaft der DDR zwangsläufig zu schweren Verwerfungen und bei der Bevölkerung zu starken sozialen Einschnitten führen.

Ohne die Erfahrungen aus der Vergangenheit zu nutzen, **gegen den Rat der Bundesbank, gegen die Empfehlungen des Sachverständigenrates** hat die Bundesregierung im Alleingang mit der DDR die Schaffung einer übergangslosen Wirtschafts- und Währungsunion vereinbart. Von diesen Verhandlungen hat sie die Länder — auch das ist heute mehrfach gesagt worden —, aber auch weitgehend den Bundestag und die Opposition, ausgeschlossen, indem sie in den vergangenen Monaten als Expertengespräche ausgegeben hat, was in Wirklichkeit Verhandlungen zwischen den Regierungen waren. Die Angebote der Opposition und der Bundesländer, die Vereinigung verantwortlich mitzugestalten, hat sie selbstherrlich zurückgewiesen.

Kasper (Saarland)

- (A) Erst die Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und der Druck der sozialdemokratisch regierten Länder haben dazu geführt, daß sich die Bundesregierung mit der Opposition im Bundestag auf Nachverhandlungen eingelassen hat. Diese **Verhandlungen** haben zum Teil zu **echten Verbesserungen** geführt.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt deutlich machen: Auch die Verhandlungen mit den Ländern über den **Fonds „Deutsche Einheit“** möchte ich von meiner Kritik ausdrücklich ausnehmen. Ich meine, mit der Entscheidung über diesen Teilbereich der Finanzierung der Kosten der Vereinigung ist – zumindest aus Ländersicht, aber ich höre, auch aus Bundessicht – insgesamt ein **akzeptabler Kompromiß** gelungen. Ich habe auch stets deutlich gemacht, daß das Saarland – genauso wie Bremen – trotz seiner Haushaltsnotlage bereit ist, seinen Beitrag zur Finanzierung dieser Kosten zu leisten.

Auch der Bundesregierung ist inzwischen klargeworden, daß in der Bevölkerung Vorbehalte gegen den von ihr eingeschlagenen Verhandlungsweg und das Tempo der Vereinigung bestehen. Wie sonst wäre zu erklären, daß sie 25 Millionen DM für Öffentlichkeitsarbeit ausgeben will, um – so heißt es in der Begründung für diese Öffentlichkeitsmaßnahmen wörtlich – „bei der Bevölkerung in der DDR Ängste abzubauen und den Menschen in der Bundesrepublik die mit dem Einigungsprozeß verbundenen Zukunftschancen zu verdeutlichen“.

- (B) Die Ergebnisse der Nachverhandlungen zwischen Regierung und Opposition – so erfreulich sie zum Teil sind – lassen nach unserer Auffassung angesichts der von mir aufgezeigten Risiken eine Zustimmung zu diesem Staatsvertrag und damit eine Übernahme der Verantwortung für seine Folgen nicht zu.

Wir wissen, daß wir die Währungsunion zum 1. Juli dieses Jahres nicht verhindern können, und wir wollen dies auch nicht. Nach allen von der Bundesregierung bei der Bevölkerung der DDR geweckten Erwartungen und bei den bereits geschaffenen Fakten wäre es auch unverantwortlich, die Einführung der D-Mark zum vorgesehenen Zeitpunkt nunmehr auszusetzen.

Es ist jedoch unsere Pflicht, Herr Bundesminister Seiters, aus unseren Erfahrungen heraus den Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik deutlich zu sagen, zu welchen **sozialpolitischen Verwerfungen** die Politik der Bundesregierung führt und welche Lasten sie ihnen aufbürdet. Nur wenn die Risiken dieser Politik so früh wie möglich erkannt werden, lassen sich Wege aus dem Dilemma finden, in das uns die Bundesregierung hineingeführt hat.

Ich wiederhole noch einmal: Unser Nein zum Staatsvertrag ist **kein Nein zur deutschen Einheit**. Es ist ein Nein zu dem von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg; es ist ein Zeichen, daß wir es – aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus – ablehnen, die Verantwortung für von uns vorausgesehene Risiken mitzutragen, die allein der Bundesregierung anzulasten sind.

Dieses Nein zum Staatsvertrag ist gleichzeitig eine Mahnung an die Bundesregierung, bei dem nunmehr

kommenden zweiten Staatsvertrag über beiden weiteren Regelungen – in welcher Form auch immer – womit die politische Einheit vollzogen werden soll, **nicht erneut ohne oder gar gegen die Bundesländer zu verhandeln**.

Wir haben bereits konkrete Betürchtungen, daß die Bundesregierung erneut in ihren bisherigen Fehler verfallen wird. Während der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Seiters, und gestern Frau Bundesminister Wilms im Innerdeutschen Ausschuß gegenüber den Ländern erklärten, es gebe für einen solchen zweiten Staatsvertrag oder für welche Regelungen in welcher Form auch immer noch keine konkreten Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, ist bekanntgeworden, daß das **Konzept** eines solchen Vertrages **bereits** mit der Regierung der DDR **vorbesprochen** wird. Unter Fristsetzung von wenigen Tagen sollen dann die Länder in Bereichen, die zu ihren ureigensten Kompetenzen gehören, z. B. zum Bereich der Bildungspolitik, zu den Entwürfen der Bundesregierung Stellung nehmen. Dieses Verfahren, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, weckt kein Vertrauen in die Kooperationsbereitschaft der Bundesregierung.

Ich fordere die Bundesregierung im Namen der Saarländischen Landesregierung auf, im Interesse des Föderalismus, im Interesse der Demokratie und der Zukunft unseres Staates die Länder, aber auch die Opposition im Bundestag frühzeitig in die Verhandlungen einzubeziehen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich auch die Bürgerinnen und Bürger **an der Gestaltung des Einheitsprozesses zu beteiligen**. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ruft in seiner **Präambel** das gesamte deutsche Volk dazu auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. **Artikel 146** Grundgesetz bestimmt, daß die Verfassung des künftigen, geeinten Deutschlands von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen wird. Eine Einigung, die allein von den Regierungen ohne unmittelbare Beteiligung des Volkes durch Staatsverträge begründet wird, kann diesen Ansprüchen nicht gerecht werden.

Wenn der Einigungsprozeß gelingen soll, wenn die beiden deutschen Staaten zu einem einzigen Gemeinwesen zusammenwachsen sollen, das alle Bürger als ihren Staat anerkennen, wie ich eingangs sagte, mit dem sie sich dann auch identifizieren können, so müssen die künftigen Bürger dieses Staates an dessen Gründung aktiv mitwirken können. Dies entspricht der demokratischen Tradition unserer Republik; dies entspricht auch dem Buchstaben und dem Geist unseres Grundgesetzes. – Vielen Dank.

Präsident Momper: Vielen Dank, Herr Kollege Kasper!

Das Wort hat nunmehr Frau Senatorin Dr. Rüdiger (Freie Hansestadt Bremen). Bitte, Frau Kollegin!

Frau Dr. Rüdiger (Freie Hansestadt Bremen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren, meine Damen! Angesichts der mehrstündigen, sehr langen und ausführlichen Debatte, in der die Argumente weitgehend ausgetauscht worden sind, ist es nun für die

Frau Dr. Rüdiger (Freie Hansestadt Bremen):

- (A) Freie Hansestadt Bremen möglichst in Kürze ihre Position zu erklären.

Bremen schließt sich den kritischen Würdigungen der Art und Weise, wie die Bundesregierung das Zustandekommen des Staatsvertrages und seines Ratifizierungs-Gesetzentwurfs betrieben hat, an und bemängelt insbesondere das von der Bundesregierung zu vertretende **Beteiligungsdefizit**, durch das die Länder zurückgesetzt und an einer umfassenden sowie gleichberechtigten Mitwirkung gehindert worden sind.

Auch Bremen sieht darin einen **Verstoß gegen das föderative Prinzip** des Grundgesetzes und ein schlechtes Beispiel für die Zukunft des Föderalismus. Wir meinen, daß jetzt um so mehr mit Nachdruck darauf zu achten und zu fordern ist, daß sich dieses Vorgehen nicht ein weiteres Mal wiederholt.

Die **föderative Struktur** ist ein **Grundpfeiler der Vereinigung** der beiden deutschen Staaten. Der Umstand, daß auf dem Gebiet der DDR wieder Länder errichtet werden, unterstreicht die **Lebenskraft gewachsener Strukturen** und bestärkt uns erneut in der Erkenntnis, daß historisch gewachsene Bezüge und die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Gebietskörperschaft rasterhaften, nivellierenden und in Wirklichkeit pseudo-föderalen Planspielen weit überlegen sind.

- (B) Denn Föderalismus bedeutet nicht nur, daß Länder existieren, sondern zugleich die Existenz verschiedenartiger — auch: verschieden großer — Länder und ihre gleichberechtigte Mitgestaltung auch bei der Schaffung der neuen staatlichen Einheit. Der Begriff „Mitgestaltung“ wirft schon ganz bestimmte Kriterien auf, die zu beachten sind. Das ist wesentlich mehr als Information oder Beteiligung von wenigen Vertretern in einem bestimmten Gremium.

Zweitens erkläre ich für Bremen: Unter Verweis auf den vorliegenden gemeinsamen Entschließungsantrag der sozialdemokratisch regierten Länder erklärt **Bremen seine Zustimmung zum Staatsvertrag** und zum gesamten Staatsvertragswerk.

Präsident Momper: Schönen Dank, Frau Kollegin. — Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Zur Abstimmung liegen die Empfehlungen der Ausschüsse in Drucksache 380/1/90 vor.

Wir beginnen — wie besprochen — mit der Abstimmung über die Entschließungen.

Zuerst stimmen wir über die Entschließung zur deutsch-polnischen Grenze unter Ziffer 1 der Empfehlungsdruksache ab. Es ist Abstimmung durch Aufruf der Länder beantragt worden. Ich bitte den Schriftführer, die Länder aufzurufen. Die Abstimmungsfrage lautet: Wer stimmt der Ziffer 1 zu?

Dr. Krumsiek (Nordrhein-Westfalen), Schriftführer:

Baden-Württemberg	Ja
Bayern	Ja
Berlin	Ja
Bremen	Ja

Hamburg	Ja
Hessen	Ja
Niedersachsen	Ja
Nordrhein-Westfalen	Ja
Rheinland-Pfalz	Ja
Saarland	Ja
Schleswig-Holstein	Ja

Präsident Momper: Damit ist die **Entschließung einstimmig angenommen**, weil ihr alle Länder zugestimmt haben.

Nun rufe ich die Entschließung unter Ziffer 2 auf. Ist beantragt worden, erneut länderweise abzustimmen? — Nein, das ist nicht verlangt worden. Gut, dann reicht es, durch Handaufheben abzustimmen.

Wer also der Entschließung unter Ziffer 2 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Damit ist die **Entschließung** unter Ziffer 2 **angenommen**.

Für Ziffer 3 der Ausschußempfehlungen, also Zustimmung zum Ratifizierungsgesetz, ist ebenfalls die Abstimmung durch Aufruf der Länder beantragt worden.

Die Abstimmungsfrage lautet hier: Wer stimmt dem Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu? — Bitte schön, Herr Kollege!

(D)

Dr. Krumsiek (Nordrhein-Westfalen), Schriftführer:

Baden-Württemberg	Ja
Bayern	Ja
Berlin	Ja
Bremen	Ja
Hamburg	Ja
Hessen	Ja
Niedersachsen	Nein
Nordrhein-Westfalen	Ja
Rheinland-Pfalz	Ja
Saarland	Nein
Schleswig-Holstein	Ja

Präsident Momper: Der Bundesrat hat mithin **dem Gesetz** zu dem Vertrag vom 18. Mai über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion **zugestimmt**.

Meine Damen und Herren, mit dem gebilligten Staatsvertrag werden die DDR und die Bundesrepublik am 1. Juli, also in wenigen Tagen, auf wichtigen Gebieten des staatlichen Lebens wieder zusammenwachsen.

Es ist ein entscheidender Schritt hin zur deutschen Einheit. Bei allen berechtigten Besorgnissen über die Probleme, die die Umstellung in der DDR vor allem für eine Übergangszeit bringen wird: Kleinmut ist nicht das Gebot der Zeit, sondern Tatkraft und Solidarität!

Wir alle sind dazu aufgerufen, die Chancen zu nutzen, die uns die Geschichte so plötzlich eröffnet hat.

Präsident Momper

(A) Ich rufe sodann den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1990

(Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1990) (Drucksache 381/90).

Dazu wird, wie ich sehe, das Wort nicht gewünscht.

Der Finanzausschuß empfiehlt, zu dem Gesetz einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen. Auch ein Landesantrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses liegt nicht vor.

Daraufhin stelle ich fest, daß der Bundesrat zu dem Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 1990 **einen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes nicht stellt.**

Zur **gemeinsamen Abstimmung** gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung rufe ich die in dem **Umdruck 6/90 *)** zusammengefaßten Beratungsgegenstände auf. Es sind dies die **Tagesordnungspunkte:**

3, 4, 6, 7, 10, 14 bis 17, 21, 26 bis 28, 35, 37 bis 45, 48 bis 50, 54, 56, 59, 61 bis 65, 68, 69, 71, 72, 74 und 75.

Das schafft schön was weg.

(Heiterkeit)

Wer den **Empfehlungen der Ausschüsse** folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Dieses war erwartungsgemäß die Mehrheit. Damit ist es so **beschlossen.**

(B)

Erklärungen zu Protokoll **) haben abgegeben: zu Tagesordnungspunkt 4 Frau **Ministerin Rühmkorf** (Schleswig-Holstein), zu Punkt 14 Herr **Minister Kasper** für Minister Dr. Walter (Saarland) und zu Punkt 28 Herr **Staatssekretär Dr. Schaumann** aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

Wir sind dankbar dafür, daß dies im abgekürzten Verfahren möglich ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Gesetz über die neunzehnte Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz sowie zur Änderung weiterer sozialrechtlicher Vorschriften (**KOV-Anpassungsgesetz 1990** — KOVAnpG 1990) (Drucksache 414/90).

Berichtersteller für den Vermittlungsausschuß ist Herr Senator Grobecker (Freie Hansestadt Bremen). — Bitte schön, Sie haben das Wort zur Berichterstattung!

Grobecker (Bremen), Berichtersteller: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis; aber der Vermittlungsausschuß trainiert in diesen Tagen seine Existenz. Deshalb hat er über die vier Anrufungsgründe des Bundesrates

zum Kriegsopferversorgungs-Anpassungsgesetz 1990 am 18. Juni 1990 beraten. Zu den Empfehlungen des Ausschusses, die Ihnen in der Bundestags-Drucksache 11/7402 vorliegen, berichte ich in aller Kürze:

Der erste Anrufungsgrund hatte zum Ziel, die häusliche Krankenpflege zur Sicherung der ärztlichen Behandlung als Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen zu verankern. Dies hätte die Krankenkassen mit Mehrausgaben von bis zu 17 Milliarden DM belastet.

(Vorsitz: Amtierender Präsident
Dr. Eyrich)

Der Vermittlungsausschuß empfiehlt deshalb, nur die **Behandlungspflege** zur **Pflichtleistung** der Krankenkassen zu machen und die **Grundpflege** sowie die **hauswirtschaftliche Versorgung** wie bisher als **freiwillige Satzungsleistung** zu belassen. Diese Kompromißregelung erlegt den Kassen immerhin noch Mehrbelastungen in einer Größenordnung von 1 Milliarde DM auf.

Diese **Mehrkosten** für die medizinische Behandlungspflege werden in den **Finanzausgleich der Rentnerkrankenversicherung einbezogen**. Dadurch wird erreicht, daß Kassen mit einem überdurchschnittlichen Anteil älterer Versicherungsnehmer für die Kosten der Behandlungspflege einen Ausgleich erhalten.

Die zweite Empfehlung des Vermittlungsausschusses dient der Vereinfachung des Gesetzesvollzugs in den Ländern bei der Genehmigung der Durchführung **künstlicher Befruchtungen**. Dem **Anrufungsbegehren** des Bundesrates wird hier **voll entsprochen.**

(D)

Die dritte Empfehlung des Vermittlungsausschusses bezieht sich auf die vom Bundesrat geforderte **Einbeziehung aller Rehabilitationsleistungen** in den **Finanzausgleich der Rentnerkrankenversicherung**. Hierzu schlägt der Vermittlungsausschuß vor, lediglich die Kosten für **Anschlußheilbehandlungen** **finanzausgleichsfähig** zu stellen. Damit wird erreicht, daß die unmittelbar nach einer Krankenhausbehandlung stationär durchgeführten Rehabilitationsmaßnahmen kostenmäßig in den Belastungsausgleich der Krankenversicherung der Rentner einfließen. Dieses bewirkt — wie bei der Behandlungspflege — eine **gleichmäßigere Belastung der Beitragszahler.**

Der vierte Vorschlag des Vermittlungsausschusses sieht die notwendige Regelung hinsichtlich des Zeitpunktes des Inkrafttretens vor.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu einem weiteren Anrufungsbegehren des Bundesrates hat der Vermittlungsausschuß keinen Vorschlag gemacht. Es geht um Fragen der Abgrenzung, des Bedarfs und der Standorte bei **medizinisch-technischem Großgerät** im ambulanten und stationären Bereich. Die geltende Regelung ist nach Auffassung des Vermittlungsausschusses verbesserungsbedürftig. Dieses bedarf indes noch genauer Prüfung und Abwägung. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat zugesagt, diese Prüfung vorzunehmen und als Ergebnis einen **Referentenentwurf** für eine entsprechende Gesetzesänderung **bis zum 15. September 1990** vor-

*) Anlage 1

**) Anlagen 2 bis 4

Grobecker (Bremen)

- (F) zulegen. Der Vermittlungsausschuß hat deshalb hier von einem Vermittlungsvorschlag abgesehen.

Der Deutsche Bundestag ist dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses gefolgt. Ich bitte den Bundesrat, den Vorschlägen des Vermittlungsausschusses ebenfalls zu folgen und damit das Gesetz passieren zu lassen.

Amtierender Präsident Dr. Eyrich: Vielen Dank, Herr Senator Grobecker! — Gibt es weitere Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Gesetz in der aufgrund des Vermittlungsverfahrens geänderten Fassung gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **beschlossen, dem Gesetz zuzustimmen.**

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Viertes **Agrarsoziales Ergänzungsgesetz** (4. ASEG) (Drucksache 375/90, zu Drucksache 375/90).

Gibt es dazu Wortmeldungen? — Eine **Erklärung zu Protokoll** *) gibt Herr **Parlamentarischer Staatssekretär Seehofer** (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung).

- (B) Wir kommen dann zur Abstimmung über die Ihnen in der Drucksache 375/1/90 vorliegende Ausschlußempfehlung sowie über den Antrag Nordrhein-Westfalens in der Drucksache 375/2/90. Beide haben aus verwandtem Grund die Anrufung des Vermittlungsausschusses zum Ziel. Wir stimmen zunächst über die Ausschlußempfehlung ab.

Wer also die Einberufung des Vermittlungsausschusses aus dem in der Drucksache 375/1/90 angeführten Grund verlangen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist eine Minderheit.

Dann bitte ich um das Handzeichen für den Antrag Nordrhein-Westfalens in der Drucksache 375/2/90. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **beschlossen, die Einberufung des Vermittlungsausschusses** aus diesem Grunde **zu verlangen.**

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Zweites Gesetz zur **Verbesserung des Wahlrechts** für die **Sozialversicherungswahlen** (Drucksache 376/90).

Liegen Wortmeldungen vor? — Das ist nicht der Fall. — Eine **Erklärung zur Protokoll** **) gibt Herr **Parlamentarischer Staatssekretär Seehofer** (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung).

Wir kommen zur Abstimmung über die Ihnen in der Drucksache 376/1/90 vorliegende Ausschlußempfehlung, die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu verlangen.

Wer also die Einberufung des Vermittlungsausschusses aus dem in der Drucksache 376/1/90 angeführten Grund verlangen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **beschlossen, die Einberufung des Vermittlungsausschusses zu verlangen.**

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur **Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes** (Drucksache 379/90).

Gibt es hierzu Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall. — **Erklärungen zu Protokoll** *) geben ab: Herr **Minister Professor Bull** (Schleswig-Holstein), **Minister Kasper** für Minister Läßle (Saarland), **Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Waffenschmidt** (Bundesministerium des Innern).

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu liegen vor: die Empfehlungen der Ausschüsse in Drucksache 379/1/90 sowie zwei Landesanträge in den Drucksachen 379/2 und 3/90.

Da die Anrufung des Vermittlungsausschusses aus mehreren Gründen begehrt wird, ist zunächst allgemein festzustellen, ob eine Mehrheit für die Anrufung des Vermittlungsausschusses vorhanden ist.

Wer allgemein für Anrufung des Vermittlungsausschusses ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Dann ist jetzt über die Anrufungsgründe im einzelnen zu entscheiden.

Wir beginnen mit den Ausschlußempfehlungen zu Artikel 1, dem Bundesdatenschutzgesetz. (D)

Wer stimmt den Ziffern 1 bis 16 der Ausschlußempfehlungen zu? — Das ist die Mehrheit.

Wir kommen dann zu den Artikeln 2 bis 4, den Bestimmungen über Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und MAD.

Wir beginnen mit dem Antrag des Saarlandes in Drucksache 379/3/90. Bei Annahme erübrigt sich eine gesonderte Abstimmung über die Ziffern 17 bis 37 der Ausschlußempfehlungen.

Wer stimmt dem Antrag des Saarlandes in Drucksache 379/3/90 zu? — Das ist die Minderheit.

Dann zurück zu den Ausschlußempfehlungen! Wer ist für die Ziffern 17 bis 37? — Das ist die Mehrheit.

Nun zum Antrag von Nordrhein-Westfalen in Drucksache 379/2/90. Wer stimmt zu? — Das ist die Mehrheit.

Danach hat der Bundesrat **beschlossen, zu dem Gesetz gemäß Artikel 77 Abs. 2 GG die Einberufung des Vermittlungsausschusses** aus den soeben festgelegten Gründen **zu verlangen.**

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

a) Gesetz über den **Auswärtigen Dienst** (GAD) (Drucksache 384/90)

b) Dienst- und besoldungsrechtliches Begleitgesetz zum Gesetz über den Auswärtigen Dienst (**Begleitgesetz Auswärtiger Dienst** — BGAD) (Drucksache 385/90).

*) Anlage 5

**) Anlage 6

*) Anlagen 7 bis 9

Amtierender Präsident Dr. Eyrich

(A) Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen zunächst über **Punkt 12 a)** ab. Die Ausschüsse empfehlen, dem Gesetz zuzustimmen. Wer ist dafür? — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat dem Gesetz gemäß Artikel 74 a Abs. 3 des Grundgesetzes **zugestimmt**.

Ich rufe jetzt **Punkt 12 b)** auf. Auch zu diesem Gesetz empfehlen die Ausschüsse Zustimmung. Wer ist dafür? — Das ist die Mehrheit.

Der Bundesrat hat somit **dem Gesetz** gemäß Artikel 74 a des Grundgesetzes **zugestimmt**.

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur **Aufhebung des Aufnahmegesetzes** (Drucksache 388/90).

Gibt es Wortmeldungen hierzu? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß für Innere Angelegenheiten empfiehlt dem Bundesrat, dem Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes zuzustimmen. Weiter liegt ein Antrag Bayerns in Drucksache 388/1/90 für eine Entschliebung vor.

Wer dem Gesetz **zustimmen** möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit. Dann ist so **beschlossen**.

Es bleibt über den Entschliebungsantrag Bayerns in Drucksache 388/1/90 abzustimmen. Wer stimmt zu? — Das ist die Mehrheit.

Damit ist der **Entschliebungsantrag angenommen**.

(B) Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur **Verbesserung der Rechtsstellung des Mieters** bei Begründung von Wohnungseigentum an vermieteten Wohnungen (Drucksache 389/90).

Gibt es Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall. — Je eine **Erklärung zu Protokoll ***) geben ab: Herr **Staatssekretär Sauter** aus Bayern und **Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Jahn** (Bundesministerium der Justiz).

Wir kommen zur Abstimmung. Die Empfehlungen der Ausschüsse sind aus Drucksache 389/1/90 ersichtlich.

Ein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses liegt nicht vor. Damit kommt die bedingte Empfehlung unter Ziffer 2 nicht zum Zuge.

Ich stelle danach fest, daß der Bundesrat — wie unter Ziffer 1 empfohlen — **einen Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses** gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes **nicht stellt**.

Punkt 19 der Tagesordnung:

Drittes Gesetz zur Änderung des **Abwasserabgabengesetzes** (Drucksache 390/90, zu Drucksache 390/90)

Liegen Wortmeldungen vor? — Das ist nicht der Fall. — **Erklärungen zu Protokoll **)** haben abgegeben: Herr **Minister Kasper** für Minister Leinen (Saar-

land) und **Staatssekretär Stroetmann** (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit).

Zur Abstimmung liegen die Ausschlußempfehlungen in Drucksache 390/1/90 vor.

Die Anrufung des Vermittlungsausschusses wird aus mehreren Gründen beantragt. Ich frage deshalb zunächst: Wer ist allgemein für die Anrufung des Vermittlungsausschusses? — Das ist die Mehrheit.

Es ist also über die Einzelgründe abzustimmen. Ich rufe die Ausschlußempfehlungen auf:

Ziffer 1! Ich bitte um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Ziffer 2! — Mehrheit.

Ziffer 3! — Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **beschlossen, den Vermittlungsausschuß anzurufen**.

Punkt 20 der Tagesordnung:

Zehntes Gesetz zur Änderung des **Luftverkehrsgesetzes** (Drucksache 391/90)

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. — **Erklärungen zu Protokoll *)** geben ab: Herr **Staatsminister Professor Dr. Hill** (Rheinland-Pfalz) und **Minister Dr. Krumsiek** (Nordrhein-Westfalen).

Die Ausschüsse empfehlen, dem Gesetz zuzustimmen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit. (D)

Damit hat der Bundesrat **dem Gesetz zugestimmt**.

Tagesordnungspunkt 22:

Gesetz über Statistiken im Handwerk (**Handwerkstatistikgesetz** — HwStatG) (Drucksache 393/90)

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Der Wirtschaftsausschuß empfiehlt dem Bundesrat in Drucksache 393/1/90, den Vermittlungsausschuß anzurufen, und zwar mit dem Ziel, die handwerksähnlichen Gewerbe in das Gesetz einzubeziehen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? — Das ist die Mehrheit.

Dann hat der Bundesrat **beschlossen, den Vermittlungsausschuß** aus diesem Grunde **anzurufen**.

Tagesordnungspunkt 23:

Fünftes Gesetz zur Änderung des **Außenwirtschaftsgesetzes** (Drucksache 394/90)

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Der Wirtschaftsausschuß empfiehlt dem Bundesrat, dem Gesetz zuzustimmen. Wer ist für Zustimmung? — Das ist die Mehrheit.

Dann hat der Bundesrat **dem Gesetz zugestimmt**.

*) Anlagen 10 und 11

**) Anlagen 12 und 13

*) Anlagen 14 und 15

Amtlierender Präsident Dr. Eyrich

(A) Tagesordnungspunkt 24:

Sechstes Gesetz zur Änderung des **Außenwirtschaftsgesetzes** (Drucksache 395/90)

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Der federführende Wirtschaftsausschuß empfiehlt dem Bundesrat, dem Gesetz zuzustimmen. Wer ist für Zustimmung? – Das ist die Mehrheit.

Dann hat der Bundesrat **dem Gesetz zugestimmt**.

Punkt 25 der Tagesordnung:

Gesetz zur **Verbesserung der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs** und zum **Verbot von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen** (Drucksache 396/90)

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Eine **Erklärung zu Protokoll** *) gibt Herr **Staatsminister Dr. Stavenhagen** für den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Riedl (Bundesministerium für Wirtschaft).

Dann kommen wir zur Abstimmung. Hierzu liegen Ihnen die Ausschlußempfehlungen in Drucksache 396/1/90 sowie ein Antrag des Landes Berlin in Drucksache 396/2/90 vor.

Wir stimmen zunächst über die Empfehlung des Rechtsausschusses in Drucksache 396/1/90 ab, den Vermittlungsausschuß anzurufen. Der Antrag Berlins kommt nur bei Annahme dieser Empfehlung zur Abstimmung.

(B) Wer stimmt der Empfehlung des Rechtsausschusses zu? – Das ist die Mehrheit.

Wir kommen damit noch zur Abstimmung über den Antrag Berlins in Drucksache 396/2/90. Wer stimmt dem zu? – Das ist die Mehrheit.

Dann hat der Bundesrat **beschlossen, den Vermittlungsausschuß** gemäß der vorangegangenen Abstimmung **anzurufen**.

Punkt 29 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur **steuerlichen Förderung von umweltschützenden Maßnahmen** – Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß § 23 Abs. 3 i. V. m. § 15 Abs. 1 GO BR – (Drucksache 353/90)

b) Entwurf eines Gesetzes zur **Förderung von Umweltschutzinvestitionen** – Antrag des Freistaates Bayern gemäß § 36 Abs. 2 GO BR – (Drucksache 399/90)

Wegen Sachzusammenhangs rufe ich die Tagesordnungspunkte 29a) und b) gemeinsam auf. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. – **Erklärungen zu Protokoll** **) geben Herr **Minister Dr. Krumsiek** für Herrn Minister Schleußer (Nordrhein-Westfalen) und Herr **Staatssekretär Sauter** (Bayern). – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Gesetzesantrag des Landes **Nordrhein-Westfalen** ist zur weiteren Beratung dem **Finanzausschuß**

– federführend – dem **Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und dem **Wirtschaftsausschuß** bereits zugewiesen. Den Gesetzesantrag des Freistaates **Bayern** weise ich zur weiteren Beratung ebenfalls diesen Ausschüssen zu.

Punkt 30 der Tagesordnung:

Entschließung des Bundesrates über die Einführung des **Gaspenderfahrens an Tankstellen** zur Verminderung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Betanken von Kraftfahrzeugen – Antrag des Landes Berlin – (Drucksache 634/89)

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Zur Abstimmung liegen vor: die Empfehlungen der Ausschüsse in Drucksache 293/1/90 und ein Landesantrag in Drucksache 293/2/90.

Wir beginnen mit dem bayerischen Antrag in Drucksache 293/2/90. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist eine Minderheit.

Dann rufe ich aus den Ausschlußempfehlungen die Ziffern 1 bis 4 gemeinsam auf. Wer stimmt ihnen zu? – Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **die Entschließung so angenommen**.

Punkt 31 der Tagesordnung:

Entschließung des Bundesrates zum **Schutz tropischer Regenwälder** – Antrag des Saarlandes – (Drucksache 641/89)

(D) Wortmeldungen liegen nicht vor. – **Erklärungen zum Protokoll** *) geben Herr **Minister Kasper** für Minister Leinen (Saarland) und Herr **Staatssekretär Stroetmann** (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit).

Zur Abstimmung liegen vor: die Empfehlungen der Ausschüsse in Drucksache 410/90 und Landesanträge in Drucksachen 410/1 und 2/90.

Wir beginnen – wie besprochen – mit den Ziffern 24 bis 31 der Ausschlußempfehlungen. Zur gemeinsamen Abstimmung rufe ich die Ziffern 24 bis 31 ohne die Ziffer 26 auf. Wer stimmt zu? – Das ist die Mehrheit.

Nun die Ziffer 26! Wer stimmt ihr zu? – Das ist die Mehrheit.

Damit ist **die Entschließung nach Maßgabe der vorherigen Abstimmungen angenommen**.

Ich rufe Punkt 32 auf:

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des **Steuerberatungsgesetzes** (Drucksache 324/90).

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu liegen vor: die Empfehlungen der Ausschüsse in Drucksache 324/1/90 und ein Landesantrag in Drucksache 324/2/90.

*) Anlage 16

**) Anlagen 17 und 18

*) Anlagen 19 und 20

Amtierender Präsident Dr. Eyrich

(A) Zum Abstimmungsverfahren mache ich darauf aufmerksam, daß wir zunächst über die Empfehlungen befinden werden, zu denen eine Einzelabstimmung erforderlich ist. Am Schluß werde ich sodann die restlichen Ausschußempfehlungen zu einer Sammelabstimmung aufrufen.

Wir beginnen demgemäß mit den Ausschußempfehlungen in Drucksache 324/1/90 und zwar:

Ziffer 1! — Mehrheit.

Ziffer 5! — Mehrheit.

Ziffer 8! — Mehrheit.

Damit entfällt der Antrag des Freistaates Bayern in Drucksache 324/2/90.

Ich rufe jetzt die restlichen Änderungsempfehlungen der Ausschüsse zur Sammelabstimmung auf. Wer stimmt ihnen zu? — Das ist die Mehrheit.

Zusammenfassend stelle ich fest, daß der Bundesrat zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes die soeben festgelegte **Stellungnahme beschlossen** hat.

Punkt 33 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (**Mikrozensusgesetz**) und des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (**Bundesstatistikgesetz**) (Drucksache 310/90)

Wortmeldungen liegen nicht vor.

(B) Wir kommen zur Abstimmung. Die Empfehlungen der Ausschüsse sind aus Drucksache 310/1/90 ersichtlich. Ich rufe auf:

Ziffer 1! — Mehrheit.

Ziffer 2! — Mehrheit.

Ziffer 3! — Mehrheit.

Damit entfallen die Ziffern 4 und 5.

Ziffer 6! — Mehrheit.

Ziffer 7! — Mehrheit.

Danach hat der Bundesrat zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes, wie soeben beschlossen, **Stellung genommen**.

Punkt 34 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über das **Schuldnerverzeichnis** (Drucksache 325/90)

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Zur Abstimmung liegen Ihnen die Empfehlungen der Ausschüsse in Drucksache 325/1/90 vor. Ich rufe auf:

Ziffern 1 bis 8 gemeinsam! — Mehrheit.

Ziffer 9! — Mehrheit.

Ziffern 10 bis 13 gemeinsam! — Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zu dem Gesetzentwurf die soeben angenommene **Stellungnahme beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 36:

Wahl der ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Kammer für Vorlagen der Europäischen Gemeinschaften

Die Länder, deren Regierungschefs das Präsidium des Bundesrates bilden, stellen in gleicher Reihenfolge den Vorsitzenden der EG-Kammer und seine drei Stellvertreter.

Dementsprechend schlage ich Ihnen vor, Frau Ministerin Rühmkorf (Schleswig-Holstein), die nunmehr ihr Land anstelle von Frau Ministerin Tidick in der EG-Kammer vertritt, zur ersten stellvertretenden Vorsitzenden der EG-Kammer zu wählen.

Wer diesem Vorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen.

Damit ist Frau **Ministerin Rühmkorf einstimmig gewählt**. Glückwunsch!

(Heiterkeit)

— War das unziemlich? — Nein.

Tagesordnungspunkt 46:

Verordnung zur **Verhütung einer Einschleppung der Spongiformen Rinderenzephalopathie** aus dem Vereinigten Königreich (Drucksache 371/90)

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in Drucksache 371/1/90 vor. (D)

Ziffer 1! Wer stimmt zu? — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der Verordnung **gemäß der soeben beschlossenen Änderung zugestimmt**.

Wir haben jetzt noch über die empfohlenen Entschlieûungen abzustimmen.

Ziffer 3! Wer stimmt zu? — Das ist die Mehrheit.

Dann ist die **Entschlieûung so angenommen**; Ziffer 4 entfällt.

Damit kommt Tagesordnungspunkt 47 zum Aufruf:

Verordnung zum Schutz gegen eine Einschleppung von Tierseuchen beim Verbringen von Waren aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) (**DDR-Tierseuchenschutzverordnung**) (Drucksache 406/90).

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in Drucksache 406/2/90 vor.

Ich rufe Ziffer 1 auf. Wer stimmt zu? — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der Verordnung **nach Maßgabe der vorangegangenen Abstimmung zugestimmt**.

Amtierender Präsident Dr. Eyrich

(A) Tagesordnungspunkt 51:

Verordnung über Margarine- und Fettmelangeerzeugnisse (**Margarine- und Fettmelangeverordnung** — MargFMelV) (Drucksache 344/90)

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in Drucksache 344/1/90 vor.

Ich rufe Ziffer 1 auf und bitte um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Ziffern 2 und 3 gemeinsam! — Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der Verordnung **nach Maßgabe der vorangegangenen Abstimmung zugestimmt**.

Punkt 52:

Verordnung zur Auslandsversorgung nach § 64e des Bundesversorgungsgesetzes (**Auslandsversorgungsverordnung** — AuslVersV) (Drucksache 300/90)

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik empfiehlt, der Verordnung zuzustimmen. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **beschlossen, der Verordnung zuzustimmen**.

Punkt 53:

(B) Erste Verordnung zur Änderung der **Hebammenhilfe-Gebührenverordnung** (Drucksache 351/90)

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Abstimmung liegen Ihnen die Ausschußempfehlungen in der Drucksache 351/1/90 und Anträge Bayerns und Berlins in den Drucksachen 351/2 und 3/90 vor. In den Ausschußempfehlungen rufe ich nun zur Abstimmung auf:

Ziffer 1! — Mehrheit.

Ziffer 2! — Mehrheit.

Ziffer 3! — Minderheit.

Ziffer 4! — Mehrheit.

Ziffer 5! — Minderheit.

Dann bitte ich um das Handzeichen für den Antrag Berlins in der Drucksache 351/3/90. — Das ist die Mehrheit.

Damit entfällt der Antrag Bayerns in der Drucksache 351/2/90.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Wer **der Verordnung nach Maßgabe der soeben gefaßten Beschlüsse zuzustimmen** wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der Verordnung entsprechend **zugestimmt**.

Punkt 55 der Tagesordnung:

Dritte Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik über Art und Umfang der betrieblichen Altersversorgung

(3. Betriebliche Altersversorgungsstatistikverordnung — 3. BetrAVStatVO) (Drucksache 330/90)

Zur Abstimmung liegen Ihnen die Ausschußempfehlungen in der Drucksache 330/1/90 vor. In dieser Drucksache rufe ich auf:

Ziffer 1! — Mehrheit.

Ziffer 2! — Mehrheit.

Wir kommen nun zur Schlußabstimmung. Wer **der Verordnung nach Maßgabe der soeben gefaßten Beschlüsse** zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der Verordnung entsprechend **zugestimmt**.

Punkt 57 der Tagesordnung:

Siebente Verordnung zur Änderung der **Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung** (Drucksache 407/90)

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Finanzausschuß empfiehlt, der Verordnung zuzustimmen. Wer dieser Empfehlung zu folgen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Der Bundesrat hat somit **beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen**.

Punkt 58 der Tagesordnung:

(D)

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur **Aufhebung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift** vom 18. Juli 1984 und zur **umsatzsteuerlichen Begünstigung von Warenbezügen** aus der **Deutschen Demokratischen Republik** einschließlich **Berlin (Ost)** (VwV zu § 26 Abs. 4 UStG) (Drucksache 408/90)

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Finanzausschuß empfiehlt, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zuzustimmen.

Wer dieser Empfehlung zu folgen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Der Bundesrat hat somit **beschlossen, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift gemäß Artikel 108 Abs. 7 des Grundgesetzes zuzustimmen**.

Punkt 60 der Tagesordnung:

Dritte Verordnung zur Änderung **wohnungsrechtlicher Vorschriften** (Drucksache 302/90)

Die Empfehlungen der Ausschüsse sind aus der Drucksache 302/1/90 ersichtlich. Zur Abstimmung rufe ich auf:

Ziffer 1! — Mehrheit.

Ziffer 2! — Mehrheit.

Ziffer 3! — Mehrheit.

Ziffer 4! — Mehrheit.

Amtierender Präsident Dr. Eyrich

- (A) Danach hat der Bundesrat **beschlossen, der Verordnung** gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes **mit der soeben festgelegten Maßgabe zuzustimmen.**

Wir kommen zu Punkt 66 der Tagesordnung:

Verordnung über Prüfnachweise und sonstige Anmelde- und Mitteilungsunterlagen nach dem Chemikaliengesetz (**Prüfnachweisverordnung** — ChemPrüfV) (Drucksache 333/90).

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Abstimmung liegen die Ausschußempfehlungen vor. Ich rufe auf:

Ziffer 1! — Das ist eine Minderheit.

Wer der Verordnung entsprechend Ziffer 2 unverändert **zustimmen** möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die **Mehrheit**.

Es folgt die Abstimmung über die vorgeschlagene Entschliebung. Ich rufe auf:

Ziffer 3! — Mehrheit.

Ziffer 4! — Mehrheit.

Damit ist **die Entschliebung angenommen.**

Ich rufe Punkt 67 der Tagesordnung auf:

Verordnung über die Mitteilungspflichten nach § 16e Chemikaliengesetz zur Vorbeugung und Information bei Vergiftungen (**Giftinformationsverordnung** — ChemGiftInfoV) (Drucksache 338/90).

(B)

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Abstimmung liegen die Ausschußempfehlungen vor. Ich rufe auf:

Ziffer 1! Wer stimmt zu? — Mehrheit.

Ziffern 2 bis 4 gemeinsam! — Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der Verordnung **mit Änderungen zugestimmt.**

Es folgt noch die Abstimmung über eine Entschliebung. Wer stimmt der Ziffer 6 zu? — Das ist die Mehrheit.

Damit ist **die Entschliebung angenommen.**

Ich rufe Punkt 70 der Tagesordnung auf:

Verordnung über die **Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben** (UVP-VO Bergbau) (Drucksache 340/90).

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Zur Abstimmung liegen Ihnen die Ausschußempfehlungen in Drucksache 340/1/90 vor. Ich rufe auf:

Ziffer 1! Wer stimmt zu? — Das ist die Mehrheit.

Ziffer 2! — Mehrheit.

Ziffer 3! — Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **gemäß** der vorangegangenen **Abstimmung der Verordnung zugestimmt.**

Punkt 73 der Tagesordnung:

(C)

Benennung von **Vertretern in Beratungsgremien der Europäischen Gemeinschaften** (betr. Tierschutz) (Drucksache 284/90)

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in Drucksache 284/1/90 vor.

Wir sind übereingekommen, zunächst über die Empfehlung unter Ziffer 2 abzustimmen. Wer ist dafür? — Das ist die Mehrheit.

Damit ist die Empfehlung unter Ziffer 1 erledigt.

Damit hat der Bundesrat **den unter Ziffer 2 vorgeschlagenen Vertreter benannt.**

Punkt 76 der Tagesordnung:

Sechzehnte Verordnung zur Änderung der **Milch-Garantiemengen-Verordnung** (Drucksache 345/89)

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Ausschußempfehlung liegt Ihnen in Drucksache 345/1/90 vor. Der Agrarausschuß empfiehlt Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe einer Änderung. Wir stimmen zunächst über diese Empfehlung ab. Sollte es hierfür keine Mehrheit geben, werde ich über die Frage abstimmen lassen, ob der Verordnung unverändert zugestimmt werden soll.

(D)

Wer ist also für die Empfehlung des Agrarausschusses in Drucksache 345/1/90? Handzeichen bitte! — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **der Verordnung nach Maßgabe einer Änderung zugestimmt.**

Ich rufe Punkt 77 der Tagesordnung auf:

Personalien im Sekretariat des Bundesrates.

Wir sind übereingekommen, die Tagesordnung um diesen Punkt zu ergänzen.

Gemäß § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung erbitte ich Ihre Zustimmung zur **Ernennung** der Regierungsrätin Beate Schmidt zur Oberregierungsrätin. Die Personalien sind bekannt. Der Ständige Beirat hat keine Einwendungen erhoben.

Wer zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit. Es ist so **beschlossen.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit haben wir die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgewickelt.

Die **nächste Sitzung** des Bundesrates berufe ich ein auf Freitag, den 6. Juli 1990, 9.30 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Sonntag.

(Schluß: 14.37 Uhr)

(A)

(C)

Feststellung gemäß § 34 GO BR

Einsprüche gegen die Berichte über die 613. und 614. Sitzung sind nicht eingelegt worden. Damit gelten die Berichte gemäß § 34 GO BR als genehmigt.

(B)

(D)

(A) **Anlage 1**

Umdruck Nr. 6/90

Zu den folgenden Punkten der Tagesordnung der 615. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 22. Juni 1990, empfehlen die Ausschüsse dem Bundesrat:

I.

Zu den Gesetzen einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen:

Punkt 3

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Wirtschaftsplan des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1990 (**Zweites ERP-Nachtragsplangesetz 1990**) (Drucksache 382/90)

Punkt 6

Zweites Gesetz zur Änderung des **Marktstrukturgesetzes** (Drucksache 373/90)

Punkt 26

Gesetz zu dem Protokoll vom 31. Oktober 1988 zu dem **Übereinkommen** von 1979 über weiträumige **grenzüberschreitende Luftverunreinigung** betreffend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses (Drucksache 412/90)

II.

Den Gesetzen zuzustimmen:

Punkt 4

Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) (**DDR-Investitionsgesetz** — DDR-IG) (Drucksache 377/90)

Punkt 7

Gesetz über Milch, Milcherzeugnisse, Margarineerzeugnisse und ähnliche Erzeugnisse (**Milch- und Margarinegesetz**) (Drucksache 374/90)

Punkt 10

Gesetz zur Durchführung **versicherungsrechtlicher Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften** (Zweites Durchführungsgesetz/EWG zum VAG) (Drucksache 378/90)

Punkt 14

Gesetz zur Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler (**Aussiedleraufnahmegesetz** — AAG —) (Drucksache 387/90)

Punkt 16

Zweites Gesetz zur Änderung **besoldungs- und wehrsoldrechtlicher Vorschriften** (Drucksache 383/90)

Punkt 17

Achtes Gesetz zur Änderung des **Wohngeldgesetzes** (Drucksache 372/90, zu Drucksache 372/90)

Punkt 21

Zweites Gesetz zur Änderung der **Wirtschaftsprüferordnung** (Drucksache 392/90)

Punkt 27

Gesetz zu dem **Vertrag** vom 1. Dezember 1987 über die **wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit** im Einzugsbereich der Donau (Drucksache 413/90)

III.

Dem Gesetz zuzustimmen und die unter Buchstabe B der Empfehlungsdrucksache angeführte Entschließung zu fassen:

Punkt 15

Gesetz über **Finanzhilfen des Bundes** gemäß Artikel 104 a Abs. 4 GG für **Investitionen zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern und Übersiedlern** (Drucksache 386/90, Drucksache 386/1/90)

IV.

Den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag einzubringen:

Punkt 28

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des **Hochschulrahmengesetzes** (Drucksache 402/90)

V.

Gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben:

Punkt 35

Entwurf eines Gesetzes über die **Beteiligung der Soldaten und der Zivildienstleistenden** (Beteiligungsgesetz — BG —) (Drucksache 326/90)

VI.

Zu den Vorlagen die Stellungnahme abzugeben oder ihnen nach Maßgabe der Empfehlungen zuzustimmen, die in der jeweils zitierten Empfehlungsdrucksache wiedergegeben sind:

Punkt 37

Vorschlag für einen Beschluß des Rates über: **gemeinschaftliche Aktionen** zugunsten **älterer**

(B)

(D)

(A) **Menschen** (Drucksache 308/90, Drucksache 308/1/90)

Punkt 38

- a) Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates mit **Hygienevorschriften** für die Herstellung und Vermarktung von **Rohmilch, Werkmilch, und Erzeugnissen auf Milchbasis** (Drucksache 170/90, Drucksache 170/1/90)
- b) Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Herstellung** und das **Inverkehrbringen hitzebehandelter Trinkmilch** (Drucksache 249/90, Drucksache 170/1/90)

Punkt 39

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Gewinnung** und das **Inverkehrbringen von frischem Fleisch** (Drucksache 155/90, Drucksache 155/1/90)

Punkt 40

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Gewinnung** und das **Inverkehrbringen von frischem Geflügelfleisch** (Drucksache 165/90, Drucksache 165/1/90)

(B) **Punkt 41**

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Herstellung** und das **Inverkehrbringen von Fleischerzeugnissen** (Drucksache 166/90, Drucksache 166/1/90)

Punkt 42

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über die **Gewährung von** zeitlich und inhaltlich begrenzten **Ausnahmen** von den besonderen **Hygienevorschriften** der Gemeinschaft für das **Herstellen und Inverkehrbringen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs** (Drucksache 179/90, Drucksache 179/1/90)

Punkt 43

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Herstellung** und das **Inverkehrbringen von Hackfleisch, Fleischzubereitungen und zerkleinertem Fleisch** für industrielle Zwecke (Drucksache 180/90, Drucksache 180/1/90)

Punkt 44

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Erzeugung** und **Vermarktung von lebenden Muscheln** (Drucksache 156/90, Drucksache 156/1/90)

Punkt 45

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Erzeugung** und **Vermarktung von Fischereierzeugnissen** (Drucksache 167/90, Drucksache 167/1/90)

Punkt 50

Verordnung zur Änderung der **Bulterverordnung** und anderer **milchrechtlicher Verordnungen** (Drucksache 341/90, Drucksache 341/1/90)

Punkt 56

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über **elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen** (ElexV) (Drucksache 331/90, Drucksache 331/1/90)

VII.

Den Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen:

Punkt 48

Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung über **gesetzliche Handelsklassen für Schweinehälften** (Drucksache 307/90)

Punkt 49

Fünfte Verordnung zur Änderung **saatgutrechtlicher** Verordnungen (Drucksache 336/90)

Punkt 54

Fünfundzwanzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (**Anrechnungs-Verordnung 1990/91** — AnrV 1990/91) (Drucksache 329/90)

Punkt 59

Zweite Verordnung zur Änderung von Verordnungen über aus Früchten hergestellte **Lebensmittel** (Drucksache 337/90)

Punkt 61

Sechste Verordnung zur Änderung der **Wohngeldverordnung** (Drucksache 365/90)

Punkt 62

Siebzehnte Verordnung zur Anpassung der Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (**17. Unterhaltshilfe-Anpassungsverordnung-LAG** — 17. UhAnpV) (Drucksache 301/90)

Punkt 64

Erste Verordnung zur Durchführung des § 206 Abs. 2 der **Bundesrechtsanwaltsordnung** (Drucksache 400/90)

(C)

(D)

(A)

Punkt 68

Zweite Verordnung zur Änderung der **Endlager-vorausleistungsverordnung** (Drucksache 334/90)

Punkt 69

Verordnung zur Änderung **fahrpersonal- und straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften** (Drucksache 279/90)

Punkt 71

Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Änderung der **Einkommensteuer-Richtlinien 1987** (Drucksache 370/90)

VIII.

Der Verordnung nach Maßgabe der in der Empfehlungsdrucksache unter Buchstabe A wiedergegebenen Änderung zuzustimmen und die unter Buchstabe C angeführte Entschließung zu fassen:

Punkt 63

Zehnte **Verordnung** zur Änderung der Verordnung zur **Ausführung des Personenstandsgesetzes** (Drucksache 313/90, Drucksache 313/1/90)

IX.

Der Verordnung zuzustimmen und die in der Empfehlungsdrucksache unter Buchstabe B angeführte Entschließung zu fassen:

(B)

Punkt 65

Verordnung über die Gefährlichkeitsmerkmale von Stoffen und Zubereitungen nach dem **Chemikaliengesetz (Gefährlichkeitsmerkmaleverordnung — ChemGefMerkV)** (Drucksache 332/90, Drucksache 332/1/90)

X.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

Punkt 72

Vorschlag für die Berufung eines Mitglieds des Verwaltungsrates der **Bundesanstalt für Arbeit** (Drucksache 369/90)

Punkt 74

Vorschlag für die Berufung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern im **Sachverständigenausschuß für den Bergbau** (Drucksache 335/90, Drucksache 335/1/90)

XI.

Zu den Verfahren, die in der zitierten Drucksache bezeichnet sind, von einer Äußerung und einem Beiritt abzusehen:

Punkt 75

Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Drucksache 401/90)

Anlage 2**Erklärung**

von Ministerin **Rühmkorf** (Schleswig-Holstein) zu **Punkt 4** der Tagesordnung

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung begrüßt grundsätzlich das mit dem Gesetz verfolgte Ziel, steuerliche Hemmnisse für **Investitionen westdeutscher Unternehmen in der DDR** zu beseitigen. Gegen einen Teil der vorgesehenen Maßnahmen bestehen jedoch wegen der fehlenden Notwendigkeit und der Gefahr einer mißbrauchlichen Inanspruchnahme ganz erhebliche Bedenken.

Dies gilt insbesondere hinsichtlich der äußerst großzügig bemessenen Frist von bis zu 20 Jahren für die Auflösung der Rücklagen bei Überführung bestimmter Wirtschaftsgüter in die DDR. Denn in nahezu allen Fällen wird die gewinnerhöhende Auflösung dieser Rücklagen erst zu einem Zeitpunkt erfolgen, zu dem die begünstigten Wirtschaftsgüter längst vollständig abgeschrieben sein werden.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Gefahr einer mißbrauchlichen Ausnutzung dieser Steuervergünstigung hinzuweisen. Diese Gefahr ist nicht nur in den Fällen gegeben, in denen Wirtschaftsgüter im Wege der verdeckten Einlage in eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft in der DDR überführt werden. Auch bei offenen Einlagen gegen Gewährung neuer Gesellschaftsanteile ist im Hinblick auf den äußerst großzügig bemessenen Auflösungszeitraum zu befürchten, daß Wirtschaftsgüter zwecks Inanspruchnahme der Rücklage auf dem Umweg über die DDR veräußert werden, dies gegebenenfalls sogar zurück in die Bundesrepublik Deutschland.

(D)

Bedenken bestehen aber auch gegen die Berücksichtigung von Verlusten aus Betriebsstätten in der DDR bei der Gewerbesteuer, da insoweit ein Sonderrecht geschaffen wird, das im Verhältnis zu allen anderen Staaten bisher nicht zugelassen worden ist.

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung erkennt aber nicht, daß es jetzt vorrangig darauf ankommt, die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR zu fördern und zu stützen und dazu auch Anreize für Investitionen westdeutscher Unternehmen in der DDR zu schaffen. Sie wird dem Gesetz trotz aller Bedenken zustimmen, um weitere zeitliche Verzögerungen zu vermeiden. Dabei hat sie auch berücksichtigt, daß die Regelungen des Gesetzes nur bis zur Vereinigung in Kraft bleiben sollen.

Sie fordert die Bundesregierung aber nachdrücklich auf, im weiteren Verlauf die Erfahrungen der Finanzverwaltung mit der Gesetzesanwendung sorgfältig zu beobachten und gegebenenfalls den Möglichkeiten einer mißbrauchlichen Ausnutzung durch entsprechende Gesetzesänderungen entgegenzuwirken.

Anlage 3**Erklärung**

von Minister **Kasper** (Saarland) zu **Punkt 14** der Tagesordnung

Für Herrn Minister Dr. Walter gebe ich folgende Erklärung zu Protokoll:

- (A) Das Saarland begrüßt das Gesetz zur **Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler** als eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand, insofern der Zuzug weiterer Aussiedler kontrollierbar gemacht wird.

Auch wenn nicht verkannt wird, daß sich der demokratische Erneuerungsprozeß in Ost- und Südeuropa nicht überall in der gewünschten Weise vollzogen hat, kann doch festgestellt werden, daß politische Verfolgung und Vertreibungsdruck weitgehend von den dortigen deutschstämmigen Bevölkerungsgruppen genommen sind.

Daher vertritt das Saarland auch weiterhin die Auffassung, daß die Vertriebenengesetzgebung baldmöglichst zu einem Abschluß gebracht werden sollte, wobei jederzeit aus humanitären Gründen Hilfeleistung möglich sein muß.

Anlage 4

Erklärung

von Staatssekretär **Dr. Schaumann** (BMBW)
zu **Punkt 28** der Tagesordnung

- (B) Der Ihnen vorliegende, von den Ländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eingebrachte Entwurf eines Änderungsgesetzes zum **Hochschulrahmengesetz** sieht in Studiengängen mit Zulassungsbeschränkungen die Bildung von Quoten für Bewerber vor, die ihre Hochschulzugangsberechtigung an Schulen in der DDR erlangt haben. Die Bundesregierung steht dem Grundanliegen, von dem dieser Gesetzentwurf ausgeht, aufgeschlossen gegenüber.

Es gibt nach Auffassung der Bundesregierung vor allem drei Gründe, die für eine derartige Regelung sprechen:

- Seit dem 9. November 1989 besteht, was wir alle begrüßen, in zunehmendem, bisher nicht eröffneten Umfang auch für Bewerber aus der DDR die Möglichkeit, an Hochschulen im Westen zu studieren. Die Notengebung an den Schulen, in denen in der DDR eine Hochschulzugangsberechtigung erworben wird, und die Notengebung an den entsprechenden Schulen in den Bundesländern lassen sich allerdings nicht vergleichen. Die Schulnoten haben jedoch nach dem Hochschulrahmengesetz und den entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen eine wesentliche Bedeutung für die Zulassung in Fächern mit Zulassungsbeschränkungen.
- Wir haben jetzt noch kein gemeinsames gesamtdeutsches Verfahren für die Vergabe von Studienplätzen nach einheitlichen oder vergleichbaren Vergabekriterien in Fächern mit Zulassungsbeschränkungen.
- In der — hoffentlich kurzen — Übergangszeit bis zur Vergabe der Studienplätze an den deutschen Hochschulen in Ost und West nach einheitlichen Grundsätzen können für Bewerber aus der DDR unter Umständen insofern besondere Verhältnisse bestehen, als sie sowohl in der DDR als auch hier bei uns wegen der im Schnitt sehr guten Schulno-

ten günstige Zulassungschancen haben. Ein Chancenausgleich durch eine Quotenbildung erscheint deshalb angemessen.

Nach Auffassung der Bundesregierung sollte für die Bemessung der Quotenhöhe für DDR-Bewerber allerdings eine flexiblere Regelung getroffen werden, als sie der Ihnen vorliegende Länderentwurf mit einer ausschließlich am Bewerberanteil ausgerichteten Quote vorsieht. Für die Bildung von Quoten für die Bundesländer geht das geltende Recht im Hochschulrahmengesetz von einer Mischung von einem Drittel Bewerber- und zwei Dritteln Bevölkerungsanteilen aus. Eine Übergangsbestimmung für DDR-Bewerber sollte verschiedene Abweichungen von diesem Quotenbildungsmaßstab, z. B. ein anderes Verhältnis zwischen Bewerber- und Bevölkerungsanteil als im geltenden Hochschulrahmengesetz, zulassen und nicht ausschließlich eine reine Bewerberquote vorschreiben.

Auf diese Weise kann gegebenenfalls auch den unterschiedlichen Verhältnissen in einzelnen Studiengängen Rechnung getragen werden. Gleichzeitig wird damit das Risiko zumindest reduziert, das mit einer reinen Bewerberquote mit Rücksicht auf das Recht auf Hochschulzugang verbunden sein kann, das, wenn die entsprechenden Qualifikationen vorliegen, allen Deutschen nach Artikel 12 Abs. 1 des Grundgesetzes gewährleistet ist.

Die Bundesregierung wird deshalb in ihrer Stellungnahme zu dem Länderentwurf eine entsprechende Änderung — es handelt sich dabei in der Sache auch um eine Erweiterung des Regelungsspielraums für das Landesrecht — vorschlagen. Im Grundsatz bewertet die Bundesregierung den von den Ländern eingebrachten Gesetzentwurf, ich wiederhole dies, positiv. Unser gemeinsames Ziel wird es sein, diese notwendigen Übergangsvorschriften, wie das auch die einleitenden Worte des Länderentwurfs zum Ausdruck bringen, im Interesse eines wirksamen Grundrechtsschutzes für alle Deutschen bald eine gesamtdeutsche Regelung abzulösen.

Anlage 5

Erklärung

von Parl. Staatssekretär **Seehofer** (BMA)
zu **Punkt 8** der Tagesordnung

Mit dem Vierten **Agrarsozialen Ergänzungsgesetz** wollen die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen den Landwirten gegenüber auch in der Agrarsozialpolitik ihre Unterstützung unter Beweis stellen. Die dadurch auf den Bund voraussichtlich zukommenden Mehrkosten in Höhe von rund einer halben Milliarde DM in vier Jahren dokumentieren dies in eindeutiger Weise.

Wenn aus diesem Anlaß — wie mit der vorliegenden Empfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik des Bundesrates — auch eine möglichst baldige Reform des agrarsozialen Sicherungssystems eingefordert wird, so kann ich mich dem nur anschließen. Es ist jedoch falsch und nicht angemessen, hinter dem vorliegenden Gesetz eine Verzögerungstaktik

(A) der Bundesregierung zu vermuten und zur Eile antreiben zu wollen; denn zum einen können wir in dieser Legislaturperiode eine ganze Reihe grundlegender Reformen vorweisen; zum anderen war übertriebene Eile noch nie ein guter Ratgeber für Reformvorhaben. Entscheidend ist immer noch der Inhalt. In der Agrarsozialpolitik ist aber bisher offensichtlich noch nicht der „Stein der Weisen“ gefunden worden.

Ich betone: Eine grundlegende Reform des agrarsozialen Sicherungssystems ist unerlässlich. Sie kann aber nicht mit Schlagworten zum Erfolg geführt werden. Sie betrifft ein System, das wegen einer steigenden Zahl von Leistungsberechtigten und einer abnehmenden Zahl von Beitragszahlern vor großen Zukunftsproblemen steht. Deswegen sind eine zukunftsgerichtete Leistungsgestaltung und eine zukunfts-sichere Finanzierung unsere Orientierungspunkte, um das Agrarsozialsystem langfristig zu sichern.

Der versicherte Personenkreis ist dabei ebenso angesprochen wie die Beitragsbelastung in den einzelnen Zweigen der sozialen Sicherung; denn es soll eine sozial gerechte, aber auch finanzierbare Lösung erreicht werden. Dabei spielt die für den Landwirtschaftsbereich schwierige Einkommensermittlung eine wichtige Rolle.

Diesbezügliche Vorschläge – z. B. seitens der Opposition in den Parlamentsberatungen – auf die „Summe der positiven Einkünfte“ oder auf das „Gesamteinkommen“ abzustellen, wären gewiß hilfreicher, wenn sie mit Hinweisen verbunden wären, wie man ein derart definiertes Einkommen in der Praxis ermitteln kann. Auch die Forderung nach einer eigenständigen Sicherung der Bäuerin fordert mehr als nur die Feststellung, daß hier eine Verbesserung angezeigt, ja, erforderlich sei.

Ich glaube, diese wenigen Hinweise zu den zu bewältigenden Aufgaben bei einer Agrarsozialreform zeigen, daß wir uns nicht unter Zeitdruck setzen lassen dürfen. Die Reform muß gut vorbereitet und gründlich beraten werden.

In der neuen Legislaturperiode werden wir die Reform unverzüglich in Angriff nehmen. Ich kann aber nur davor warnen, einen zu engen Zeithorizont dafür einzuplanen. Ich sage dies auch im Hinblick auf den Einigungsprozeß zwischen den beiden deutschen Staaten. Denn bei der Reform müssen wir, um eine erneute Reform nach allzu kurzer Zeit zu vermeiden, auch die Situation der Landwirtschaft in der DDR mitberücksichtigen.

Eine Anrufung des Vermittlungsausschusses mit dem Ziel, das 4. ASEG zeitlich zu befristen, halte ich aus allen diesen Gründen nicht für erforderlich. Die Reform des agrarsozialen Sicherungssystems kommt so oder so. Sollten Sie sich gleichwohl für die Einschaltung des Vermittlungsausschusses entscheiden, so hoffe ich, daß dort eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden wird.

Wenn ich „alle“ sage, dann meine ich nicht zuletzt auch die betroffenen Sozialversicherungsträger, denen eine angemessene Zeitspanne zur Umsetzung der Reform eingeräumt werden muß. Unser – wie ich annehme – gemeinsames Interesse daran, daß die für die Landwirte wichtigen Regelungen dieses Ge-

setzes planmäßig in Kraft treten, sollte den Geist bei den Beratungen im Vermittlungsausschuß bestimmen.

Anlage 6

Erklärung

von Parl. Staatssekretär **Seehofer** (BMA)
zu **Punkt 9** der Tagesordnung

Das Zweite Gesetz zur **Verbesserung des Wahlrechts für die Sozialversicherungswahlen**, das Ihnen zur Zustimmung vorliegt, wird inhaltlich allgemein gebilligt. Einziger Streitpunkt ist die Empfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik, zusätzlich zu den vorgesehenen Gesetzesänderungen das passive Wahlrecht für Ausländer einzuführen.

Im Namen der Bundesregierung bitte ich den Bundesrat, dem Votum des Ausschusses nicht zu folgen, damit das Inkrafttreten der dringend notwendigen Gesetzesänderungen nicht verzögert wird.

Zunächst einige Bemerkungen zu den nicht umstrittenen Punkten: Das Gesetz enthält Vorschriften, die das 1991 anlaufende Verfahren für die nächsten Sozialwahlen erheblich verbessern.

Erstmalig soll der Datenschutz bei der Prüfung der Vorschlagsberechtigung von Arbeitnehmerorganisationen ausdrücklich im Gesetz geregelt und gleichzeitig entscheidend verbessert werden. Sensible Daten sollen künftig nur neutralen Prüfungsinstanzen, den Versicherungsämtern, zugänglich sein. Weiter ist vorgesehen, daß – entsprechend einem Anliegen des Landfrauenverbandes – künftig auch Ehegatten landwirtschaftlicher Unternehmer wählbar sind. Schließlich werden in weiteren Punkten Konsequenzen aus den Erfahrungen der letzten Sozialwahlen gezogen.

Die Gesetzesänderungen, die auch von den Gewerkschaften und den Verbänden der Arbeitgeber begrüßt werden, müssen so schnell wie möglich in Kraft treten. Bereits Ende 1990 hat der Bundeswahlbeauftragte die Termine und Fristen des neu gestalteten Verfahrens öffentlich bekanntzugeben.

Im Februar 1991 beginnt die Prüfung der Vorschlagsberechtigung der Arbeitnehmerorganisationen, die dem entscheidend verbesserten Datenschutz unterliegen soll. Darauf müssen sich alle Beteiligten und die neu zuständigen Versicherungsbehörden bereits Ende 1990 einstellen und die notwendigen Vorbereitungen treffen. Außerdem bedarf es dazu vorher der Anpassung der Wahlordnung an die neuen gesetzlichen Vorschriften.

Ich bin sicher, daß auch den Ländern daran gelegen ist, die ordnungsgemäße Durchführung des verbesserten Wahlverfahrens zu gewährleisten.

Sosehr einerseits die Zeit drängt, die vom Deutschen Bundestag beschlossenen unumstrittenen Gesetzesänderungen wirksam werden zu lassen, so besteht andererseits weder sachlich noch zeitlich in dieser Legislaturperiode ein Handlungsbedarf hinsichtlich der verfassungsrechtlich und politisch umstrittenen Frage der Wählbarkeit von Ausländern.

- (A) Denn eine solche Änderung des Wahlrechts könnte noch in der kommenden Legislaturperiode bis Ende 1991 vorgenommen werden. Wir sollten die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das umstrittene Wahlrecht für Ausländer im Gemeinderecht Schleswig-Holsteins abwarten und auf der Grundlage dieser Entscheidung über die Wählbarkeit von Ausländern bei den Sozialversicherungsträgern rechtlich und politisch beraten.

Hinzu kommt, daß der Zugang von Ausländern zu den Selbstverwaltungsorganen und damit zu hoheitlicher Tätigkeit auch auf EG-Ebene abgestimmt werden sollte. Durch eine übereilte Einführung im laufenden Gesetzesvorhaben würde eine Regelung auf EG-Ebene, die vom Prinzip der Gegenseitigkeit bestimmt sein sollte, unterlaufen.

Ich bitte daher nochmals, von der Anrufung des Vermittlungsausschusses abzusehen und dem Gesetz Ihre Zustimmung zu geben.

Anlage 7

Erklärung

von Minister **Prof. Dr. Bull** (Schleswig-Holstein)
zu **Punkt 11** der Tagesordnung

- (B) Die sogenannten Sicherheitsgesetze (Artikel 2 bis 4 des Gesetzes zur **Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes**) sind aus rechtsstaatlichen Gründen erforderlich. BND und MAD arbeiten weitgehend ohne gesetzliche Grundlage, und der Verfassungsschutz wird in Bund und Ländern auf der Grundlage von Gesetzen tätig, die den Anforderungen an den Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts nicht entsprechen. Maßnahmen der von dem Gesetzespaket erfaßten Sicherheitsbehörden (MAD, BND, Verfassungsschutzbehörden) sind daher — von Ausnahmen z. B. nach dem G-10-Gesetz abgesehen — aus verfassungsrechtlichen Gründen unzulässig, soweit sie in das informationelle Selbstbestimmungsrecht betroffener Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Da dies schon bei jeder Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten der Fall ist, erscheint die Feststellung gerechtfertigt, daß gegenwärtig die Tätigkeit der betreffenden Sicherheitsbehörden im wesentlichen verfassungsrechtlich nicht abgesichert ist. Dies ist nicht länger hinnehmbar.

Der vom Bundesverfassungsgericht für den Erlaß neuer (verfassungsgemäßer) Gesetze eingeräumte sogenannte Übergangsbonus ist für die „Sicherheitsgesetze“ verbraucht. Das hierfür maßgebliche Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts datiert vom Dezember 1983. Seitdem sind fast sieben Jahre vergangen, ohne daß für diese Behörden ausreichende gesetzliche Grundlagen geschaffen worden sind. Der hessische Datenschutzbeauftragte hat darauf hingewiesen, daß selbst bei „außerordentlich wohlwollender Interpretation“ nicht behauptet werden könne, der Bundesgesetzgeber sei in den vergangenen Jahren nicht in der Lage gewesen, den Erwartungen des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen (18. Tätigkeitsbericht, S. 21, 22).

Manche Länder haben deswegen für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in ihrem Lande eigene Verfassungsschutzgesetze erlassen. In Schleswig-Holstein befindet sich ein solches Gesetz im Gesetzgebungsverfahren. Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung würde sich in Widerspruch zu ihrem eigenen Verhalten setzen, wenn sie auf Landesebene ein Verfassungsschutzgesetz initiierte, auf Bundesebene bei gleicher Sachlage aber ein solches Gesetz generell ablehnte. Zu fordern sind aber Verbesserungen im Text der Sicherheitsgesetze; mit dieser Zielrichtung ist der Vermittlungsausschuß anzurufen.

Zwar ist nicht zu bestreiten, daß — wie das Saarland zur Begründung seines Antrags ausführt — die Veränderungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten Einfluß auf die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden, insbesondere auf die Verfassungsschutzbehörden, haben. Dies rechtfertigt aber nicht, die Sicherheitsgesetze generell abzulehnen. Den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, insbesondere in der DDR, ist vielmehr dadurch Rechnung zu tragen, daß der Umfang der Tätigkeiten der Sicherheitsbehörden zu verändern ist. Dies gilt insbesondere für den Verfassungsschutz. Schleswig-Holstein hat beispielsweise die Beobachtungstätigkeit des Verfassungsschutzes gegenüber dem orthodoxen Kommunismus ganz erheblich reduziert und die Spionageabwehr Tätigkeit zurückgenommen. Die Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa berechtigen aber nicht zur Abschaffung z. B. des Verfassungsschutzes. Gefährdungen beispielsweise durch den Terrorismus bleiben ebenso bestehen wie solche durch eine — allerdings veränderte — Spionagetätigkeit.

(D)

Auch im Hinblick auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erscheint es besser, rechtsstaatlich einwandfreie Sicherheitsgesetze zu erlassen, als derartige Gesetze zu verhindern. Die vom Saarland vorgeschlagene Streichung der Sicherheitsgesetze würde den jetzigen verfassungswidrigen Zustand verlängern und möglicherweise auf ein vereintes Deutschland übertragen. Rechtsstaatlich einwandfreie neue Sicherheitsgesetze könnten Modellcharakter für Gesetze haben, die in Gesamtdeutschland gelten könnten. Über die Frage, ob der eine oder andere Sicherheitsdienst in seinem Charakter geändert oder gar abgeschafft werden sollte und ob dazu auch Gesetzesänderungen nötig sind, kann anschließend diskutiert und entschieden werden.

Anlage 8

Erklärung

von Minister **Kasper** (Saarland)
zu **Punkt 11** der Tagesordnung

Für Herrn Minister Läßle gebe ich folgende Erklärung zu Protokoll:

Das uns heute vorliegende, vom Deutschen Bundestag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen verabschiedete Gesetz zur **Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes** trägt in bezug auf das Bundesdatenschutzgesetz einer Reihe wichtiger Forderungen des Bundesrates Rechnung, die dieser in seinem Beschluß im ersten Durchgang am 10. Februar

(A) 1989 formuliert hatte. Ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren, sondern lediglich einige Punkte beispielhaft aufgreifen.

Im öffentlichen Bereich soll jeder Umgang mit personenbezogenen Daten in den Schutz des Bundesdatenschutzgesetzes einbezogen werden. Mit der Einbeziehung der Phase der Datenerhebung in das BDSG und der Einbeziehung der Datenverarbeitung in Akten wird die noch im Entwurf der Bundesregierung vorgesehene Aufsplitterung von Datenschutzregelungen in solche des BDSG einerseits und des Verwaltungsverfahrensgesetzes andererseits aufgegeben. Dies möchte ich hier ausdrücklich begrüßen, zumal diese Konzeption den neuen Datenschutzgesetzen der Länder Hessen, Bremen und Nordrhein-Westfalen entspricht.

Das gleiche gilt für die Einführung der Gefährdungshaftung für jede falsche oder rechtlich nicht zulässige Datenverarbeitung und für die Wahl des Datenschutzbeauftragten durch das Parlament sowie die Ausdehnung seiner Kontrollbefugnisse auf Akten.

Die auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen den Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag verabschiedeten Datenschutzregelungen für den nicht-öffentlichen Bereich bleiben jedoch erheblich hinter den Empfehlungen des Bundesrates im ersten Durchgang zurück. Die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten durch nicht-öffentliche Stellen soll nach dem vorliegenden Gesetz weiterhin nicht durch das BDSG erfaßt werden.

(B) Der Forderung des Bundesrates, die Datenschutzaufsichtsbehörden mit weitergehenden Befugnissen auszustatten, ist nicht erfüllt worden.

Zu beanstanden ist weiterhin beispielsweise auch, daß sich offenbar Verleger von Adreßbüchern sowie von Telefon- und Branchenverzeichnissen in erheblich weitergehendem Maße auf das sogenannte Medienprivileg berufen können, als dies noch im Regierungsentwurf vorgesehen war.

Auch die Zweckbindung übermittelter Daten auf Seiten des Empfängers wird im Vergleich zum Regierungsentwurf in gravierender Weise eingeschränkt.

Und nicht zuletzt halte ich es für notwendig, die Einrichtung automatisierter Abrufverfahren im öffentlichen Bereich nur nach Maßgabe einer speziellen Rechtsvorschrift zuzulassen.

Aus diesen Gründen und wegen anderer noch vorhandener Mängel empfehlen die Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein, den Vermittlungsausschuß anzurufen.

Die Anträge zu Artikel 1 des Gesetzes, dem BDSG, wie sie in der Drucksache 379/1/90, Teil A, Ziffern 1 bis 16, niedergelegt sind, verfolgen das Ziel, weitere notwendige Verbesserungen des Bundesdatenschutzgesetzes im Sinne der Beschlüsse des Bundesrates vom 10. Februar 1989 zu erreichen. Ich gehe davon aus, daß dieses Anliegen hier heute eine breite Mehrheit finden wird.

Ein zusätzliches Problem ist durch die grundlegenden Veränderungen der vergangenen Monate in Mittel- und Osteuropa hervorgerufen worden. Wäre die

jetzige Fassung der Artikel 2 bis 4 des Gesetzes vor zwei Jahren vorgelegt worden, hätten wir damals vermutlich — bei Berücksichtigung der sich aus den Ausschüßempfehlungen ergebenden Änderungen — zugestimmt. Nachdem sich aber zwischenzeitlich die politische Situation in Mittel- und Osteuropa grundlegend verändert hat, ist es eine zwingende Folge, sich noch einmal gründlich über Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden und der Nachrichtendienste Gedanken zu machen. Das Verfassungsschutzgesetz des Bundes stammt vom September 1950 und ist im August 1972 nur teilweise novelliert worden. Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind seinerzeit unter völlig anderen Bedingungen definiert worden.

Bei der Intensität der Kontakte zwischen Bundesregierung und DDR-Regierung befremdet es mich, daß die Koalitionsfraktionen im Bundestag der neuen Situation im früheren Ostblock, vor allem der Ablösung der SED-Diktatur durch eine parlamentarische Demokratie, nicht durch eine einzige Änderung der Gesetzesentwürfe für Verfassungsschutz, MAD und BND Rechnung getragen haben.

Dem besonderen Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger der DDR, diesen sensiblen Bereich mitzugestalten, sollte Rechnung getragen werden. Wenn neue Regelungen für das Bundesamt für Verfassungsschutz, MAD und BND getroffen werden, dann müssen sie für einen neuen gesamtdeutschen Staat tragfähig sein. Wir können nicht heute Gesetze passieren lassen, die nach dem Zusammenschluß beider deutscher Staaten keinen dauerhaften Bestand haben können. (D)

Welche Veränderungen der Aufgabenstellung der Nachrichtendienste sich im einzelnen aus der politischen Entwicklung ergeben werden, ist bislang noch nicht ermittelt worden. Zur Zeit befaßt sich eine Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz mit den Folgerungen, die sich aus dem deutsch-deutschen Einigungsprozeß für den Verfassungsschutz ergeben. Dieser Arbeitsgruppe gehört auch der Bundesminister des Innern an, der sogar den Vorsitz führt.

Gesetzliche Regelungen über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes einerseits und der Rechte der Bürger, insbesondere beim Schutz ihrer personenbezogenen Daten, andererseits sollten auch deshalb so lange zurückgestellt werden, bis die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe vorliegen und die Innenministerkonferenz darüber einen Beschluß gefaßt hat.

Lassen Sie es uns angesichts dieses Verfahrensstandes so halten, wie der Abgeordnete Dr. Hirsch (FDP) vor dem Deutschen Bundestag am 31. Mai 1990 hierzu erklärt hat — ich zitiere wörtlich —:

Wir wollen und können die Frage, ob es einen Verfassungsschutz — und welche Art von Verfassungsschutz — nach der deutschen Vereinigung in einem deutschen Gesamtstaat geben sollte, nicht präjudizieren.

Zu den Aufgaben des MAD möchte ich im übrigen darauf hinweisen, daß er nicht Aufgaben erhalten darf, die denen des Verfassungsschutzes entsprechen.

- (A) Er darf nur den Auftrag bekommen, Informationen über sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Aktivitäten gegen die Bundeswehr zu sammeln.

Die bezüglich des BND-Gesetzes bestehenden verfassungsrechtlichen Fragen, insbesondere inwieweit es für die Sammlung personenbezogener Informationen im Ausland, vor allem auch bei Deutschen im Ausland, einer gesetzlichen Ermächtigung bedarf, sollten unter Beteiligung der Parlamentarischen Kontrollkommission und des Gremiums zur Haushaltskontrolle des BND vom Deutschen Bundestag geklärt werden.

Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, sowohl die Änderungsempfehlungen der Ausschüsse gemäß Drucksache 379/1/90, Teil A, Ziffern 1 bis 16 (diese betreffen Artikel 1) als auch den Antrag des Saarlandes zu den Artikel 2 bis 4 — sozusagen hilfsweise, verbunden mit den Änderungsempfehlungen der Ausschüsse, Ziffern 17 bis 37 — zu unterstützen. Durch den Antrag des Saarlandes könnten wir ein Signal in Richtung DDR setzen, das deutlich macht, daß wir auf deren Belange Rücksicht nehmen wollen.

Anlage 9

Erklärung

von Parl. Staatssekretär **Dr. Waffenschmidt** (BfM)
zu **Punkt 11** der Tagesordnung

- (B) Das Ihnen vom Deutschen Bundestag zur Annahme empfohlene Gesetz zur **Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes** hat einen langen Weg hinter sich.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode ist der Versuch unternommen worden, das Datenschutzgesetz zu novellieren und im Bereich der Sicherheitsbehörden gesetzliche Grundlagen für die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten zu schaffen.

Ein entsprechender Entwurf hat diesem Hohen Hause bereits vorgelegen; jedoch konnten im Deutschen Bundestag die Arbeiten daran vor Ende der Legislaturperiode nicht mehr abgeschlossen werden.

Auch über das jetzt vorliegende Gesetz ist nicht nur in den gesetzgebenden Gremien, sondern auch in der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert worden. Die Diskussionen haben die Schwierigkeit der Lösung sowohl in tatsächlicher als auch rechtlicher Hinsicht aufgezeigt und verdeutlicht.

Es geht darum, Zielkonflikte, die sich im Spannungsfeld zwischen Datenschutz auf der einen und dem Informationsbedarf einer modernen Gesellschaft und ihren Anforderungen an eine leistungsfähige Verwaltung auf der anderen Seite ergeben, angemessen zu lösen.

Heute kann ich sagen: Diese schwierige Aufgabe wird mit dem zur Annahme empfohlenen Gesetzeswerk gelöst.

Es gibt, wie bereits bei der zweiten und dritten Lesung im Deutschen Bundestag ausgeführt wurde, bei den Diskussionen um akzeptable Lösungen keine Sie-

ger und keine Verlierer, sondern nur Gewinner. Gewinner sind die Bürger, die ein Gesetz bekommen, das den Zielkonflikt zwischen dem Anspruch auf einen ausreichenden Schutz ihrer Daten und dem Anspruch auf eine leistungsfähige Verwaltung in einer guten Weise löst.

Ich möchte den Inhalt der Weiterentwicklung des Datenschutzgesetzes jetzt nicht im einzelnen vortragen. Feststellen möchte ich aber:

- Die Regelungen für den öffentlichen Bereich gewähren dem Bürger einen angemessenen Schutz gegen unberechtigte Eingriffe in sein Persönlichkeitsrecht durch den Staat. Zugleich wird den Behörden das an Information zugestanden, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Mit der Einbeziehung der Akten in das Datenschutzgesetz ist die von der Bundesregierung vorgesehene besondere Regelung im Verwaltungsverfahrensgesetz nicht mehr erforderlich.
- Im nicht-öffentlichen Bereich sind die sich gleichrangig gegenüberstehenden Grundrechtspositionen der Betroffenen und derjenigen, die deren Daten verarbeiten und nutzen wollen, zu einem abgewogenen Ausgleich gebracht worden.
- Besonders herausheben möchte ich, daß die Unabhängigkeit des Bundesbeauftragten für den Datenschutz gestärkt worden ist. Nicht mehr der Bundesminister der Innern allein wählt ihn aus, sondern die Bundesregierung wird ihn künftig dem Deutschen Bundestag zur Wahl vorschlagen. Dieses oder ein ähnliches Verfahren wird in der überwiegenden Zahl der Länder bereits praktiziert und hat sich dort bewährt.

Schließlich lohnt ein Blick über die Grenzen auf die Datenschutzvorschriften in den Nachbarstaaten der EG. Auch insoweit braucht das Gesetz den Vergleich nicht zu scheuen; es kann sogar als vorbildlich bezeichnet werden.

Durch die drei Nachrichtendienst-Gesetze, die gleichfalls Teil des vorgelegten Gesetzespaketes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes sind, werden auch die Rechtsgrundlagen für die Sicherheitsbehörden den Maßstäben des Volkszählungsurteils angepaßt. Die Bundesregierung begrüßt es, daß die rechtspolitische Diskussion nunmehr auch auf diesem schwierigen Gebiet der inneren Sicherheit ihren Abschluß findet. Die Behörden, mit denen wir es hier zu tun haben, sind Nachrichtendienste, also Stellen, die nichts anderes zu tun haben, als Informationen zu sammeln und aufzubereiten. Die Einbeziehung ihrer Rechtsgrundlagen in das Regelungsvorhaben, das sich mit Informationsverarbeitung und Datenschutz befaßt, war also naheliegend.

Zu diesen Entwürfen und den von ihnen erfaßten Behörden wurden in der öffentlichen Berichterstattung wiederholt unrichtige, zum Teil sogar unsinnige Ansichten vertreten. Es wurde — und wird immer noch — übersehen, daß diese Behörden einzig und allein die Aufgabe haben, diejenigen Personen und ihre Aktionen möglichst frühzeitig zu erkennen, deren Ziel es ist, die Bundesrepublik Deutschland, also unseren Staat und seine Gesellschaftsordnung, von innen heraus oder von außen zu beseitigen. Hierbei

(A) geht es nicht um x-Beliebiges, sondern um den Kernbestand unseres Gemeinwesens, um die Essentialia, die wir bewahren müssen, wenn wir auch in Zukunft ein Leben in Freiheit und Sicherheit führen wollen. Ich hebe dies deshalb hervor, weil immer wieder behauptet wird, man solle jetzt die politischen Extremisten gefälligst in Ruhe lassen. Sie stellten keine Gefahr für unseren Staat dar; man solle die Auseinandersetzung mit ihnen auf rein politischem Wege führen.

Unsere Verfassungslage ist indes eine andere, und sie ist es aus guten Gründen: Die freiheitlich verfaßte Demokratie ist nicht nur die beste und daher am meisten schützenswerte; sie ist auch eine verwundbare Staatsform. Sie lebt davon, daß die Bürger sie bejahen, sie mit Leben erfüllen. Begegnet man ihr mit Gleichgültigkeit, so gerät ihr Gleichgewicht in Gefahr, und extremistische Angriffe von innen und außen können sie stören oder gar zerstören. Der Früherkennung dessen und der richtigen Einschätzung des Gefahrenpotentials solcher Aktivitäten dienen die Nachrichtendienste.

(B) Ich denke, daß die grundsätzliche Entscheidung unserer Verfassung für die wehrhafte Demokratie auch in einem vereinten Deutschland richtig bleiben wird. Auch in Zukunft werden wir einen Verfassungsschutz brauchen, und für das vereinte Deutschland wird das in gleichem Maße gelten. Die politische Entwicklung in der DDR und im sonstigen bisherigen kommunistischen Machtbereich hat selbstverständlich Auswirkungen auf die Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes, und dieser hat sich den eingetretenen Wandlungen durch Verlagerung der Schwerpunkte und ebenso durch Konzeptionen hinsichtlich Organisation und Personaleinsatz auch längst in seiner praktischen Arbeit angepaßt. Und auch im übrigen werden wir, was den Aufgabenbereich angeht, über neue Fragestellungen nachzudenken haben, die nicht unmittelbar mit der kommenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten zusammenhängen. Ich will diesen Punkt hier nicht weiter vertiefen. Auf jeden Fall aber können uns solche Überlegungen nicht dazu veranlassen, die Beratung des vorliegenden Gesetzbeschlusses, was den nachrichtendienstlichen Teil anlangt, zu vertagen.

Auch im Hinblick auf die deutschlandpolitische Entwicklung sehe ich keinen Anlaß, die Dinge weiter aufzuschieben. Wie bereits im Regierungsentwurf dargelegt, ist das Bundesverfassungsschutzgesetz — übrigens auch im Hinblick auf die Entwicklung der Gesetzgebung in den Ländern — der Rechtsfortbildung in der Bundesrepublik Deutschland anzupassen. Die Probleme sind lange und intensiv beraten und nunmehr auch hinsichtlich des MAD-Gesetzes und des BND-Gesetzes zur Verabschiedung reif. Es sei in diesem Zusammenhang gerade auch auf die Problematik des Übergangsbonus hingewiesen. Soweit wir auf ihn angewiesen sind, sollten wir nicht über das Ende dieser Legislaturperiode hinaus weiter zuwarten.

Nun zu den Entwürfen im einzelnen: Die Gesetze über die Nachrichtendienste betreten weitgehend gesetzgeberisches Neuland, indem in detaillierten Aufgaben- und Befugnisregelungen festgeschrieben

wird, unter welchen Voraussetzungen diese Behörden Informationen erheben, auswerten und weitergeben dürfen. Es sind Vorschriften vorgesehen über die Anwendung und Kontrolle der elektronischen Datenverarbeitung, Vernichtungsregelungen, umfangreiche Schutzvorschriften für Daten über Minderjährige, Prüf- und Berichtspflichten, Abwagungsgebote mit den Rechten des Betroffenen und vieles andere mehr. Ich empfehle daher allen Kritikern, sich zunächst mit dem jetzt geltenden Rechtszustand zu beschäftigen.

Jedem, der sich unvoreingenommen mit der Materie auseinandersetzt, wird dann überdeutlich, welchen Fortschritt an Grundrechtssicherung des einzelnen und an Rechtsstaatlichkeit die Entwürfe mit sich bringen. Dies gilt insbesondere auch im internationalen Vergleich mit dem Rechtszustand in den anderen westlichen Demokratien.

Eines aber darf nicht übersehen werden: Die gesetzlich präzierte Regelung der Arbeit der Nachrichtendienste hat zwei Seiten: Auf der einen steht das Recht des einzelnen, sich frei zu entfalten und über die ihn betreffenden Daten grundsätzlich selbst bestimmen zu dürfen. Doch ebenso bedeutet das Recht auf ein Leben in Freiheit auch das Recht auf ein Leben in Sicherheit.

Unser Gemeinwesen muß dies garantieren. Diesen Freiraum gilt es zu schützen gegen Zwangsbeglückung und Intoleranz, gegen jene, die letztlich die Abschaffung der gesellschaftlichen und politischen Pluralität in unserem Land wollen. Beiden Interessen, beiden Aspekten der Freiheit muß die gesetzliche Fixierung der Arbeit der Nachrichtendienste gerecht werden. Daher stecken die Entwürfe bereits voller Kompromisse — das muß ich hinzufügen —, auf die einzugehen dem Bundesministerium des Innern in Einzelheiten nicht immer leichtgefallen ist. (D)

Es hat nun mehr als sechs Jahre intensiver Beratungszeit zwischen den Bundesressorts, in der Koalition, mit den Ländern, mit Wissenschaftlern und mit Datenschutzbeauftragten bedurft, um auf den jetzigen Regelungsstandard zu gelangen. Ich betone dies deshalb, weil von zu kurzer Beratungszeit und überstürzter Verabschiedung der Entwürfe unter diesen Umständen beim besten Willen nicht gesprochen werden kann.

Ich bitte deshalb den Bundesrat, dem Gesetzesbeschluß zuzustimmen.

Anlage 10

Erklärung

von Staatssekretär **Sauter** (Bayern)
zu **Punkt 18** der Tagesordnung

Vor genau neun Monaten wurde der Antrag Bayerns, der dem vorliegenden Gesetz zugrunde liegt, erstmals im Bundesrat behandelt. Es ging um die erste Initiative des Bundesrates zum **privaten Mietrecht** seit Jahren.

Anlaß für den bayerischen Vorstoß war schon damals die schwierige Situation der Mieter in Ballungsräumen wie etwa München. Die Initiative be-

- (A) schränkte sich auf ein kleines, aber besonders wichtiges Gebiet: den Schutz der Mieter von Wohnungen, an denen nachträglich Wohnungseigentum begründet wird. In diesen Fällen befindet sich der Mieter in einer besonders schwierigen Situation. Die Wohnungen werden nicht selten von Personen erworben, die selbst einziehen wollen. Der Mieter ist dann einer Kündigung wegen Eigenbedarfs ausgesetzt. Er muß die Wohnung räumen und trifft dabei auf einen überhitzten Wohnungsmarkt. In dieser Lage soll ihm eine längere Kündigungssperrfrist ausreichend Zeit für die Suche nach einer angemessenen Ersatzwohnung geben.

Wir freuen uns darüber, daß der Bundestag den Vorschlag des Bundesrates so rasch aufgegriffen hat. Er hat zwar die Kündigungssperrfrist nicht, wie vom Bundesrat angeregt, auf sieben Jahre verlängert. Aber immerhin stellt auch der nunmehr erzielte Kompromiß von fünf Jahren eine deutliche Verbesserung für die Mieter dar.

Ein Aspekt des neuen Gesetzes scheint mir von allgemeinerer Bedeutung zu sein. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, die in dem Entwurf enthaltene Verschärfung des Mietrechts zu Lasten der Vermieter nur dort einzuführen, wo dies durch die besondere Lage des Wohnungsmarktes geboten ist. Der Bundestag hat zwar für die Abgrenzung dieser Gebiete eine andere Formel gefunden. Die Konzeption aber, die Differenzierung der mietrechtlichen Regelungen nach dem jeweiligen Wohnungsmarkt, hat er gebilligt. Dies begrüße ich ausdrücklich. Denn inzwischen hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärft. Das vorliegende Gesetz kann nur ein erster Schritt sein. Weitere gravierende Einschnitte in das Mietrecht, vor allem im Bereich der Mietpreisbildung, sind unumgänglich. Auch hier hat Bayern inzwischen gehandelt und im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Begrenzung des Mietanstiegs vorgelegt. Er beruht, wie das vorliegende Gesetz, auf dem Gedanken, daß einschneidende Eingriffe in die Rechtsposition des Vermieters nur dort vorgenommen werden sollen, aber auch nur dort gerechtfertigt sind, wo der Mieter wegen einer Wohnungsmangelsituation besonders schutzbedürftig ist. Nur ein solches Konzept eines gespaltenen Mietrechts wird dem verfassungsrechtlichen Gebot an den Gesetzgeber gerecht, die Belange des Mieters und des Vermieters zu einem der jeweiligen Situation angemessenen Ausgleich zu bringen, ohne das Eigentum des Vermieters in einer übermäßigen, durch die soziale Funktion nicht gebotenen Weise zu beschränken.

Es ist erfreulich, daß in einer Zeit, in der die Schwierigkeiten für die Mieter in vielen Bereichen zunehmen, dank einer auf Bayern zurückgehenden Initiative des Bundesrates nunmehr wenigstens in einem besonders problematischen Bereich eine deutliche Verbesserung für die Mieter eintritt. Ich hoffe aber auch, daß dies nur ein Auftakt für weitere Maßnahmen des Gesetzgebers zugunsten der Mieter ist. Die entsprechenden Vorschläge liegen, durch Bayern initiiert, auf dem Tisch. Möge das vorliegende Gesetz ein gutes Omen dafür sein, daß wir auch in anderen Bereichen des Mietrechts bald mit guten Nachrichten für die Mieter aufwarten können.

Anlage 11

Erklärung

von Parl. Staatssekretär **Dr. Jahn** (BNI)
zu **Punkt 18** der Tagesordnung

Der wohnungspolitische Zweck des Gesetzesbeschlusses, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu erschweren, entspricht auch den Zielsetzungen der Bundesregierung.

Der Gesetzesbeschluß knüpft an die bisherige Regelung an, die bei Umwandlung einen Mieterschutz von drei Jahren vorsieht. Ein solcher Schutz kann angesichts der schwierigen Wohnungssituation in den Ballungszentren nicht mehr genügen. Die Bundesregierung hält daher die Entscheidung für vertretbar, die Kündigungssperrfrist in bestimmten Gebieten von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Die vom Bundesrat ursprünglich beschlossene Verlängerung auf sieben Jahre würde aber die Eigentumsrechte der Vermieter unverhältnismäßig beschränken.

Die Verlängerung der Kündigungssperrfrist ist auf Gebiete beschränkt, in denen die Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen besonders gefährdet ist. Hier — in ausgesprochenen Brennpunkten der Wohnungsversorgung —, und nur hier, soll die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschwert werden. Ein allgemein erhöhter Wohnungsbedarf genügt hierfür ebenso wenig wie eine allgemeine Gefährdung der Wohnungsversorgung. Die Gefährdung der Versorgung muß sich auf Mietwohnungen beziehen und besonders akut sein.

Die Landesregierungen haben die durch Rechtsverordnung erfolgende Bestimmung der Gebiete auf fünf Jahre zu befristen. Eine Verlängerung der Rechtsverordnung setzt voraus, daß die besondere Gefährdung der Versorgung mit Mietwohnungen fortbesteht.

Aus alledem wird deutlich: Die fünfjährige Kündigungsfrist hat Ausnahmecharakter. Sie erfaßt nur eng begrenzte Gebiete und kommt nur in Zeiten besonderen Wohnungsmangels zum Tragen. Ich appelliere mit Nachdruck an die Landesregierungen, diesen Ausnahmecharakter der Vorschriften beim Erlaß der entsprechenden Verordnungen zu berücksichtigen.

Im übrigen ist die Bundesregierung zuversichtlich, daß die bereits beschlossenen wohnungsrechtlichen Maßnahmen im Verlauf weniger Jahre zur Beseitigung der augenblicklichen Engpässe führen werden und keine Notwendigkeit für die Verlängerung der Kündigungssperrfristen mehr bestehen wird.

Anlage 12

Erklärung

von Minister **Kasper** (Saarland)
zu **Punkt 19** der Tagesordnung

Für Herrn Minister Leinen gebe ich folgende Erklärung zu Protokoll:

Die Entwicklung ökonomischer Instrumente für den Umweltschutz gewinnt immer mehr an Bedeutung.

- (A) Mit dem **Abwasserabgabengesetz** verfügen wir über ein wirkungsvolles Instrument, das schon seit Jahren zu einer stärkeren Ökologisierung der Wirtschaft beiträgt.

Einen wirtschaftlichen Anreiz kann die Abwasserabgabe aber nur dann entfalten, wenn der Abgabesatz so bemessen ist, daß er die Kosten der Abwasserreinigung übersteigt.

Dieser Effekt kann mit der im Gesetzesbeschluß vorgesehenen Erhöhung des Abgabesatzes um jeweils 10 DM in den Jahren 1991 und 1993 nicht erreicht werden. Bereits in seinem Sondergutachten zur Abwasserabgabe von 1974 hat der Sachverständigenrat einen Abgabesatz von 80 DM je Schadeinheit für erforderlich gehalten, um eine wirksame Anreizwirkung zu gewährleisten.

Deshalb ist eine deutliche Anhebung des derzeitigen Abgabesatzes von 40 DM dringend geboten. Die von uns geforderte Anhebung des Abgabesatzes ermöglicht durch ihre Höhe wie durch ihren Erhöhungsrhythmus eine dynamische Entwicklung im Abwasserbereich. Dadurch kann sowohl der Nachholbedarf an Abwasserbehandlungsanlagen gedeckt als auch der Ausbau der Kläranlagen nach dem neuesten Stand der Reinigungstechnik forciert werden. Zudem wird allen Betroffenen eine sichere Kalkulationsgrundlage geboten.

- (B) Es entspricht der Natur der Abwasserabgabe, daß sie zweckbestimmt zur Verbesserung unserer Gewässer eingesetzt wird. Eine Einengung dieser Zweckbestimmung auf den Bau von Abwasseranlagen wird weder den Erkenntnissen der Gewässerökologie noch der bisherigen Praxis gerecht. Die in Artikel 1 Nummer 5 des Gesetzesbeschlusses formulierte Zweckbestimmung wird deshalb den Intentionen des Abwasserabgabengesetzes nicht gerecht. Es ist deswegen erforderlich, diesen Passus zu streichen und die bisherige, zufriedenstellende Regelung des § 13 beizubehalten.

Die eutrophierende Wirkung von Phosphor und Stickstoff ist spätestens bekannt, seit die Algenblüte vielen den Spaß am Bad im Meer gründlich verdorben hat. Ein erster Schritt zur Reduzierung der Nährstoffe im Gewässer wurde mit dem „Aktionsprogramm Rhein“ und dem zur Zeit in Arbeit befindlichen „Aktionsprogramm Mosel/Saar“ sowie den entsprechenden Abwasserverwaltungsvorschriften getan. Da aber Maßnahmen zur Reduzierung der Nährstoffe und der Entwicklung von Reduzierungs- und Vermeidungstechnologien nur über monetäre Eingriffe möglich sind, ist die Herabsetzung der Schwellenwerte im Abwasserabgabengesetz angebracht. Die Bundesregierung darf aber nicht vergessen, dazu die wasserrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Ich darf Sie deshalb bitten, dem Antrag des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Ihre Zustimmung zu geben.

Anlage 13

Erklärung

von Staatssekretär **Stroetmann** (BMU)
zu **Punkt 19** der Tagesordnung

Die 3. Novelle zum **Abwasserabgabengesetz** ist ein weiterer wichtiger Baustein in dem überwiegend bereits verabschiedeten Gesetzespaket zum Ausbau der ökologischen Marktwirtschaft. Auch in dieser Legislaturperiode ist das umweltpolitische Instrumentarium wieder in seiner ganzen Breite und Vielfalt verbessert und so die Basis für eine neue Sicherheitskultur unserer Industriegesellschaft gelegt worden. Hervorheben möchte ich insbesondere die Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung durch das UVP-Gesetz, die umfangreichen Ergänzungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, das neue Chemikaliengesetz mit einer Reihe von Verordnungen zum sicheren Umgang mit gefährlichen Stoffen, die Ausfüllung des Abfallgesetzes durch Verordnungen und die Technische Anleitung Abfall sowie den Erlass und die Fortschreibung von mittlerweile 26 Verwaltungsvorschriften nach § 7 a WHG zur drastischen Begrenzung der Gewässerbelastung durch gefährliche Stoffe und Nährstoffe.

Mit der Novellierung des Abwasserabgabengesetzes soll auch das den Vollzug des Ordnungsrechts flankierende, mit ökonomischen Anreizen operierende Abgabement verschärft werden. Ich bin davon überzeugt, daß gerade mit dem kombinierten Einsatz von verfeinerten ordnungsrechtlichen und flexiblen marktwirtschaftlichen Instrumenten die notwendigen durchgreifenden Erfolge im Umweltschutz zu erreichen sind. Dieser Strategie gehört die Zukunft. (D)

Der gewässerschutzpolitische Anlaß der 3. Novelle ist bekannt: Es ist der übermäßige Nährstoffeintrag in Nord- und Ostsee, der das massenhafte Algenwachstum im Sommer 1988 ausgelöst hat. Vor diesem Hintergrund war es im Bundesrat möglich, die von der Bundesregierung vorgeschlagenen scharfen Mindestanforderungen für die Verringerung von Nährstoffen im Abwasser durchzusetzen. Als flankierende Maßnahme hat die Bundesregierung den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes vorgelegt.

Die vorliegende Novelle ist allerdings keine bloße „P+N-Novelle“, die lediglich der erst am 1. Januar 1989 in Kraft getretenen und in wesentlichen Teilen sogar erst am 1. Januar 1990 wirksam gewordenen, umfassend angelegten 2. Novelle nachgeschoben wird. Sie bringt neue Elemente in die Konzeption der Abwasserabgabe, die sich sehr vorteilhaft auf den Gewässerschutz auswirken werden. Im wesentlichen handelt es sich um folgende Neuerungen:

1. Die Aufnahme von Phosphor und Stickstoff in den Parameterkatalog des Abwasserabgabengesetzes trägt der gestiegenen gewässerschutzpolitischen Bedeutung dieser Nährstoffe und den abwassertechnischen Fortschritten bei der Nährstoffeliminierung Rechnung. Die im Gesetz vorgesehene abgaberechtliche Bewertung der Schädlichkeit ist ausreichend und im Verhältnis zu den anderen Schadparametern, insbesondere zum CSB, ausgewogen. Die Anreize, die von der künftig zu zahlenden Abgabe ausgehen, werden vor allem die Anpassung vorhandener Einleitungs-

- (A) gen an die neuen Anforderungen erheblich beschleunigen.

2. Die stufenweise Anhebung des Abgabesatzes innerhalb weniger Jahre von 40 DM auf 70 DM je Schadeinheit führt zu einer generellen Stärkung der Anreizfunktion des Gesetzes und wird in ganzer Breite die Investitionsbereitschaft der Einleiter erhöhen. Diese Steigerung muß im Zusammenhang mit der erheblichen Nettoabgabenerhöhung der 2. Novelle gesehen werden, die, wie Sie wissen, zwar nicht den Abgabesatz, aber den Bemessungsmaßstab erheblich verschärft hat. Gerade auch vor diesem Hintergrund hält die Bundesregierung die vom Umweltausschuß des Bundesrates empfohlene Anhebung des Abgabesatzes bis auf 140 DM nicht für notwendig und zumindest für einige Branchen nicht für vertretbar.

3. Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Neukonzeption der Restschmutzabgabe, die immer wieder kontrovers diskutiert wird. Der stufenweise Abbau der für die Einhaltung der ordnungsrechtlichen Anforderungen eingeräumten Ermäßigung von 75 auf 40 und schließlich auf 20 % des Abgabesatzes jeweils nach vier Jahren führt dazu, daß der Einleiter ständig bestrebt sein wird, seine Abwasserbehandlung zu verbessern. Dadurch fallen nicht nur weniger Schadeinheiten an, sondern es wird auch der Ermäßigungsmechanismus beim Abgabesatz erneut in Gang gesetzt. Starre Abgabesätze tendieren demgegenüber zur Zementierung des erreichten technischen Standes. Zukunftsorientierte Umweltvorsorge zielt vor allem auf die Minimierung des Restschmutzes ab und verlangt hierfür dynamische Prozesse. Mit der neuen Restschmutzregelung wird erstmalig ein eigenes wirtschaftliches Interesse der Abwassereinleiter an der Fortschreibung der Mindestanforderungen ausgelöst. Auch dies eröffnet neue Perspektiven.

4. Der Einleiter kann künftig mit der Abwasserabgabe drei Jahre lang alle Investitionen verrechnen, die zu einer Reduzierung der Schadstoffeinträge um mindestens 20 % führen. Dies soll rückwirkend auch für die dringend notwendigen Investitionen in die Nährstoffeliminierung gelten. Durch möglichst einfache, unbürokratische Regelungen wollen wir unser eigentliches Ziel erreichen: Der Einleiter soll investieren, nicht Abwasserabgabe zahlen.

5. Das Aufkommen der Abwasserabgabe ist künftig gezielter als bisher zur Lösung dringender Gewässerschutzprobleme einzusetzen. Die Länder dürfen deshalb nur noch bis zu 10 % statt des gesamten Aufkommens zur Deckung ihres Verwaltungsaufwandes verwenden. Darüber hinaus wird der Katalog der förderungsfähigen Maßnahmen gestrafft. Diese im Regierungsentwurf noch nicht enthaltene und aus der Sicht der Länder sicherlich nicht einfach hinzunehmende Gesetzesänderung geht auf die massive Kritik zurück, die in der Sachverständigenanhörung vor dem Umweltausschuß des Deutschen Bundestages an der derzeitigen Praxis der Mittelverwendung geübt worden ist. Nach Auffassung der Bundesregierung sollte es den Ländern möglich sein, dem verständlichen Wunsch des Bundestages nach einem gezielteren Einsatz des Abgabeaufkommens zu folgen, ohne die Finanzierung anderer wichtiger Gewässerschutzaufgaben zu vernachlässigen.

Die dargestellten Änderungen machen deutlich: Die Abwasserabgabe in ihrer neuen Konzeption wird wesentlich schlagkräftiger. Hierzu tragen auch die nach intensiven parlamentarischen Beratungen beschlossenen Veränderungen des Regierungsentwurfs bei, die der Bundesumweltminister maßgeblich mitgearbeitet hat und mitträgt. Gegen den Regierungsentwurf hatte der Bundesrat im ersten Durchgang keine Einwendungen erhoben. Die vorliegende Gesetzesfassung verstärkt noch die Schlagkraft der Abwasserabgabe und müßte daher für den Bundesrat noch eher akzeptabel sein.

Das wasserrechtliche Instrumentarium hat jetzt einen hohen Stand erreicht, der es ermöglicht, die Gewässer wirksam zu schützen. Nun sind in erster Linie die für den Vollzug des Wasserrechts zuständigen Länder und die Abwasserproduzenten gefordert. Die Politik sollte nach zwei kurz nacheinander erlassenen Novellen sowohl den Wasserbehörden als auch den betroffenen Einleitern genügend Zeit geben, die neuen Regelungen in die Praxis umzusetzen. Ich bin zuversichtlich, daß wir mit einer respektablen Erfolgsbilanz rechnen können, die sich auch europaweit sehen lassen kann.

Anlage 14

Erklärung

von Staatsminister **Prof. Dr. Hill** (Rheinland-Pfalz) zu **Punkt 20** der Tagesordnung

Die Landesregierung nutzt die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die **Verbesserung des Systems der Abstimmung zwischen militärischer und ziviler Luftraumüberwachung** dringend geboten ist. (D)

Diese Forderung ist auf Antrag des Landes Rheinland-Pfalz bereits zum Gegenstand des Beschlusses des Bundesrates vom 10. November 1989 (Drs. 61/89) gemacht worden. Vor dem Hintergrund der jüngsten Zwischenfälle im Luftraum über Rheinland-Pfalz — ich erinnere an den Beinahe-Zusammenstoß einer britischen Verkehrsmaschine mit zwei US-Militärjets sowie an die Kollision einer amerikanischen Militärmaschine mit einem Segelflugzeug — duldet die Schaffung und Umsetzung eines zivil-militärischen Betriebskonzeptes keinen Aufschub mehr.

Anlage 15

Erklärung

von Minister **Dr. Krumsiek** (Nordrhein-Westfalen) zu **Punkt 20** der Tagesordnung

Mit dem Zehnten Gesetz zur Änderung des **Luftverkehrsgesetzes** soll die Flugsicherung neu organisiert werden. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden.

Im letzten Augenblick jedoch, nämlich in der abschließenden Bundestagssitzung vom 30. Mai 1990, wurde durch einen Abänderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu § 31 Abs. 2 Nr. 19 Luftverkehrsgesetz der Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des

- (A) Luftverkehrs, der den Ländern übertragen ist, wie folgt geregelt:

Auf Antrag eines Landes kann der Bund diese Aufgaben in bundeseigener Verwaltung ausführen. In diesem Fall werden die Aufgaben von der vom Bundesminister des Innern bestimmten Bundesgrenzschutzbehörde wahrgenommen.

Diese Regelung widerspricht Artikel 87 d des Grundgesetzes. Nach Artikel 87 d Abs. 1 wird die Luftverkehrsverwaltung in bundeseigener Verwaltung geführt.

Abweichend davon können gemäß Artikel 87 d Abs. 2 Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung durch ein förmliches Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, den Ländern übertragen werden. Die Neuregelung widerspricht danach der von Verfassungen wegen geforderten Klarstellung über die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern durch den Bundesgesetzgeber. Sie überläßt es dem Bund — nicht dem Bundesgesetzgeber — und dem jeweils antragstellenden Land, obgleich beide gemäß Artikel 87 d insoweit nicht zuständig sind, wer die Luftverkehrsverwaltung durchführt.

Regelung und Verfahren sind gleichermaßen bedenklich. Es ist angeraten, sich bei Kompetenzübertragungen zwischen Bund und Ländern strikt an das vom Grundgesetz vorgesehene Procedere zu halten.

- (B) Angesichts der seit langem zu beklagenden Funktionsverluste der Länder bei der Aufgabenwahrnehmung im Bundesstaat bedürfen Fragen dieses Kontextes besonders sorgfältiger Behandlung. Sie vertragen keine überraschenden Regelungen.

Anlage 16

Erklärung

von Staatsminister **Dr. Stavenhagen** (BK)
zu **Punkt 25** der Tagesordnung

Für Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Riedl (BMWi) gebe ich folgende Erklärung zu Protokoll:

Ich bitte Sie, der **Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes und des Kriegswaffenkontrollgesetzes** Ihre Zustimmung zu erteilen. Eine Anrufung des Vermittlungsausschusses jetzt würde nicht wieder gutzumachenden Schaden hervorrufen. Dieser Schaden würde durch die Perspektive auf eine mögliche Verschärfung in der Sache — dessen bin ich ganz sicher — nicht aufgehoben werden. Denn wenn jetzt der Vermittlungsausschuß angerufen wird, dann wissen wir nicht, wie die Diskussion ausgeht, ob es überhaupt und wann es Gesetzesverschärfungen geben wird. Jedenfalls stellt sich das für unsere Partner so dar.

Die Bundesregierung bekommt nahezu täglich Meldungen über Beschaffungspläne, vor allem einiger Länder im vorderen Orient — Irak und Libyen zuvorderst. Wir sind nun einmal aufgrund unseres hohen industriellen Standards exponierter für illegale Beschaffungsversuche aus diesem Raum als andere

Länder. Abschreckung durch scharfere Strafen und schärfere Kontrollen können nur wirken, wenn sie in Kraft sind.

Wir hätten — auch mit dem Koalitionskompromiß — anerkanntermaßen — das sagen selbst die USA — praktisch die schärfsten Exportkontrollgesetze der westlichen Welt. Wir sind — auch mit dem Koalitionskompromiß — vorbildlich.

Der amerikanische Kongreß und die US-Regierung beobachten die Entwicklung. Verzögerungen sind dort unverständlich. Sie erwecken Mißtrauen, Zweifel an unserem Goodwill. Diffizile Gründe, warum der Vermittlungsausschuß anzurufen ist, sind dort nicht zu vermitteln.

Wir haben im übrigen im Herbst weitere wichtige COCOM-Verhandlungen. Wir haben in den letzten Monaten einen entscheidenden Durchbruch erreicht. Die USA haben sich mit einer drastischen Reduzierung der COCOM-Liste einverstanden erklärt. Gegenüber der DDR sind die COCOM-Kontrollen faktisch aufgehoben worden. Im Herbst steht die Umstellung auf eine kleine Kernliste an. Die Amerikaner sehen einen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Liberalisierung des COCOM und besserer Kontrolle der dann unter Beschränkung bleibenden wirklich sensiblen Technologien.

Es ist im übrigen auch zu berücksichtigen: Die Novelle des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG), das Kernstück des Gesetzesbeschlusses, kann schon jetzt frühestens zum 1. Oktober 1990 in Kraft treten (Inkrafttreten am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden dritten Monats). Dies ist unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten erforderlich, weil dieser Teil der Gesetze substantielle neue Eingriffe enthält (Vertrauensschutz). Eine Verzögerung durch Anrufung des Vermittlungsausschusses würde ein Inkrafttreten im Frühjahr 1991 bedeuten.

Anlage 17

Erklärung

von Minister **Dr. Krumsiek** (Nordrhein-Westfalen)
zu **Punkt 29** der Tagesordnung

Für Herrn Minister Schleußer gebe ich folgende Erklärung zu Protokoll:

Das Land Nordrhein-Westfalen legt dem Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes zur **steuerlichen Förderung von umweltschützenden Maßnahmen** mit der Bitte vor, die Einbringung beim Deutschen Bundestag zu beschließen.

Mit diesem Gesetzentwurf strebt das Land Nordrhein-Westfalen zwei Ziele an:

1. steuerliche Förderung betrieblicher Maßnahmen, durch die schadstoffbelastete Grundstücke oder Gebäude saniert werden,

2. Verlängerung der erhöhten steuerlichen Absetzung von betrieblichen Investitionen, die dem Umweltschutz dienen.

Lassen Sie mich zunächst das erste Anliegen darstellen. Hier geht es um die sogenannten Altlasten auf

- (A) Grund und Boden sowie Gebäuden. Wir alle kennen das Problem. Die industrielle Nutzung von Grund und Boden führt häufig zu nachhaltiger Schädigung des Bodens. In der Vergangenheit wurde die Tragweite vielfach nicht erkannt und daher vernachlässigt. Hieraus ergab sich eine verhängnisvolle Entwicklung. In industriell bestimmten Regionen, insbesondere in solchen mit langer Wirtschaftsgeschichte, hat sich im Laufe der Jahrzehnte ein Belastungspotential angehäuft, das uns heute Probleme bereitet und dessen Auswirkungen uns noch lange zu schaffen machen werden.

Hier geht es nicht nur um diejenigen Belastungen, von denen eine Gefährdung für die Allgemeinheit ausgeht, bei denen also die Gefährdung über den betrieblichen Bereich hinausreicht. In diesen Fällen bleibt ordnungsbehördliches Eingreifen angezeigt.

Über diesen Bereich hinaus geht es um die viel größere Zahl von Grundstücken, bei denen die Belastung zunächst dahin führt, daß die betriebliche Verwendung eingeschränkt wird oder für die Zukunft entfällt. Es entstehen Industriebrachen, verödetes, unbrauchbares Land, und zwar oftmals gerade dort, wo Grundbesitz besonders gefragt ist: in industriellen Ballungsräumen. Die Brachen wären — nicht zuletzt wegen der günstigen Lage und Verkehrsanbindung — für die industrielle Nutzung bevorzugt geeignet, wenn sie nicht belastet wären. Anderer Boden ist immer schwerer zu beschaffen, meist nur zu Lasten des Freiraumes.

- (B) Hier ist die Sanierung, die Rückgewinnung für den Wirtschaftskreislauf, kurz: Boden-Recycling, unser zentrales Anliegen im Sinne der Allgemeinheit und der betroffenen Unternehmer. Diese sind als erste aufgerufen, die Grundstücke zu sanieren. Die Schadstoffbeseitigung liegt primär im eigenen Interesse und auch in der eigenen finanziellen Verantwortung der Industrie. Aber die Kostenlast überfordert viele Unternehmer, besonders im mittelständischen Bereich.

Hier setzt unser Gesetzentwurf an. Er nimmt den Unternehmern nicht die finanzielle Verantwortung. Aber er bietet eine steuerliche Erleichterung als Anreiz, die notwendigen Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Der Gesetzentwurf schafft die Möglichkeit, die erwarteten Sanierungskosten in eine steuermindernde Rücklage einzustellen. Wenn allerdings die Sanierungsmaßnahmen nicht innerhalb von sechs Jahren seit ihrer Bildung vollzogen werden, ist die Rücklage gewinnerhöhend aufzulösen, und zwar so, daß die Nachversteuerung auch zu einer Verzinsung der gestundeten Steuerbeträge führt.

Wir erhoffen uns folgendes: Die Unternehmen, die sich in einem ertragreichen Jahr befinden, können die Steuerbelastung durch eine Rücklage im beschriebenen Sinne mindern. Hieraus ergibt sich ein nicht unbeträchtlicher Anreiz, die notwendigen Mittel für die Sanierung oder doch einen erheblichen Teil davon anzusparen. Die Unternehmen erhalten zudem ein starkes Motiv, während der Sechsjahresfrist die Sanierungsmaßnahmen auch tatsächlich durchzuführen, um die Nachversteuerung und Nachverzinsung zu vermeiden.

Die Neuregelung liegt im Interesse der Allgemeinheit, der Unternehmen und auch des Fiskus: im Interesse der Allgemeinheit, weil Schadstoffbelastung immer ein Problem ist, welches die Allgemeinheit potentiell belastet; im Interesse der Unternehmen, weil diese eine Steuererleichterung und darüber hinaus einen Anstoß bekommen, nutzbaren Boden zurückzugewinnen; im Interesse des Fiskus, weil es sich nicht um ein Steuergeschenk, sondern um eine Steuerstundung handelt. Es bleibt bei dem ordnungspolitischen Grundsatz, daß die finanziellen Lasten vom Verursacher zu tragen sind.

Wegen der Einzelheiten der vorgeschlagenen Rechtsänderung verweise ich auf den Gesetzesantrag. Folgendes möchte ich nachtragen:

Die Rücklage setzt das Gutachten eines Sachverständigen voraus, welches die Umweltbelastung und die Höhe der zu erwartenden Sanierungskosten darlegt.

Die begünstigten Maßnahmen sind nicht auf den Grund und Boden beschränkt; sie beziehen sich auch auf betrieblich genutzte Gebäude.

Die Rücklage darf nur für solche Wirtschaftsjahre gebildet werden, die vor dem 1. Januar 2006 enden. Die Regelung ist also zeitlich befristet. Zu gegebener Zeit wäre über eine Verlängerung nachzudenken.

Der zweite Teil unseres Gesetzesantrags gilt ebenfalls dem betrieblichen Umweltschutz. § 7 d des Einkommensteuergesetzes sieht vor, daß Wirtschaftsgüter, welche zu mindestens 70 v. H. dem Umweltschutz dienen, steuerlich erhöht abgeschrieben werden können. Diese Vorschrift läuft nach den Planungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Steuerreformgesetz 1990 mit dem Ende des Jahres 1990 aus. Spätere Investitionen sind nicht mehr begünstigt.

Unser Gesetzesantrag sieht vor, daß die Abschreibungsmöglichkeit erhalten bleibt, und zwar ohne zeitliche Grenze. Die Notwendigkeit einer steuerlichen Förderung sehe ich auch für die Zukunft. Die geförderten Maßnahmen liegen einerseits im dringenden öffentlichen Interesse, andererseits sind sie betriebswirtschaftlich häufig nicht rentierbar. Dieser Interessenwiderstreit besteht auch nach dem Jahre 1990.

Mir sind die Bedenken bekannt, die gegen diese Vorschrift erhoben werden. Der Wirksamkeitsradius dieser Vorschrift ist begrenzt, weil sie sich auf additive umweltschützende Maßnahmen beschränkt. Sie vernachlässigt die Möglichkeit, durch integrierte Maßnahmen im Zusammenhang mit neuen Fertigungsmethoden eine umfassendere und kostengünstigere Umweltentlastung zu erzielen.

Das setzt natürlich voraus, daß es gelingt, den integrierten Umweltschutz steuertechnisch in den Griff zu bekommen. Hierzu liegt ein Antrag des Landes Bayerns vor, der versucht, eine steuertechnische Lösung des integrierten Umweltschutzes zu finden. In den nachfolgenden Ausschußberatungen wird zu prüfen sein, ob wir diese Lösung akzeptieren können.

Leider steht der Antrag Bayerns mit unserem insoweit in Widerspruch, als er eine Verlängerung der Förderung der additiven, d. h. der Belastungsquelle nachgeschalteten Umweltschutzinvestition nicht

- (A) mehr vorsieht. Das bedaure ich; denn die Fortgeltung der Förderung des additiven Schutzes halte ich weiterhin für notwendig.

Ich habe Ihnen wichtige Gründe genannt, die für die Unterstützung unseres Antrages sprechen. Derzeit lautet mein Antrag, den Gesetzentwurf an die betroffenen Ausschüsse zur weiteren Beratung zu überweisen.

Anlage 18

Erklärung

von Staatssekretär **Sauter** (Bayern)
zu **Punkt 29 b)** der Tagesordnung

Der Bundesrat hat heute mit seiner Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR für die DDR den Weg zur Marktwirtschaft frei gemacht. Diese soziale und ökologische Marktwirtschaft ist eine lebensnotwendige Medizin für die ostdeutsche Wirtschaft, die sich von 40 Jahren „real versagendem Sozialismus“ erholen muß. Die Marktwirtschaft ist aber auch eine lebensnotwendige Medizin für die Umwelt in der DDR. Der von Tag zu Tag deutlicher werdende und erschreckende Vergleich mit den Umweltverhältnissen in der DDR zeigt uns: Marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen sind eine elementare Voraussetzung für einen **wirksamen Umweltschutz**.

- (B) Das gilt ganz besonders für ein innovations- und investitionsfreundliches Steuerrecht. Deshalb leisten wir mit der Steuerreform 90, deren positive Wirkung auf die Wirtschaft mittlerweile auch von schärfsten Kritikern zugestanden wird, auch einen wichtigen Beitrag zur ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft. Wie Sie wissen, will die Bayerische Staatsregierung mit ihrem Bayern-Modell 1993 im Zusammenhang mit dem Europäischen Binnenmarkt diese „Erfolgsformel“ einer sozial ausgewogenen Unternehmensbesteuerung weiterentwickeln. Unabhängig und gerade auch wegen der deutschlandpolitischen Entwicklung halten wir an den Zielen des Bayern-Modells 1993 fest, auch weil damit die Umweltbedingungen weiter verbessert werden. Jede neue Anlage verbraucht weniger Rohstoffe, produziert weniger Abfall als das überholte „Vorgängermodell“!

Die Durchschlagskraft eines innovations- und investitionsfreundlichen Steuerrechts für die Umwelt kann — und darum geht es uns heute — durch einzelne flankierende steuerliche Maßnahmen noch erhöht werden. Ich denke hier freilich nicht an die von SPD und GRÜNEN immer wieder als Allheilmittel vorgeschlagenen Umweltabgaben. Umweltabgaben erfordern neue Bürokratien zusätzlich zur Vollzugsverwaltung des Umweltrechts. Ihr Lenkungseffekt, ihre „ökologische Effizienz“ ist nach aller Erfahrung mit Lenkungsabgaben in anderen Bereichen „äußerst bescheiden“. Außerdem entziehen Umweltabgaben den Unternehmen gerade die Mittel, die sie für moderne Umweltinvestitionen brauchen.

Wir dürfen auch nicht versuchen, mit den Mitteln von gestern die heutigen Umweltprobleme lösen zu wollen. Deswegen kann Bayern den Antrag Nord-

rhein-Westfalens nicht unterstützen. Der alte § 7 d (C) EStG würde heute zwar für die DDR passen. Denn er hatte vor allem einen Zweck: schnelle Reduzierung der Luftschadstoffe. Deswegen wurde auch der Einbau von Filtern und Reinigungsanlagen gefördert — der nachgeschaltete Umweltschutz also, der Schadstoffe nicht vermeidet, sondern mit allen damit verbundenen Problemen nur beseitigt.

In der Bundesrepublik Deutschland würde dagegen eine bloße Verlängerung des alten § 7 d EStG überwiegend Mitnahmeeffekte produzieren, weil der Einbau solcher Reinigungsanlagen im Umweltrecht meist durch die Grenzwerte schon vorgeschrieben ist. Bei einem Volumen von ca. 850 Millionen DM wäre das ein recht teurer Weg mit geringem Nutzen-Kosten-Effekt für die Umwelt. Auch würden durch den alten § 7 d EStG sogenannte integrierte Entsorgungsverfahren — also solche Anlagen, bei denen durch Gestaltung der Produktionsanlage Schadstoffe schon von vornherein vermieden und nicht erst nachträglich beseitigt werden — gegenüber nachgeschalteten Umwelttechniken benachteiligt, weil der „integrierte“ Umweltschutz bisher nicht unter den § 7 d EStG fällt.

Mit dem vorgelegten Gesetzesantrag will die Bayerische Staatsregierung (Volumen ca. 250 Millionen DM) in erster Linie durch eine steuerliche Sonderabschreibung solche Anlagen mit „integrierten Verfahren“ fördern, die die Umweltbelastung verringern und hierbei den „Stand der Technik“ im Sinne der umweltrechtlichen Bestimmungen übertreffen. Damit wird ein „dynamischer“ Fördertatbestand in das Steuerrecht eingeführt, der speziell die Unternehmen belohnt, die im Interesse des Umweltschutzes besondere Risiken eingehen, also über den bereits „erprobten“ Stand der Technik und über ordnungsrechtliche Auflagen und Grenzwerte hinausgehen. Das ist moderne und finanzpolitisch „intelligente“ Umweltpolitik: hoher Nutzen-Kosten-Grad; kaum Mitnahmeeffekte. (D)

Darüber hinaus will die Bayerische Staatsregierung zur Bewältigung der Klimaproblematik einen besonderen Effekt setzen. Die 1991 auslaufende und bis jetzt in der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung etwas „versteckte“ Förderung erneuerbarer Energietechniken für Gebäude soll

- um zehn Jahre verlängert werden,
- in das Einkommensteuergesetz selbst aufgenommen und
- auch auf selbstgenutzte Wohnungen ausgedehnt werden.

Die regenerativen Energietechniken (z. B. Solaranlagen), die in den letzten Jahren am Markt etwas in den Hintergrund getreten sind, sollen damit interessanter werden.

Die steuerliche Förderung ist hierbei als Sonderausgabenabzug und nicht als „Abschreibungstatbestand“ ausgestaltet, weil ja bekanntlich seit 1987 — seit der Umstellung auf die „Konsumgütlösung“ also — das Wohnen im eigenen Haus keinen Steuertatbestand mehr verwirklicht, an den man eine Abschreibung anknüpfen könnte.

Ich bitte den Bundesrat, den bayerischen Gesetzesantrag positiv aufzunehmen und nach den Beratun-

- (A) gen in den Ausschüssen beim Bundestag einzubringen.

Anlage 19

Erklärung

von Minister **Kasper** (Saarland)
zu **Punkt 31** der Tagesordnung

Für Herrn Minister Leinen gebe ich folgende Erklärung zu Protokoll:

Die Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ hat mit ihrem zweiten Zwischenbericht **„Schutz der tropischen Wälder“** eine umfassende Analyse der Gefährdung der einzigartigen Ökosysteme vorgelegt. Die Fakten sind deprimierend. Ich habe das Szenario, die vielfältigen Faktoren, die auf die Tropenwälder einwirken und die vielfältigen Verwicklungen ökologischer Zusammenhänge mit einseitigen wirtschaftlichen Interessen an dieser Stelle bereits im Dezember letzten Jahres näher beleuchtet.

- (B) Die Zeit drängt, meine Damen und Herren! Die Vernichtung der Tropenwälder nimmt weltweit zu. Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) liegt die jährliche Rate der Waldvernichtung für das Jahr 1980 bei 114 000 Quadratkilometern. Inzwischen wird der jährliche Verlust an Tropenwald auf 160 000 bis 200 000 Quadratkilometern beziffert, wobei es keinerlei Anzeichen dafür gibt, daß diese Rate sinkt.

Aus dieser dramatischen Entwicklung ist zu befürchten, daß eine weitere Abnahme des derzeit auf 18 Millionen Quadratkilometer geschätzten Waldbestandes auf 15 Millionen Quadratkilometern bis zum Jahr 2000 erfolgen wird. Wenn es uns nicht gelingt, die Tropenwaldvernichtung zu diesem Zeitpunkt zu stoppen, so sind bis spätestens zum Jahre 2050 über die Hälfte der jetzt noch vorhandenen Tropenwaldbestände vernichtet.

Der Schutz der Tropenwälder ist eine globale Herausforderung, die sowohl die Eigenverantwortung der Länder als auch die Solidarität aller anderen Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft erfordert. Es geht längst nicht mehr nur um den Erhalt von Ökosystemen oder die Vermeidung gefährlicher Folgewirkungen gigantischer Lebensraumzerstörung für den Naturhaushalt. Es geht letztlich auch um Wege zur Vermeidung eines sich verstärkenden Nord-Süd-Konfliktes und um Strategien zu einer neuen weitreichenden Kooperation zwischen den Industrieländern und den Staaten der Dritten Welt.

- Wir brauchen ein Sofortprogramm zum Schutz der tropischen Wälder in Höhe von 750 Millionen DM, wie es die Enquete-Kommission gefordert hat. Dieses Sofortprogramm ist auf dem nächsten Wirtschaftsgipfel zu verabschieden.
- Wir benötigen ebenso – und auch das ist eine wichtige Forderung der Enquete-Kommission – eine internationale Konvention zum Schutz der tropischen Wälder, in der die von den Tropenwäldern und den Nichttropenwäldern zu tref-

fenden Maßnahmen detailliert festgelegt werden.

- Wir brauchen einen internationalen Tropenwaldfonds. Die Tropenwäldern werden nur dann zu einer Reduzierung der Eingriffe in ihre Primärwälder – zu Nutzungsverzicht – bereit sein, wenn sie dafür Kompensationsleistungen erhalten. Diese ermöglichen ihnen oftmals erst die Durchführung von Schutzmaßnahmen oder die Verbesserung der Nahrungsversorgung auf Flächen außerhalb der Wälder. Ein solcher Tropenwaldfonds, z. B. gespeist aus Einsparungen bei den Rüstungshaushalten der Industrieländer, sollte zentraler Bestandteil eines Übereinkommens zum Schutz der tropischen Wälder werden.
- Die Enquete-Kommission beklagt mit Recht das enorme Defizit im Bereich der Forschung, wenn sie feststellt:

Bisher stehen in der Bundesrepublik im Bereich der Tropenökologie weder die notwendigen Forschungsstrukturen noch adäquate Forschungsprogramme zur Verfügung, wie es die Größe und Komplexität der anstehenden Probleme erfordern würde.

Ein erheblicher Forschungsbedarf liegt z. B. in den Bereichen

- Tropenökologie,
- umwelt- und sozialverträgliche Landnutzung und ökonomische Bewertung der Tropenwaldvernichtung.

(D)

Die Tropenforschung muß in enger Zusammenarbeit mit den Forschungsinstitutionen der Tropenwäldern intensiviert werden. Die vorhandenen Institutionen und Forschungseinrichtungen sind personell und finanziell zu verstärken, Ausbildung und Lehre müssen erweitert und verbessert werden. In den Tropenwaldgebieten sind permanent besetzte Forschungsstationen einzurichten.

Die bundesdeutsche Tropenforschung ist zu koordinieren und an das anstehende europäische Netzwerk für Tropenforschung anzukoppeln.

Großprojekte dürfen nicht länger nach Wildwest-Manier und mit Ellenbogenmentalität aus dem Boden gestampft werden.

Alle tropenwaldrelevanten Vorhaben, die direkt oder auch indirekt zur Waldzerstörung beitragen könnten, sind einer strengen Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.

Das bisherige Konzept der Umweltverträglichkeitsprüfung ist im Rahmen einer ständigen Überprüfung jeweils den aktuellen Erfordernissen entsprechend den formulierten Zielsetzungen des Tropenwaldschutzes anzupassen.

Durch ein Importverbot für Tropenhölzer, die im Raubbau geschlagen wurden, ist ein erstes Signal zu setzen, dem Schutz der Tropenwälder Nachdruck zu verleihen. Die öffentliche Hand hat in den letzten Monaten vielfach ihre Absicht bekundet, auf Tropenhölzer zu verzichten. Das allein reicht nicht.

(A) Diese Bundesratsinitiative wird nicht nur im Grundsatz sondern auch in vielen Detailspekten durch den jetzt vorgelegten Bericht der Enquete-Kommission bestätigt.

Angesichts der zunehmenden Geschwindigkeit der Tropenwaldvernichtung dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Es gilt, die aufgezeigten Maßnahmen und Handlungsempfehlungen bereits jetzt einzuleiten und auf den Weg zu bringen. Hierbei bitte ich um Ihre Unterstützung.

Anlage 20

Erklärung

von Staatssekretär **Stroetmann** (BMU)
zu **Punkt 31** der Tagesordnung

Dem **Schutz tropischer Regenwälder** widmet die Bundesregierung in dem Bewußtsein, daß es sich dabei um einen der wichtigsten Umweltfragen mit globaler Bedeutung handelt, besonderes Augenmerk. Der Bundeskanzler hat diesem Thema zu internationaler Bedeutung verholten.

Die Bundesregierung hat vor drei Wochen ihren Tropenwaldbericht verabschiedet, in dem sie sich eingehend mit der Frage Schutz und Bewirtschaftung der Tropenwälder auseinandersetzt. Auch die Enquete-Kommission des Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ hat ihren soeben vorgelegten zweiten Bericht dem Schutz der tropischen Wälder gewidmet.

(B)

Die Bundesregierung begrüßt es sehr, daß sich auch der Bundesrat aktiv in die Politik zum Schutz des Tropenwaldes einschaltet. Sie betrachtet die vorliegenden Anträge als wertvollen Beitrag zu der Entwicklung einer umfassenden Konzeption zum besseren Schutz der Tropenwälder. In der Tat können viele Vorschläge und Anregungen in den Anträgen des Bundesrates die volle Zustimmung der Bundesregierung finden.

Wir werden beim Schutz der bedrohten Wälder nur dann erfolgreich sein können, wenn wir in Erkenntnis der komplexen Zusammenhänge der Tropenwaldzerstörung von einer ganzheitlichen Konzeption ausgehen. Diese Konzeption muß eine große Zahl von unterschiedlichen, miteinander abgestimmten Maßnahmen umfassen. Die spezifischen, die Waldnutzung betreffenden Maßnahmen müssen eingebettet sein in eine generelle Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Tropenwaldländer, in Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen und landwirtschaftlichen Entwicklung.

Im Interesse der Erhaltung der biologischen Vielfalt der Tropenwälder müssen wir erreichen, daß ausge-

wählte Waldgebiete unter Schutz gestellt werden. Gezielte handelspolitische und finanzwirtschaftliche Maßnahmen, intensive Erforschung der sensiblen ökologischen Zusammenhänge und Abhängigkeiten im Tropenwald, eine sorgfältige tropenforstliche Aus- und Weiterbildung müssen Teil der umfassenden Tropenwaldschutzkonzeption werden.

(C)

Der Schutz der Wälder und besonders der Tropenwälder ist eine internationale Umweltaufgabe. Dies bedeutet vor allem, daß eine enge Abstimmung zwischen den reichen Industrieländern und den Tropenwaldländern geboten ist. Die Bundesregierung ist bereit, sich auch weiterhin in den zuständigen internationalen Organisationen für die Erhaltung der Tropenwälder einzusetzen. Sie wird auch in bilateralen Kontakten ihren Beitrag leisten.

Wie entscheidend wichtig solche Maßnahmen sind, zeigen die neuesten Daten über Ausmaß und Tempo der Tropenwaldzerstörung (1981 ca. 11,3 Millionen ha/Jahr; 1990 nach vorläufigen Schätzungen möglicherweise bis zum Doppelten hiervon). Diese Entwicklung muß unverzüglich gestoppt, umgekehrt und ein großes Wiederaufforstungsprogramm auf den Weg gebracht werden. Es ist notwendig, daß wir eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung zum weltweiten Schutz der Wälder erreichen. Bundesminister Töpfer hat diese Forderung bereits mehrfach auf internationalen Konferenzen erhoben und hierbei Unterstützung von zahlreichen anderen Staaten erhalten.

Die Bundesregierung wird diese Position mit größtem Nachdruck auch auf den anstehenden Konferenzen, wie der zweiten Weltklimakonferenz im Herbst dieses Jahres und der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992, vertreten. Sie arbeitet darauf hin, daß eine solche Vereinbarung 1992 unterschriftsreif ist.

(D)

Zu der umfassenden Konzeption gehört auch der weitere Ausbau des Tropenwaldaktionsplans und des internationalen Tropenholzübereinkommens.

Von ganz besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang sind aber die Bekämpfung von Armut und Unterernährung in den Tropenwaldländern, die Eindämmung des Bevölkerungswachstums, die Entwicklung gerechter Verhältnisse bei der Landverteilung sowie die Verbesserung der Exportchancen der Entwicklungsländer in die Länder der entwickelten Welt.

Nur wenn wir auf allen diesen Gebieten in Bälde erhebliche Fortschritte machen, werden wir die Tropenwälder im Interesse der Länder, in denen sie liegen, aber auch im Interesse der ganzen Welt erhalten können.

BUNDESRAT

Stenographischer Bericht

615. Sitzung

Bonn, Freitag, den 22. Juni 1990

Inhalt:

Amtliche Mitteilungen	323 A	Kasper (Saarland)	357 C
Volles Stimmrecht der Vertreter des Landes Berlin	323 D	Frau Dr. Rüdiger (Bremen)	359 D
Begrüßung von Vertretern der Georgischen SSR	324 A	Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1, 105 Abs. 3, 106 Abs. 3 und 6 GG — Annahme von Entschlüssen	360 C, D
Zur Tagesordnung	324 A	2. Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1990 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1990) (Drucksache 381/90)	361 A
1. Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Drucksache 380/90)	324 A	Beschluß: Kein Antrag gemäß Art. 77 Abs. 2 GG	361 A
Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg), Berichterstatter	324 B	3. Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Wirtschaftsplan des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1990 (Zweites ERP-Nachtragsplangesetz 1990) (Drucksache 382/90)	361 A
Dr. h. c. Späth (Baden-Württemberg)	324 C	Beschluß: Kein Antrag gemäß Art. 77 Abs. 2 GG	369* A
Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)	329 C	4. Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) (DDR-Investitionsgesetz — DDR-IG) (Drucksache 377/90)	361 A
Dr. Wallmann (Hessen)	332 B	Frau Rühmkorf (Schleswig-Holstein)	371* C
Momper (Berlin)	334 D	Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 105 Abs. 3 GG	369* B
Dr. Waigel, Bundesminister der Finanzen	338 C		
Engholm (Schleswig-Holstein)	343 D		
Dr. Wagner (Rheinland-Pfalz)	345 B		
Dr. Voscherau (Hamburg)	348 B		
Schröder (Niedersachsen)	352 A		
Seiters, Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes	353 D		
Tandler (Bayern)	355 C		

J. R. W.

5. Gesetz über die neunzehnte Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz sowie zur Änderung weiterer sozialrechtlicher Vorschriften (**KOV-Anpassungsgesetz 1990** — KOVAnpG 1990) (Drucksache 414/90) 361 B
- Grobecker (Bremen), Berichterstatter 361 B
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1 GG 362 A
6. Zweites Gesetz zur Änderung des **Marktstrukturgesetzes** (Drucksache 373/90) 361 A
- Beschluß:** Kein Antrag gemäß Art. 77 Abs. 2 GG 369* A
7. Gesetz über Milch, Milcherzeugnisse, Margarineerzeugnisse und ähnliche Erzeugnisse (**Milch- und Margarinegesetz**) (Drucksache 374/90) 361 A
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1 und 2 GG 369* B
8. Viertes **Agrarsoziales Ergänzungsgesetz** (4. ASEG) gemäß Artikel 84 Abs. 1 und 105 Abs. 3 GG (Drucksache 375/90, zu Drucksache 375/90) 362 A
- Seehofer, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 372* D
- Beschluß:** Anrufung des Vermittlungsausschusses 362 B
9. Zweites Gesetz zur **Verbesserung des Wahlrechts** für die **Sozialversicherungswahlen** gemäß Artikel 84 Abs. 1 GG (Drucksache 376/90) 362 B
- Seehofer, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 373* C
- Beschluß:** Anrufung des Vermittlungsausschusses 362 C
10. Gesetz zur Durchführung **versicherungsrechtlicher Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften** (Zweites Durchführungsgesetz/EWG zum VAG) (Drucksache 378/90) 361 A
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1 und 105 Abs. 3 GG 369* B
11. Gesetz zur **Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes** gemäß Artikel 84 Abs. 1 GG (Drucksache 379/90) 362 C
- Prof. Dr. Bull (Schleswig-Holstein) 374* A
- Kasper (Saarland) 374* D
- Dr. Waffenschmidt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern 376* A
- Beschluß:** Anrufung des Vermittlungsausschusses 362 D
12. a) Gesetz über den **Auswärtigen Dienst** (GAD) (Drucksache 384/90)
- b) Dienst- und besoldungsrechtliches Begleitgesetz zum Gesetz über den Auswärtigen Dienst (**Begleitgesetz Auswärtiger Dienst** — BGAD) (Drucksache 385/90) 362 D
- Beschluß** zu a): Zustimmung gemäß Art. 74 a Abs. 3 GG 363 A
- Beschluß** zu b): Zustimmung gemäß Art. 74 a GG 363 A
13. Gesetz zur **Aufhebung des Aufnahmegesetzes** (Drucksache 388/90) 363 A
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1 GG — Annahme einer Entschließung 363 A
14. Gesetz zur Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler (**Aussiedleraufnahmegesetz** — AAG —) (Drucksache 387/90) 361 A
- Kasper (Saarland) 371* D
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1 GG 369 B
15. Gesetz über **Finanzhilfen des Bundes** gemäß Artikel 104 a Abs. 4 GG für **Investitionen zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern und Übersiedlern** (Drucksache 386/90) 361 A
- Beschluß:** Zustimmung gemäß Art. 104 a Abs. 4 GG — Annahme einer Entschließung 369* C

16. Zweites Gesetz zur Änderung **besoldungs- und wehrsoldrechtlicher Vorschriften** (Drucksache 383/90) 361 A
Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 74 a GG 369* B
17. Achtes Gesetz zur Änderung des **Wohn-geldgesetzes** (Drucksache 372/90, zu Drucksache 372/90) 361 A
Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 85 Abs. 1 und 104 a Abs. 3 GG 369* B
18. Gesetz zur **Verbesserung der Rechts-stellung des Mieters** bei Begründung von Wohnungseigentum an vermieteten Wohnungen (Drucksache 389/90) . . . 363 B
Sauter (Bayern) 377* D
Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz . . . 378* C
Beschluß: Kein Antrag gemäß Art. 77 Abs. 2 GG 363 B
19. Drittes Gesetz zur Änderung des **Abwas-serabgabengesetzes** gemäß Artikel 77 Abs. 2 GG (Drucksache 390/90, zu Drucksache 390/90) 363 B
Kasper (Saarland) 378* D
Stroetmann, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . 379* C
Beschluß: Anrufung des Vermittlungsausschusses 363 C
20. Zehntes Gesetz zur Änderung des **Luft-verkehrsgesetzes** (Drucksache 391/90) . 363 C
Prof. Dr. Hill (Rheinland-Pfalz) . . 380* C
Dr. Krumsiek (Nordrhein-Westfalen) 380* D
Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 74 a und 87 d Abs. 2 GG 363 D
21. Zweites Gesetz zur Änderung der **Wirt-schaftsprüferordnung** (Drucksache 392/90) 361 A
Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1 GG 369* B
22. Gesetz über Statistiken im Handwerk (**Handwerkstatistikgesetz** — HwStatG) gemäß Artikel 77 Abs. 2 GG (Drucksache 393/90) 363 D
Beschluß: Anrufung des Vermittlungsausschusses 363 D
23. Fünftes Gesetz zur Änderung des **Außenwirtschaftsgesetzes** (Drucksache 394/90) 363 D
Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1 GG 363 D
24. Sechstes Gesetz zur Änderung des **Außenwirtschaftsgesetzes** (Drucksache 395/90) 364 A
Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1 GG 364 A
25. Gesetz zur **Verbesserung der Überwa-chung des Außenwirtschaftsverkehrs** und zum **Verbot von Atomwaffen, bio-logischen und chemischen Waffen** gemäß Artikel 84 Abs. 1 GG (Drucksache 396/90) 364 A
Dr. Stavenhagen, Staatsminister beim Bundeskanzler 381* B
Beschluß: Anrufung des Vermittlungsausschusses 364 B
26. Gesetz zu dem Protokoll vom 31. Okto-ber 1988 zu dem **Übereinkommen** von 1979 über weiträumige **grenzüber-schreitende Luftverunreinigung** betref-fend die Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenz-überschreitenden Flusses (Drucksache 412/90) 361 A
Beschluß: Kein Antrag gemäß Art. 77 Abs. 2 GG 369* A
27. Gesetz zu dem **Vertrag** vom 1. Dezem-ber 1987 über die **wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit** im Einzugsbereich der Donau (Drucksache 413/90) 361 A
Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 1 GG 369* B

28. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des **Hochschulrahmengesetzes** — Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz — (Drucksache 402/90) 361 A
- Dr. Schaumann, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 372* A
- Beschluß:** Einbringung des Gesetzentwurfs gemäß Art. 76 Abs. 1 GG beim Deutschen Bundestag 369* D
29. a) Entwurf eines Gesetzes zur **steuerlichen Förderung von umweltschützenden Maßnahmen** gemäß Artikel 76 Abs. 1 GG — Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß § 23 Abs. 3 i. V. m. § 15 Abs. 1 GO BR — (Drucksache 353/90) 364 B
- b) Entwurf eines Gesetzes zur **Förderung von Umweltschutzinvestitionen** gemäß Artikel 76 Abs. 1 GG — Antrag des Freistaates Bayern gemäß § 36 Abs. 2 GO BR — (Drucksache 399/90) 364 B
- Dr. Krumsiek (Nordrhein-Westfalen) 381* D
- Sauter (Bayern) 383* A
- Mitteilung** zu a) Fortsetzung der Beratungen in den zuständigen Ausschüssen 364 B
- Mitteilung** zu b) Überweisung an die zuständigen Ausschüsse 364 B
30. Entschließung des Bundesrates über die Einführung des **Gaspandelfahrens an Tankstellen** zur Verminderung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Betanken von Kraftfahrzeugen — Antrag des Landes Berlin — (Drucksache 634/89) 364 C
- Beschluß:** Annahme der Entschließung nach Maßgabe der angenommenen Änderungen 364 C
31. Entschließung des Bundesrates zum **Schutz tropischer Regenwälder** — Antrag des Saarlandes — (Drucksache 641/89) 364 C
- Kasper (Saarland) 384* A
- Stroetmann, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 385* A
- Beschluß:** Annahme der Entschließung nach Maßgabe der angenommenen Änderungen 364 D
32. Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des **Steuerberatungsgesetzes** (Drucksache 324/90) 364 D
- Beschluß:** Stellungnahme gemäß Art. 76 Abs. 2 GG 365 A
33. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (**Mikrozensusgesetz**) und des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (**Bundesstatistikgesetz**) (Drucksache 310/90) 365 A
- Beschluß:** Stellungnahme gemäß Art. 76 Abs. 2 GG 365 B
34. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über das **Schuldnerverzeichnis** (Drucksache 325/90) 365 B
- Beschluß:** Stellungnahme gemäß Art. 76 Abs. 2 GG 365 B
35. Entwurf eines Gesetzes über die **Beteiligung der Soldaten** und der **Zivildienstleistenden** (Beteiligungsgesetz — BG —) (Drucksache 326/90) 361 A
- Beschluß:** Keine Einwendungen gemäß Art. 76 Abs. 2 Satz 3 GG 369* D
36. **Wahl der ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Kammer für Vorlagen der Europäischen Gemeinschaften** — gemäß § 45c Abs. 2 GO BR — 365 C
- Beschluß:** Ministerin Eva Rühmkorf (Schleswig-Holstein) wird gewählt 365 C
37. Vorschlag für einen Beschluß des Rates über **gemeinschaftliche Aktionen** zugunsten **älterer Menschen** — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 308/90) 361 A
- Beschluß:** Stellungnahme 369* D
38. a) Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates mit **Hygienevorschriften** für die Herstellung und Vermarktung von **Rohmilch, Werkmilch**, und **Erzeugnissen auf Milchbasis** — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 170/90)

- b) Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Herstellung** und das **Inverkehrbringen hitzebehandelter Trinkmilch** — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 249/90) 361 A
- Beschluß** zu a) und b): Stellungnahme 369* D
39. Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Gewinnung** und das **Inverkehrbringen von frischem Fleisch** — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 155/90) 361 A
- Beschluß**: Stellungnahme 369* D
40. Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Gewinnung** und das **Inverkehrbringen von frischem Geflügelfleisch** — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 165/90) 361 A
- Beschluß**: Stellungnahme 369* D
41. Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Herstellung** und das **Inverkehrbringen von Fleischerzeugnissen** — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 166/90) 361 A
- Beschluß**: Stellungnahme 369* D
42. Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über die **Gewährung von** zeitlich und inhaltlich begrenzten **Ausnahmen** von den besonderen **Hygienevorschriften** der Gemeinschaft für das **Herstellen** und **Inverkehrbringen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs** — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 179/90) 361 A
- Beschluß**: Stellungnahme 369* D
43. Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Herstellung** und das **Inverkehrbringen von Hackfleisch, Fleischzubereitungen und zerkleinertem Fleisch** für industrielle Zwecke — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 180/90) 361 A
- Beschluß**: Stellungnahme 369* D
44. Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Erzeugung** und **Vermarktung** von **lebenden Muscheln** — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 156/90) 361 A
- Beschluß**: Stellungnahme 369* D
45. Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von **Hygienevorschriften** für die **Erzeugung** und **Vermarktung von Fischereierzeugnissen** — gemäß Artikel 2 EEAG — (Drucksache 167/90) 361 A
- Beschluß**: Stellungnahme 369* D
46. Verordnung zur **Verhütung einer Einschleppung der Spongiformen Rinderenzephalopathie** aus dem Vereinigten Königreich (Drucksache 371/90) 365 C
- Beschluß**: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung — Annahme einer Entschließung 365 D
47. Verordnung zum Schutz gegen eine Einschleppung von Tierseuchen beim Verbringen von Waren aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) (**DDR-Tierseuchenschutzverordnung**) (Drucksache 406/90) 365 D
- Beschluß**: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung 365 D
48. Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung über **gesetzliche Handelsklassen für Schweinehälften** (Drucksache 307/90) 361 A
- Beschluß**: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 370* C
49. Fünfte Verordnung zur Änderung **saatgutrechtlicher** Verordnungen (Drucksache 336/90) 361 A
- Beschluß**: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 370* C
50. Verordnung zur Änderung der **Butterverordnung** und anderer **milchrechtlicher Verordnungen** (Drucksache 341/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG nach Maßgabe der ange-
nommenen Änderungen 369* D

51. Verordnung über Margarine- und Fett-
melangeerzeugnisse
**(Margarine- und Fettmelangeverord-
nung — MargFMelV)** (Drucksache 344/
90) 366 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG nach Maßgabe der ange-
nommenen Änderungen 366 A

52. Verordnung zur Auslandsversorgung
nach § 64 e des Bundesversorgungsge-
setzes **(Auslandsversorgungsverord-
nung — AuslVersV)** (Drucksache 300/
90) 366 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG 366 A

53. Erste Verordnung zur Änderung der
Hebammenhilfe-Gebührenverordnung
(Drucksache 351/90) 366 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG nach Maßgabe der ange-
nommenen Änderungen 366 B

54. Fünfundzwanzigste Verordnung über
das anzurechnende Einkommen nach
dem Bundesversorgungsgesetz
**(Anrechnungs-Verordnung 1990/91 —
AnrV 1990/91)** (Drucksache 329/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG 370* C

55. Dritte Verordnung zur Durchführung ei-
ner Bundesstatistik über Art und Um-
fang der betrieblichen Altersversor-
gung
**(3. Betriebliche Altersversorgungsstati-
stikverordnung — 3. BetrAVStatVO)**
(Drucksache 330/90) 366 B

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG nach Maßgabe der ange-
nommenen Änderungen 366 C

56. Erste Verordnung zur Änderung der
Verordnung über **elektrische Anlagen
in explosionsgefährdeten Räumen**
(ElexV) (Drucksache 331/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG nach Maßgabe der ange-
nommenen Änderung 369* D

57. Siebente Verordnung zur Änderung
der **Umsatzsteuer-Durchführungsver-
ordnung** (Drucksache 407/90) 366 C

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG 366 C

58. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur
**Aufhebung der allgemeinen Verwal-
tungsvorschrift** vom 18. Juli 1984 und
zur **umsatzsteuerlichen Begünstigung
von Warenbezügen** aus der **Deutschen
Demokratischen Republik** einschließ-
lich **Berlin (Ost)** (VwV zu § 26 Abs. 4
UStG) (Drucksache 408/90) 366 D

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 108
Abs. 7 GG 366 D

59. Zweite Verordnung zur Änderung von
Verordnungen über aus Früchten herge-
stellte **Lebensmittel** (Drucksache 337/
90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG 370* C

60. Dritte Verordnung zur Änderung **woh-
nungsrechtlicher Vorschriften** (Druck-
sache 302/90) 366 D

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG nach Maßgabe der ange-
nommenen Änderungen 367 A

61. Sechste Verordnung zur Änderung der
Wohngeldverordnung (Drucksache
365/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG 370* C

62. Siebzehnte Verordnung zur Anpassung
der Unterhaltshilfe nach dem Lastenaus-
gleichsgesetz
**(17. Unterhaltshilfe-Anpassungsverord-
nung-LAG — 17. UhAnpV)** (Druckache
301/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80
Abs. 2 GG 370* C

63. Zehnte **Verordnung** zur Änderung der
Verordnung zur **Ausführung des Perso-
nenstandsgesetzes** (Drucksache 313/
90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung — Annahme einer EntschlieÙung 371* A

64. Erste Verordnung zur Durchführung des § 206 Abs. 2 der **Bundesrechtsanwaltsordnung** (Drucksache 400/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 370* C

65. Verordnung über die Gefährlichkeitsmerkmale von Stoffen und Zubereitungen nach dem Chemikaliengesetz (**Gefährlichkeitsmerkmalerverordnung** — ChemGefMerkV) (Drucksache 332/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG — Annahme einer EntschlieÙung 371* A

66. Verordnung über Prüfnachweise und sonstige Anmelde- und Mitteilungsunterlagen nach dem Chemikaliengesetz (**Prüfnachweisverordnung** — ChemPrüfV) (Drucksache 333/90) 367 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG — Annahme einer EntschlieÙung 367 A

67. Verordnung über die Mitteilungspflichten nach § 16e Chemikaliengesetz zur Vorbeugung und Information bei Vergiftungen (**Giftinformationsverordnung** — ChemGiftInfoV) (Drucksache 338/90) 367 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderungen — Annahme einer EntschlieÙung 367 B

68. Zweite Verordnung zur Änderung der **Endlagervorausleistungsverordnung** (Drucksache 334/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 370* C

69. Verordnung zur Änderung **fahrpersonal- und straÙenverkehrsrechtlicher Vorschriften** (Drucksache 279/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 370* C

70. Verordnung über die **Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben** (UVP-VO Bergbau) (Drucksache 340/90) 367 B

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderungen 367 B

71. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Änderung der **Einkommensteuer-Richtlinien 1987** (Drucksache 370/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 108 Abs. 7 GG 370* C

72. Vorschlag für die Berufung eines Mitglieds des Verwaltungsrates der **Bundesanstalt für Arbeit** — gemäß § 195 Abs. 3 Arbeitsförderungsgesetz — (Drucksache 369/90) 361 A

Beschluß: Billigung des Vorschlags in Drucksache 369/90 371* B

73. Benennung von **Vertretern in Beratungsgremien der Europäischen Gemeinschaften** (betr. Tierschutz) — gemäß Artikel 2 Abs. 5 EEAG i. V. m. Abschnitt III der Bund-Länder-Vereinbarung vom 17. Dezember 1987 — (Drucksache 284/90) 367 C

Beschluß: Zustimmung zu Ziffer 2 der Empfehlungen in Drucksache 284/1/90 367 C

74. Vorschlag für die Berufung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern im **Sachverständigenausschuß für den Bergbau** — gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 der Verordnung über den Sachverständigenausschuß für den Bergbau — (Drucksache 335/90) 361 A

Beschluß: Zustimmung zu den Empfehlungen in Drucksache 335/1/90 371* B

75. **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht** (Drucksache 401/90) 361 A

Beschluß: Von einer Äußerung und einem Beitritt wird abgesehen 371* B

76. Sechzehnte Verordnung zur Änderung der **Milch-Garantiemengen-Verordnung** (Drucksache 345/89) 367 C

Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung 367 D

77. **Personalien im Sekretariat des Bundesrates** 367 D

Beschluß: Zustimmung zu der erbetenen Ernennung 367 D

Nächste Sitzung 367 D

Feststellung gemäß § 34 GO BR 368 A, C

Verzeichnis der Anwesenden

Vorsitz:

Präsident Momper, Regierender Bürgermeister von Berlin

Vizepräsident Engholm, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein — zeitweise —

Vizepräsident Dr. Wagner, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz — zeitweise —

Amtierender Präsident Dr. Eyrich, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg — zeitweise —

Schriftführer:

Dr. Vorndran (Bayern)

Dr. Krumsiek (Nordrhein-Westfalen)

Baden-Württemberg:

Dr. h. c. Späth, Ministerpräsident

Dr. Eyrich, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Wabro, Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Bayern:

Dr. Freiherr von Waldenfels, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Freistaates Bayern beim Bund

Tandler, Staatsminister der Finanzen

Dr. Vorndran, Staatssekretär, Leiter der Staatskanzlei

Sauter, Staatssekretär im Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Berlin:

Momper, Regierender Bürgermeister

Prof. Dr. Pfarr, Senatorin für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund

Prof. Dr. Limbach, Senatorin für Justiz

Bremen:

Dr. Rüdiger, Senatorin für Gesundheit und Senatorin für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund

Grobecker, Senator für Finanzen

Kröning, Senator für Justiz und Verfassung, Senator für Sport

Hamburg:

Dr. Voscherau, Präsident des Senats, Erster Bürgermeister

Prof. Dr. von Münch, Zweiter Bürgermeister, Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung und Präses der Kulturbehörde

Gobrecht, Senator, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund

Hessen:

Dr. Wallmann, Ministerpräsident

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst, Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund

Milde, Minister des Innern

Niedersachsen:

Schröder, Ministerpräsident

Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen beim Bund

Alm-Merk, Ministerin der Justiz

Griefahn, Umweltministerin

Nordrhein-Westfalen:

Dr. h. c. Rau, Ministerpräsident

Schleußer, Finanzminister

Dr. Krumsiek, Justizminister

Rheinland-Pfalz:

Dr. Wagner, Ministerpräsident

Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr

Prof. Dr. Hill, Minister für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund

Saarland:

Dr. Walter, Minister der Justiz
Läpple, Minister des Innern
Kasper, Minister der Finanzen
Leinen, Minister für Umwelt

Schleswig-Holstein:

Engholm, Ministerpräsident
Rühmkorf, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein beim Bund
Simonis, Finanzministerin
Prof. Dr. Bull, Innenminister

Von der Bundesregierung:

Seiters, Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes
Engelhard, Bundesminister der Justiz
Dr. Waigel, Bundesminister der Finanzen

Frau Dr. Wilms, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Dr. Stavenhagen, Staatsminister beim Bundeskanzler

Frau Dr. Adam-Schwaetzer, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Spranger, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Dr. Waffenschmidt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Dr. Jahn, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Dr. Voss, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Dr. Riedl, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft

Seehofer, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Dr. Schaumann, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Stroetmann, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit